



Politische Berichte

Nummer 15 / 12. Jahrgang

19. Juli 1991

G 7756 D Preis 1,50 DM

BDI sieht beim Haushalt große Risiken

Geldbeschaffung für die Anschlußpolitik durch Staatsverschuldung und Inflation

Die Regierung Kohl/Genscher scheint ernsthaft in der Klemme. Sie muß zur Geldbeschaffung für den Haushalt Maßnahmen ergreifen, die sie einst als Sünden gegen die Marktwirtschaft bei der SPD verurteilte. Die sogenannte

Staatsquote, das heißt der Anteil des Staates an der gesamten Wirtschaftstätigkeit, wächst, die Staatsverschuldung nimmt zu, Steuern müssen erhöht werden und die Inflation zieht an, wie seit langem nicht mehr.

außert der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Heinrich Weiss, die Sorge, „daß uns im Westen bei der Sanierung Deutschlands verheben, und zwar, was die öffentlichen Finanzen wie die Leistungsfähigkeit der privaten Wirtschaft angeht“. Auch der Graf Lambsdorff, der einst mit für Sozialdemokraten unannehmbaren Wirtschaftsthesen das Ende der sozial-liberalen Koalition provozierte, fordert in scharfem Ton die bedingungslose Rückkehr zur Konsolidierung des Staatshaushalts.

Woher rührt die Unruhe und Besorgnis im bürgerlichen Lager? Verschiedenes mag da zusammenkommen:

Sorge, daß die ungewöhnlich lange Periode wirtschaftlicher Konjunktur möglicherweise zu Ende geht. Der Wegfall sozialer Sicherungen, der mit der sogenannten Wende eingeleitet wurde, machte die Drohung mit der Arbeitslosigkeit scharf wie lange nicht. Dadurch konnten die Kapitalisten die Arbeitsintensität steigern und Extraprofiten einstreichen. Die Tatsache, daß ein beträchtlicher Teil der Industriearbeiter aus dem Ausland zugewandert ist, verschärft diesen Druck. Lambsdorff bietet nun als Rezept die strikte Fortsetzung der 80er Politik an. Er verlangt, gegen

über den Ostbürgern entsprechend zu verfahren. Ähnlich wie in seinem berühmten Papier von 1982 konzentriert sich der Graf auf die Sozialversicherungen: Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Osten kosteten zuviel und seien meistens überflüssig, die geplante Einführung einer Sozialversicherung für den Pflegefall wäre viel zu teuer und in der Krankenversicherung müsse eine Selbstbeteiligung her.

Vor allem aus den Konzernen werden Bedenken angemeldet, daß unter der Hand bei der sogenannten Sanierung Ostdeutschlands durch Auffanggesellschaften, Beschäftigungssicherung etc. die „längerfristige ordnungspolitische Strategie“ gefährdet wird, wie es der schon zitierte BDI-Präsident Weiss formuliert. Die Regierungspolitik befindet sich hier in einem gewissen Widerspruch: Soll der Eindruck von Aufschwung in den neuen Bundesländern entstehen, sind beträchtliche Aufwendungen in die Infrastruktur nötig, die von der Marktwirtschaft aber nicht erbracht werden; Fortführung oder Umwandlung der ehemaligen DDR-Betriebe unter öffentlicher Regie verhindert oder verzögert aber die soziale Differenzierung der werktätigen Bevölkerung und ermöglicht unter Umständen sogar

die für die Ideologen der Marktwirtschaft so gefährliche Fortsetzung realsozialistischer Traditionen.

Die Art der Geldbeschaffung der Regierung ist nicht ohne Risiken. Die wachsende Staatsverschuldung und ansteigende Inflation führen zwar zu einer erwünschten Umverteilung von Einkommen und kleineren Vermögen zum großen Eigentum, bergen aber die Gefahr verschärfter gewerkschaftlicher Lohnkämpfe. Der BDI-Präsident hält in diesem Zusammenhang den Tarifabschluß im öffentlichen Dienst für einen großen Fehler der Regierung.

Schließlich deuten Meinungsumfragen darauf hin, daß die Regierungskoalition zur Zeit bei Wahlen keine parlamentarische Mehrheit erhalten würde. Nun sind es bis zur erneuten Wahl des Bundestags noch drei Jahre und beherrscht die Regierung Kohl verschiedenste Schliche, dennoch erzeugt die schwindende Anhängerschaft im bürgerlichen Lager gewisse Nervosität.

Die Vielzahl der Risiken, auf die die Kritiker hinweisen, machen die Regierungspolitik keineswegs erträglicher, ganz im Gegenteil — daß viele bluten müssen, damit sich's für einige lohnt, ist bei den Bürgerlichen unumstritten.

Quellen: Handelsblatt, 12./13.7., 15.7. — (alk)



Ab 1. Juli hat die Bundesregierung das Arbeitsverbot für Asylbewerber aufgehoben. Sie weist darauf hin, daß die Gemeinden nun Sozialhilfe „sparen“ könnten. Sie hofft, insbesondere die Arbeitskräftenachfrage in der Landwirtschaft (Bild: Erdbeerernte) und im Hotel- und Gaststättengewerbe so „befriedigen“ zu können. — (rül)

Kolonialbeamte für den Osten

Gefährliches Gemisch aus Zwang und Bestechung

Der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) dringt auf Zwangsversetzungen von westdeutschen Beamten in das Anschlußgebiet. Die „geradezu grotesken“ Zuwendungen für Beamte, die im Osten arbeiten, seien ein „abstoßendes Beispiel von Gruppenegoismus“, hetzte BDI-Präsident Heinrich Weiss. Er verwies auf die besondere Treuepflicht, die nun erfordere, sich gegen eine einfache Trennungsschädigung innerhalb ganz Deutschlands versetzen zu lassen (1).

Der designierte SPD-Kanzlerkandidat Björn Engholm hatte als erster Zwangsversetzungen von Beamten ins Gespräch gebracht und hat seine Position jetzt nochmals gegenüber der Bild-Zeitung bekräftigt. Sein niedersächsischer Parteifreund Schröder regte bereits eine Änderung des Beamtenrechts an, wonach Landesbeamte künftig auch über die Landesgrenzen hinweg zu versetzen sein sollten. Die ÖTV wandte sich schroff gegen dieses Ansinnen Schröders: Beamte seien keine Leibeigenen, die von einem Dienstherrn zum anderen verschoben werden könnten.

Doch nicht diese rechtlichen Probleme sind es, die die Kolonialmacht BRD bisher so zögerlich macht, was Zwangsversetzungen anbelangt. Justizminister Kinkel (FDP) befürchtet, zwangsversetzten Beamten würden „Motivation und Pioniergeist“ fehlen (2). Diese Sorge hat den Leipziger Oberbürgermeister Lehmann-Grube (SPD) — ehemals Oberstadtdirektor von Hannover) veranlaßt, als Variante zu Zwangsversetzungen zu

fordern, diejenigen zu bestrafen, die sich einem Kolonialerlass verweigern: Beförderungstopp für westdeutsche Beamte, die nicht mindestens zwei Jahre im Anschlußgebiet „aushelfen“ (3).

Kaum ein Politiker, der etwas auf sich hält, der sich nicht zum Kolonialdienst westdeutscher Beamter im Anschlußgebiet geäußert hätte! SPD- und z.T. FDP-Politiker (Genscher, Möllemann) tendieren zu unmittelbaren Zwangsmaßnahmen, CDU/CSU eher zu finanziellen Anreizen, sprich Bestechungen. Herauskommen soll ein gefährliches Gemisch von Zwang und Bestechung.

Einig sind sich aber alle, daß der Beamtenapparat im Anschlußgebiet Kolonialcharakter tragen soll, die Führungspositionen ausschließlich von Westbeamten zu besetzen seien. Darauf zielt u.a. ein Erlass des niedersächsischen Innenministers Glogowski (SPD), daß niedersächsische Polizeibeamte aus dem gehobenen Dienst für den höheren Polizeidienst in Sachsen-Anhalt angeworben werden sollen. Nach geltendem Laufbahnrecht ist dieser „Aufstieg“ in eine höhere Laufbahn nur unter strengen Voraussetzungen möglich. Die CDU-geführte sachsen-anhaltinische Landesregierung hat diese Voraussetzungen reduziert, um sich von „Altlasten“ zu befreien. Der Bund Deutscher Kriminalbeamter erhebt deshalb vollkommen zu Recht den Vorwurf, Aufstiegschancen der dortigen Polizisten zu verbauen.

(1) Die Welt, 2.5.1991; (2) DBB-Magazin April 1991, (3) Hannoversche Allgemeine Zeitung, 10.6.1991 — (kar)

Proteste gegen türkische Massaker in Kurdistan



Knapp 3000 Menschen beteiligten sich am 13. Juli in Köln (Bild) an einer bundesweiten Protestdemonstration gegen die jüngsten türkischen Massaker in Kurdistan (siehe auch Seite

10/11). In zahlreichen Städten haben kurdische Vereine am 14. und 15. Juli zusätzlich Hungerstreiks begonnen, um gegen die türkischen Massaker zu protestieren. — (rül, Bild: af/mz)

Kurdenprozeß: Delegation aus den Gewerkschaften verschoben

Der erneute Besuch einer Delegation von Mitgliedern der Gewerkschaften beim Düsseldorfer Kurdenprozeß ist verschoben. Das teilen die „Freunde des kurdischen Volkes“ in Hamburg mit. Die ursprünglich für Oktober geplante Delegation ist wegen Ausfall von Verhandlungsterminen des Gerichts auf den 5. und/oder 6. November verschoben worden. Die „Freunde des kurdischen Volkes“ rufen alle Interessierten auf, sich bis zum 28. Oktober für den Besuch der Delegation bei ihnen zu melden: Tel. 040/3902128 oder 040/396386. Ihre Postanschrift: Bergiusstr. 12, 2000 Hamburg 50. — (rül)

Südafrika: Proteste gegen Aufhebung von Sanktionen

Die USA haben ihre vor fünf Jahren gegen Südafrika verhängten Sanktionen aufgehoben. Japan, Israel und die Schweiz ziehen nach; die Schweiz hat Kapitalexportheschränkungen aufgehoben. Israel will Waffen liefern. Neben ANC und PAC haben u.a. das UNO-Komitee gegen Apartheid und die OAU scharf protestiert: Zahlreiche Bedingun-

gen seien nicht erfüllt, so gebe es noch immer politische Häftlinge und Homelands. Die Organisation für Afrikanische Einheit ruft auf, „die Entschlossenheit und Wachsamkeit so lange aufrechtzuerhalten bis die Ziele der Gerechtigkeit, der Rassengleichheit und der Demokratie auf der Basis des Prinzips „Ein Mensch — eine Stimme“ erreicht sind. Die 51 Mitgliedsstaaten der OAU sowie Kanada und Schweden halten an ihrer Sanktionspolitik vorläufig fest. — (evc)

Freistaat Sachsen will 7000 Lehrer entlassen

Jeder siebte Lehrer soll aus politischen Gründen entlassen werden, so das sächsische Kultusministerium. 2000 Lehrer müßten wegen „einer Funktion in einer Massenorganisationen der DDR oder Mitarbeit bei der Staatssicherheit“ gehen, weitere knapp 3000 würden als sogenannte „Modrow-Lehrer“ entlassen — sie waren unter der letzten DDR-Regierung Modrow eingestellt worden, außerdem sollen noch 2000 Lehrer der Fächer Marxismus/Leninismus, Staatsbürgerkunde, Geschichte und Russisch gekündigt werden. Weitere 3000 Lehrer will die Landesregierung in den vorzeitigen Ruhestand versetzen, um die

„finanziell tragbare“ Zahl von 42000 statt bisher 52000 Lehrern zu erreichen — damit ist dann nebenbei auch erledigt, daß es eine Fortsetzung der in der DDR bestehenden Betreuung von Schülern außerhalb der Unterrichtszeit nicht mehr geben wird. — (alk)

amnesty international: Kritik an BRD-Isolationshaft

Die Menschenrechtsorganisation „amnesty international“ hat in ihrem jüngsten Jahresbericht 1990 auch die andauernde Isolationshaft an den politischen Gefangenen in der BRD gerügt. Der Bericht kritisiert ausdrücklich die Isolationshaft, unter anderem für die Gefangenen der RAF, Brigitte Mohnhaupt. Mehrere Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD, darunter die Mütter von Adelheid Schulz (inhaftiert in Köln-Ossendorf, jetzt verlegt nach Bielefeld-Brackwede), Brigitte Mohnhaupt (inhaftiert in der JVA Aichach) und Christian Klar (inhaftiert in der JVA Bruchsal) hatten sich vor wenigen Wochen erneut an die Zentrale von amnesty international in London gewendet und sie gebeten, gegen die Haftbedingungen der Gefangenen aus RAF und Widerstand aufzutreten. — (rül)

25. Schlesiertag: Stramm nach rechts außen marschiert

120000 Schlesier fanden sich Anfang Juli unter dem Motto „Schlesien bleibt unser Auftrag“ im bayrischen Nürnberg zusammen. Weil die rot-grüne Landesregierung den Schlesiertag nicht weiter in Hannover haben wollte, hatte die CSU-Staatsregierung das Revanchistenfest mit einem Zuschuß von 100000 DM erstmals nach Nürnberg geholt. Im Zentrum der Angriffe der Schlesierführer stand der deutsch-polnische Grenzvertrag, den Hupka als „Diktat“ beschimpfte, mit dem „ein Viertel von Deutschland ausgeschlossen und ausraidiert werde“. Hupka-Stellvertreter Koschyk (CSU), jüngst als Generalsekretär der Vertriebenen zurückgetreten, konnte mit dem Konzept von der „Euroregion Schlesien“ nicht landen: schwarz-rot-gold und antipolnisch muß Schlesien sein. Sogar CSU-Politiker wie Wirtschaftsminister Lang wurden ausgebuht. Nürnbergs SPD-OB verzichtete gleich auf ein Grußwort, mahnte die „Schlesische Jugend“ zur Völkerverständigung und zeigte sich anschließend bestürzt über die Infragestellung völkerrechtlich verbindlicher Grenzen. — (mas)

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

Aktuell in Bonn

Schalk-Golodkowski-Ausschuß

Nach der Sommerpause des Bundestags soll der Untersuchungsausschuß des Bundestags „Kommerzielle Koordinierung“, der die Geschäfte der von Schalk-Golodkowski geleiteten DDR-Firmengruppe untersuchen soll, seine Arbeit beginnen. Modrow, Mittag, Mielke, Krenz: Zahlreiche ehemalige ZK- und Politbüro-Mitglieder der SED sollen vernommen werden. Auch der Parteivorstand der DKP ist vor den Ausschluß geladen. Gregor Gysi als Vertreter der PDS soll dagegen aus dem Ausschuß ferngehalten werden. CDU-Obmann Rüttgers: Gysi müsse „aus politischen Gründen“ ausgeschlossen werden. Um dem Ausschußwunsch Nachdruck zu verleihen, hat die CDU/CSU auch noch Gysi als Zeugen vor den Ausschuß geladen.

Welt über 10000 „Ost-Einsätze“

Mehr als zehntausend Beamte aus dem Gebiet der früheren BRD sind inzwischen auf dem Gebiet der früheren DDR zum „Aufbau einer Verwaltung“ eingesetzt. Das hat die Bundesregierung in Antwort auf eine SPD-Anfrage im Bundestag mitgeteilt. Ende Mai seien etwa 2900 Landesbeamte und 400 Bundesbeamte in den „neuen Ländern“ längerfristig eingesetzt gewesen, hinzu kämen mehrere tausend Beamte, die von Kommunen der BRD entsandt worden seien. Hinzu kämen etwa 7500 Bundesbeamte, die für den Aufbau neuer Teile der „Bundesverwaltung“ entsandt seien, darunter BGS-Leute, Bundeswehr, Zoll und ähnliche Behörden. Eine „Clearingstelle“ im Innenministerium koordiniere die Maßnahmen.

Höhere „Führerdichte“?

Zwischen dem Verteidigungsministerium und dem Finanzministerium gibt es Differenzen über die Verringerung der Bundeswehr. Verteidigungsminister Stoltenberg will in Anlehnung an alte Reichswehr-Konzepte eine höhere „Führerdichte“ der verkleinerten Bundeswehr, um diese in Krisenzeiten sehr schnell sehr stark ausbauen zu können. Während die Gesamtarmee bis 1.1.1994 auf 370000 Mann verkleinert werden soll, will er die Zahl der Berufssoldaten, Offiziere auf Zeit und Offiziersanwärter nur von 89000 auf 87000 verringern. Die Zahl der Berufsoffiziere und Berufsunteroffiziere soll sogar nur um 1000, von 69000 auf 68000, verringert werden. Waigel verlangt demgegenüber eine „proportionale“ Verringerung sowohl bei Berufssoldaten und Offizieren wie auch bei den Wehrpflichtigen. Das Kabinett soll noch im Juli entscheiden.

5000 „Stasi-Verfahren“

Die Bundesanwaltschaft will noch in

diesem Jahr gegen etwa 700 Mitarbeiter der DDR-Spionage Strafverfahren eröffnen. Das teilte Bundesanwalt von Stahl auf einer Diskussionsveranstaltung Anfang Juli im Justizministerium mit. Insgesamt erhofft sich die Bundesanwaltschaft in den nächsten Jahren 5000 Verfahren gegen Mitarbeiter der DDR-Spionage. Alle Verfahren sollen eröffnet werden wegen Tätigkeit für die DDR-Auslandsspionage. Aufgrund welchen Rechts von Stahl diese Leute belangen will?

„Private“ Pflegeversicherung?

Die privaten Kranken- und Lebensversicherungskonzerne wollen sich zusammenschließen, um die von der SPD und Blüm vorgeschlagene und von der FDP heftig bekämpfte Pflegepflichtversicherung zu Fall zu bringen. Das haben sie bei einer Pressekonferenz der Lebensversicherungskonzerne in Hamburg mitgeteilt. Man wolle ein gemeinsames „Alternativmodell“ anbieten. Hauptsache bei der „Alternative“ ist, die Kapitalisten von jeder Beitragspflicht zu befreien. Die von Blüm angekündigte „monatliche Pflegerente“ in Höhe von 750 DM bis 1500 DM sei bei einer monatlichen Beitragszahlung von 50 DM zu bekommen — Erhöhungen dieses Beitrags hingen ganz davon ab, wieviel tatsächliche Pflegefälle auftraten. Teuer wird die „Alternative“ also auch.

Waffenschmidt für „Wolgadeutsche“

Der Staatssekretär im Innenministerium und Beauftragter für „Vertriebene“, Waffenschmidt, ist in der Sowjetunion für die Errichtung einer „Republik der Wolgadeutschen“ unterwegs gewesen. Am 9. Juli kündigte Waffenschmidt nach seiner Rückkehr aus der Russischen Republik an, eine Kommission dieser Republik werde schon im August ihre Ergebnisse vorlegen. Die geplante Republik solle etwa so groß wie Hessen sein. In der Sowjetunion gäbe es noch ca. 2 Millionen „Deutsche“, will Waffenschmidt herausgefunden haben — bei den Prämien, die die Bundesregierung für das Bekenntnis zum deutschen Blut aussetzt, kein Wunder. 200 Millionen DM sind allein im gegenwärtigen Haushalt für „Begegnungstätigkeiten“ und „Kulturzentren“ in der Sowjetunion vorgesehen, die Verbände der „Rußlanddeutschen“ werden über den — wegen seiner engsten Zusammenarbeit mit den Faschisten nach 1945 zeitweise verbotenen — „Verband der Deutschen im Ausland (VDA)“ gefördert und gelenkt.

Was kommt demnächst?

Am 17.7. treffen die Teilnehmer des Weltwirtschaftsgipfels in London mit Gorbatschow zusammen. Die gemeinsame Sommerpause von Bundestag und Bundesrat endet am 1. September.

Die RAF diskutiert ihre Geschichte

Die Darlegungen aus der RAF gehören zur Programmdiskussion der Linken

Eine Armee, die ihre Operationsgeheimnisse nicht mehr wahren muß, sondern in der Öffentlichkeit diskutiert, gibt damit zu verstehen, daß ihre Kriegsführung beendet, ihre Guerilla Geschichte ist. Der Schritt der RAF an die Öffentlichkeit wurde durch die umfassende Veränderung der poli-

tischen Rahmenbedingungen veranlaßt. Die politische Strategie der RAF hatte sich in der Zeit des Vietnamkriegs und in engsten Zusammenhang einer breiten politischen Diskussion und Praxis herausgebildet. Die RAF verstand sich aus gutem Grund als eine Fraktion, ein Teil der Linken.

Im Vietnamkrieg wie in anderen, ähnlich liegenden Konflikten überschritten sich zwei große Widersprüche: der Widerspruch zwischen dem Imperialismus und dem Streben der Völker nach Unabhängigkeit und der Widerspruch zwischen den sozialistischen Staaten und den imperialistischen Staaten. In der herrschenden Klasse der BRD bestand eine starke Tendenz, in den Krieg der USA mit einzutreten. Ohnehin gab es eine auswachsende zivile, wirtschaftliche, finanzielle, logistische Unterstützung der USA.

Es ist unbestritten, daß die RAF die innere Sicherheit gefährdet hat. Sie setzte für den Einstieg des BRD-Imperialismus in Kriegshandlungen Risiken. Ihre Operationen hatten einen politischen Begründungszusammenhang und sie konnten aus dem Verbrechen des Kolonialkrieges und der erkennbaren Absicht der BRD, sich zu beteiligen, Legitimation ziehen. Insofern bezeichnete sich die Rote-Armee-Fraktion mit Grund als eine Fraktion eben der Roten.

Für den Widerstand der Völker gegen die koloniale und neokoloniale Aggression war die Unterstützung durch die realsozialistischen Staaten ein wesentlicher Faktor. Vom Standpunkt der Befreiungsbewegungen aus betrachtet ging es bei den Widerstands- und Solidaritätsbewegungen in den imperialistischen Ländern und bei den Hilfsleistungen aus den realsozialistischen Staaten um die selbe Sache. In der Tat gab es zwischen z.B. der Vietnam-Solidarität und den realsozialistischen Ländern vielfältige Beziehungen. Die enge Verzahnung dieser Probleme wird auch daraus kennt-

lich, daß der Staat der BRD in den Kolonialkriegen bisher nicht als militärische operierende Macht auftreten konnte, während jetzt, mit dem Zerfall des realen Sozialismus, mit Macht ein Einstieg gesucht wird.

Eine andere Tatsache ist, daß der Imperialismus Expansionsmethoden entwickelt hat, die der BRD wie auf den Leib geschneidert sind. Die gegenwärtige Expansion in die realsozialistischen Staaten stößt wegen des Überdresses der Völker an solchen Staaten in eine politische Leere, ja sie wird sogar von Akklamationen der betroffenen Völker begleitet. In den expandierenden Staaten ergeben sich im Gefolge der Expansion große ökonomische Vorteile, die sich bei den expandierenden Monopolen zusammenballen und von ihnen gezielt zur Anhangbildung eingesetzt werden. Neue Kolonialkriege stehen bevor, zu befürchten ist, daß an ihrem Beginn „Hilfersuchen“ stehen, die von betrogenen und getäuschten, aber großen Bevölkerungsanteilen, ja -mehrheiten getragen werden. Der Widerstand gegen Reaktion, Faschismus und Krieg steht vor neuen Aufgaben, die mit den alten Ansätzen offensichtlich nicht gelöst werden können.

Die Zerspaltung des Widerstands, seine Zerküftung in eine Vielzahl voneinander durch soziale Lage und politische Meinung unterschiedener Minderheiten führt dazu, daß Gewalttätigkeiten entstehen, die nicht einer erkennbaren politischen Strategie zugeordnet werden können, sondern den Charakter von sozial und politisch motivierten Racheakten an den Angehörigen der herr-

schenden Klasse haben. Es kann nicht bestritten werden, daß Elemente dieser auch in den Aktionen der RAF erkennbar waren. Handlungen wie die Tötung des von der RAF gefangen gehaltenen Schleyer und mehr noch des US-Wach-Soldaten Pimental lösten heftige Diskussionen aus, weil sie auch in einem Krieg Verbrechen sind, die sich aus Ohnmacht, verwickelt mit Wut und ganz oberflächlichen Nützlichkeitsbegründungen ergeben.

Mit solchen, reinen Nützlichkeitsbegründungen wird heute aus der RAF die Zusammenarbeit mit dem Staatswesen der DDR begründet. Es sei um Übungsgelegenheiten mit Sprengmitteln und panzerbrechenden Waffen gegangen. Dies negiert den Vorrang der Politik. Diese Zusammenarbeit hätte eine unabsehbare Verschärfung des Konfliktes zwischen den Staaten des realen Sozialismus und dem imperialistischen Bündnisystem hervorgerufen, wenn sie bekannt geworden wäre. Eine Guerilla ist eine politische Armee, als solche ist sie verpflichtet, die politischen Bedingungen und möglichen Folgen ihrer Handlungen zu reflektieren und findet keinen akzeptablen Grund, sich zu betragen wie Halbsöldner, die sich um politische Folgen ihres Tuns nicht scheren. Wenigstens haben beide Seiten, RAF und SED, vermieden, in einer politisch sehr schwierigen Situation die Flucht nach „vorn“, in die Provokation aktiv anzutreten. Die Enthüllung dieser Zusammenarbeit hätte zu manchem Zeitpunkt in den seither verstrichenen Jahren als Initialzündung wirken können.

Die authentischen Mitteilungen der RAF zu ihren Taten sind für den Widerstand gegen Reaktion, Faschismus und Krieg ein wichtiger Beitrag. Sie zeigen die Bereitschaft, über ein Kapitel Geschichte nachzudenken, dessen Ausgangszeiten vom Imperialismus diktiert wurden. Es wäre falsch, das normenlose und unkontrollierte Handeln, das in der Waffenbruderschaft SED/RAF sichtbar wird, diesen beiden Organisationen speziell anzulasten. Die SED, das war ein Staatsapparat, und die RAF war als Armee ein Staatsapparat im Werden. Der Gang der Dinge mahnt an, daß Widerstand gegen Reaktion, Faschismus und Krieg den weit verbreiteten, fest überlieferten Gedanken kritisch überwinden muß, es wäre die politische Macht zu ergreifen und ein machthabender Staatsapparat zu bilden, bestehend aus Guten, die wissen, was für andere Leute gut ist und es diesen dann auch noch gut antun.

Quellenhinweis: Frankfurter Rundschau, 2. Juni 1991 — (imaf)



Gemeinsame Geschichte: Internationaler Vietnam-Kongreß 1968 in Westberlin

Wohin geht die PDS?

2. Tagung des 2. Parteitag diskutiert eine Fülle von Problemen und beschloß Parteistatut

Sehr breit war das Spektrum der Meinungen, wie es mit der PDS weitergeht. Die einen sahen in der 2. Tagung den Abschluß der Existenz der PDS. Andere hofften auf die Eini-

tung auf eine verbindliche politische Linie. Beide Erwartungen trafen nicht ein. Zum einen kann man wegen der Probleme einzelner mit der PDS nicht die Partei auflösen, zum anderen sollte es das Anbieten einer Parteimeinung an sich nicht wieder geben.

Ohne Zweifel gab es im Vorfeld dieser 2. Tagung eine Reihe von Problemen in der PDS. Dem einen wird nicht genügend quotiert (auch wenn überhaupt keine Frauen anwesend sind), die anderen meinen, wir bewältigen unsere Vergangenheit nicht ausreichend, wieder andere betrachten es als Vergehen, wenn PDS-Mitglieder in den Kommunalparlamenten eine angesehene, aber eben Oppositionsrolle spielen usw.

Das Problem dabei ist, daß die Toleranz gegenüber anderen Meinungen in der Partei verlangen, selbst ihre Meinung für das allein gültige halten. Aus dieser Sicht kann man natürlich zweifeln, ob solche Auseinandersetzungen nicht an die Substanz gehen, vor allem dadurch, daß in den meisten Basisorganisationen ein bis zwei „jüngere“ Genossen mit einer großen Zahl Rentnern diese Diskussionen verstehen und daraus auch noch Motivation zum eigenen Handeln entwickeln sollen.

Aus dieser Sicht hat die 2. Tagung schon allein den Fortschritt gebracht, daß es trotz verschiedener Meinungen,

ja Strömungen, zu einer Reihe von Beschlüssen zur weiteren Arbeit der Partei kam.

Wichtigster Punkt, auch in Hinblick auf die zukünftige Wirksamkeit der Parteiengesetzes der BRD im Gebiet der ehemaligen DDR, war die Annahme eines neuen Parteistatutes. Neben eindeutigen Festlegungen zur Struktur, der Möglichkeit der Gliederungen an der Basis sowohl auf Wohngebiets-, Betriebs- als auch Interessenebene und der Festlegung des Aufnahmealters auf 16 Jahre war die Festlegung, das Statut und auch andere Beschlüsse, z.B. die Auflösung der Partei, grundsätzlich durch Urabstimmung bestätigen zu lassen, sicherlich das Bedeutendste.

In der Zeit vom 19. August bis zum 20. September werden die Mitglieder der PDS über dieses neue Statut, das in seiner Präambel auch eindeutige Aussagen zu den Zielen der Partei enthält, entscheiden.

Im Verlauf der 2. Tagung wurden des weiteren Beschlüsse gefaßt zu: — § 218 ersatzlos streichen,

- Konsequenz und Offenheit im Umgang mit „Staatsicherheit“;
 - Keine Bestrafung von DDR-Spionen;
 - Finanzordnung der PDS
 - Zu Grundlagen der Wirtschafts- und Sozialpolitik der PDS
 - Gegen Betriebsabschlüssen und Massenentlassungen;
 - Solidarität mit Betriebsräten.
- Eine Reihe von Anträgen an den Parteitag konnten aus Zeitgründen nicht mehr behandelt werden, so auch zur Bündnispolitik, zur Kommunalpolitik u. a.

Im Verlauf des Parteitages gab es Ausführungen von Wolfgang Gehrke zum Brief des „Neuen Forum“, der die Auflösung der PDS forderte, und von Andre Brie, der über die Nachsitzung des Präsidiums mit allen Landesvorsitzenden berichtete. Diese war notwendig geworden, weil am ersten Beratungstag erhebliche Spannungen innerhalb des Präsidiums deutlich wurden.

Einstimmigkeit gab es danach, daß für die weitere Arbeit der PDS unbedingt mehr Transparenz und Toleranz miteinander notwendig ist. — (sta)

Weg geebnet für Bundesrundfunk

Drei bundesweite Radioprogramme und Gebührenerhöhung

Die Ministerpräsidenten der Länder haben am 4./5. Juli die Neuordnung des Rundfunks beraten. Stark beachtet wurde ihr Beschluß zur Gebührenerhöhung (um 4,80 auf 22,80 DM/Monat), kaum jedoch ihr Kompromißvorschlag zur Einrichtung von drei nationalen Rundfunksendern. DLF (Deutschlandfunk) in Köln und RIAS in Berlin mit bundesweiten Informationsprogrammen sowie DS-Kultur in Berlin. Der DLF wurde von der Adenauer-Regierung 1961 geschaffen, um nach dem Bau der Mauer vor allem in die DDR zu wirken; Geldgeber waren der Bund (107 Mio. DM) und die ARD (52 Mio. DM). Für den RIAS (Rundfunk im amerikanischen Sektor), von den USA nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet und stets unter deren Rundfunkhoheit, als „Frontstadtseher“ in Berlin ebenfalls nach Osten gerichtet, zahlte zuletzt die Bundesregierung 170 und die US-Regierung 3 Mio. Mark. DS-Kultur entstand aus Resten des abgewickelten Deutschlandsenders der DDR. Die bisherigen Rechtsgrundlagen für DLF und RIAS wurden durch den Einigungsvertrag beseitigt. Die Länder vertreten in ihrem Kompromißvorschlag die Auffassung, daß damit für die Bundesregierung die Berechtigung entfällt, Rundfunkanstalten zu betrei-

ben, und verweisen auf die im Grundgesetz verankerte Rundfunkhoheit der Länder. Sie wollen die bundesweiten Sender redaktionell selbständig unter das Dach von ARD bzw. ZDF stellen und aus Bundes- in Länderhoheit überführen. Aber bundesweite Sender und vor allem RIAS in der Hauptstadt Berlin werden die objektiven Voraussetzungen zur zentralisierten Meinungsmache auf Bundesebene und die Ausrichtung nach Osten schaffen. Ein Ansatz dazu ist die Besetzung der Aufsichtsgremien durch „gesellschaftlich relevante Gruppen“ mit denen sich Regierung und große Parteien ihren politischen Einfluß sichern. Außerdem beanspruchen die neuen bundesweiten Sender Frequenzen, die die Landesanstalten für Kommunikation bereits regionalen Sendern zugewiesen haben. Die Konkurrenzfähigkeit der regionalen öffentlich-rechtlichen Sender gegenüber den privaten wird dadurch weiter geschwächt. Gestärkt werden neben zentralistischen Tendenzen die großen Verleger als Besitzer der Privatsender. Die Kritiker monieren nur halbherzig, die Ministerpräsidenten hätten bei ihrem Kompromißvorschlag gesäumt, der vom Grundgesetz geforderten Staatsferne von Funk und Fernsehen stärker Geltung zu verschaffen — (imf)

Die Krise in Jugoslawien — auch ein Nord-Süd-Konflikt

Westliche Einmischung unter der Fahne der „Selbstbestimmung“. Ziel: Annexion, Okkupation, Unterwerfung unter den Weltmarkt

Nachdem das jugoslawische Staatspräsidium dem Abkommen von Brioni zugestimmt hat, kann die EG zur nächsten Phase der Einmischung auf die innerjugoslawische Entwicklung schreiten. Es ist längst klar, daß der weitere Gang der Ereignisse nicht mehr von den zuständigen Organen der jugoslawischen Verfassung bestimmt wird. Es drängt sich der Eindruck auf, daß die blutigen Auseinandersetzungen zwischen Serben und Kroaten Akte des reaktionärsten Kräfte geschürten Völkermordes sind, die zu einem Konfliktstoff auf Dauer ausgebaut werden sollen. Nicht zufällig finden die heftigsten Auseinandersetzungen in einem der fruchtbarsten Landstriche Jugoslawiens, in Slawonien statt, das neben der Wojwodina schon immer als Kornkammer Jugoslawiens galt. Vor Gründung der Volksrepublik Jugoslawien siedelten in dieser Gegend zum großen Teil Großgrundbesitzer deut-

scher und ungarischer Herkunft, die in den 40er Jahren engstens mit den faschistischen Besatzern kollaboriert haben. Diese Grundbesitzer melden sich jetzt wieder zu Wort und fordern alte Rechte ein. Eine Trias von katholischer Kirche, habsburgischem Adel und jugoslawischen Monarchisten hat sich bereits offen als „Vermittler“ des Streits um Slawonien angeboten. Wenn sich die Jugoslawen jetzt wieder an die deutschen Großmachtinteressen in Südosteuropa erinnern, dann ist das keine platte Propaganda, sondern berechtigte Furcht. Milovan Djilas, einer der bekanntesten (ehemals) Titokritiker, schreibt in der bosnischen Zeitung „Oslobodjenje“, daß österreichische und deutsche Medien den blutigen Konflikt noch zusätzlich anheizen, während Deutschland als wirtschaftspolitische Kraft sich in Jugoslawien quasi liberale Verbündete geschaffen hat. Auch in der französischen Presse

wird das so gesehen. Es ist wohl auch in Frankreich klar, daß sich die BRD über den Balkankonflikt eine schnellere Verwirklichung der Vormachtstellung innerhalb der EG verspricht. Wenn sich nun das westeuropäische Kapital unter der Fahne des Selbstbestimmungsrechts der Nationen über Jugoslawien hermacht, muß hier Protest angemeldet werden. Geht es doch nicht um Selbstbestimmung, sondern um Unterwerfung unter den Weltmarkt, ja um Annexion und Okkupation. Um ein Selbstbestimmungsrecht ging es, als die jugoslawische Volksarmee die deutschen Besatzer aus dem Land trieb und die Großgrundbesitzer enteignete. Widerstand und Kritik gegen die imperialistische Einmischung in den Balkan, die die blutigen Gemetzel systematisch schürt, ist dringender denn je. Ein Rückblick in die jugoslawische Geschichte kann dabei noch einmal sehr nützlich sein.

Alte Nord-Süd-Gegensätze

Zur Geschichte einiger Probleme im wirtschaftlichen Aufbau Jugoslawiens

Einer der Hintergründe des Konflikts in Jugoslawien ist der Gegensatz zwischen dem (reicheren) und stärker industrialisierten Norden und dem (eher agrarischen und rohstoffliefernden) südlichen Landesteilen. Dieser Konflikt hat eine lange Geschichte.

Alte Fehler sollten sich beim Aufbau des neuen Jugoslawien nicht wiederholen, und die Widerstandskräfte gegen die deutsche Besatzung einigte sich daher auf folgende Grundsätze: 1. Die Dominanz eines Staates mußte verhindert werden, daher konnte nur eine Förderung auf gleichberechtigter Grundlage Ziel der Verfassung sein. 2. Unbedingte nationale Souveränität und Zurückweisung der ausländischen Einmischungen, daher war die Hinwendung zu den Befreiungsbewegungen der Dritten Welt nur folgerichtig. 3. Zur Lösung der Agrarfrage und der ökonomischen Probleme bot sich nur eine sozialistische Ausrichtung an. Nach der Befreiung begann eine vorsichtige Kollektivierung und Enteignung, die sich im wesentlichen nach sowjetischen Vorbildern ausrichtete. Wichtigste Handelspartner waren die Länder Osteuropas.

Aber nach dem Bruch mit den RGW-Staaten zeigte sich, daß man von auswärtigen Hilfslieferungen abhängig war, was immer zu Erpressungszwecken genutzt werden kann. Die Westmächte erkannten dann auch klar die Gunst der Stunde und griffen auf Jugoslawien zu. Welche Überlegungen zu

Beginn der 50iger Jahre von Seiten der Westmächte angestellt wurden, stellt der damalige Botschafter der BRD in Jugoslawien so dar: „Die nächste Frage, die sich uns stellte, war: Wie kann man Jugoslawien auch ferper an den Westen binden? Nach unserer übereinstimmenden Meinung lag das stärkste Argument in der Abhängigkeit des Landes von der westlichen Wirtschafts- und Finanzhilfe ... So gelangten wir in unserer diplomatischen Arbeitsgruppe zu folgenden Schlußfolgerungen: a) Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, Förderung der Industrialisierung des Landes, Kredithilfe, b) Unterstützung der politischen Ziele Jugoslawiens gegenüber Pressionen von dritter Seite (Triest-Frage), c) Warnung vor einer zu optimistischen Beurteilung der Moskauer Bekehrung, d) Schrittweise Verstärkung der allgemeinen Zusammenarbeit mit den übrigen Balkanstaaten.“ (1)

Dieses Programm erwies sich im folgenden als erfolgreich. Jugoslawien nahm die umfassenden Zusagen an und brachte sich damit von früh an in eine Abhängigkeit von den Wechsellspielen des internationalen Weltmarkts, die zum großen Teil die innere Politik bestimmten. Ein Ausdruck dieser Abhängigkeit war die ökonomische Krise Anfang der 60iger Jahre und der politische Streit, der darüber geführt wurde.

Die industrielle Basis Jugoslawiens war relativ schmal. Im Norden gab es einige kleinere verarbeitende Betriebe.

Nur im rohstoffreichen Süden hatten in der Zwischenkriegszeit französische und englische Kapitalisten größere Industrien aufbauen lassen, die sie mit großem Profit ausbeuteten. Diese Anlagen sollten die Grundlage für den industriellen Aufbau im übrigen Jugoslawien werden. Die Rohstoffpreise wurden vom Staat subventioniert, so daß die verarbeitende Industrie im Norden günstige Preise für ihre Waren auf dem Weltmarkt erzielen konnte. Diese Rechnung ging auf, aber die massiven Subventionen belasteten zu stark den Gesamthaushalt, und die geringen Rohstoffpreise führten zu einer Krise der In-

dustrie im Süden. Es kam zu einer breiten ökonomischen Debatte, in der die Rohstofffördernden Fabriken die Erhöhung der Rohstoffpreise forderten. Dies wurde vom Norden abgelehnt. Man einigte sich schließlich 1964/65 auf ein Wirtschaftsprogramm, das eine mäßige Erhöhung der Rohstoffpreise vorsah, und auf die Einrichtung eines Bundesfonds, in den die Republiken einen bestimmten Prozentbetrag einzahlen sollten. Dieser Fonds sollte die Weiterentwicklung und Modernisierung der Südländer vorantreiben. Slowenien weigerte sich zunächst, diesen Betrag zu entrichten mit der Begründung, daß es das Geld für den weiteren Ausbau seiner Handelsbeziehungen mit dem Westen benötigte. Eine weitere Bestimmung des neuen Wirtschaftsprogramms war nämlich, daß der Außenhandel weitgehend in die Regie der Republiken und Indu-

strien gestellt wurde. Schon damals wurden die Weichen für die unterschiedliche Entwicklung der Republiken gestellt. Die südlichen Regionen warfen Slowenien und Kroatien vor, ihren Wohlstand auf Kosten der Unterentwicklung des Südens zu machen. Diese Position hat sich bis heute gehalten.

Die zentrale Wirtschaftspolitik versuchte zwar, diese zentrifugalen Tendenzen von Zeit zu Zeit zu stoppen, konnte daran aber nichts ändern, weil zum einen dies an dem Anspruch der Förderung gerüttelt hätte, zum anderen stieß das auf heftigste Gegenwehr der Republiken. Die schwerste Krise bis heute fand Anfang der 70er Jahre statt, als in Kroatien und Slowenien die Regierungen abgesetzt wurden. In Slowenien mit der Begründung, man hätte versucht, Slowenien an Bayern und die EWG zu verschachern. Geändert hat sich an der Westausrichtung Sloweniens nichts, da die Außenhandelsbeziehungen dort gemacht wurden und Teile Jugoslawiens davon auch profitierten. Die verstärkte Ausrichtung nach der Dritten Welt in den 70er Jahren war der Versuch, Jugoslawien aus dieser Abhängigkeit herauszunehmen, aber der Zusammenbruch der antiimperialistischen Bewegung in der Dritten Welt machte diesen Versuch zunichte. Es war dann für die westlichen Mächte ein leichtes, als dann in den 80er Jahren die Verschuldung Jugoslawiens zu einem ökonomischen Zusammenbruch führte, über IWF und Weltbank einfluß die Krise noch weiter anzuheizen und zu dem Punkt zu bringen, wo wir heute stehen.

(1) Hans Kroll: Botschafter in Belgrad, Tokio und Moskau. München, 1967 — (hav)



Deutsche faschistische Offiziere verhören während der Okkupation Jugoslawiens im zweiten Weltkrieg einen gefangenen jugoslawischen Offizier.

Dokumentiert: Papst, Habsburg, BRD u. a. Interessierte

Die CDU/CSU

„Die Europäische Gemeinschaft ist aufgefordert, entschlossen auf jede Androhung von Gewalt und den Einsatz von Sicherheitsorganen ... gegen Slowenien und Kroatien zu reagieren. Die internationale Glaubwürdigkeit der Europäischen Gemeinschaft steht in dieser Krisensituation umso mehr auf dem Spiel, als sie bisher in einer fehlgeleiteten Politik versucht hat, durch wirtschaftliche und finanzielle Einflußnahme die Einheit ... Jugoslawiens zu erzwingen ... Jetzt gilt es, durch entschlossenes Auftreten ... konstruktiv auf die Vorschläge und Bekundungen der Republiken Slowenien und Kroatien zur Errichtung einer jugoslawischen Konföderation einzugehen.“

Karl Lamers, MdB, Außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, am 4. 7. 91 im „Deutschland-Union-Dienst“ der CDU/CSU

Die SPD

„Die SPD fordert die Bundesregierung auf, für sich selbst, aber auch innerhalb der Europäischen Gemeinschaft alle Maßnahmen zu prüfen, die ein weiteres Blutvergießen verhindern können. Mit Gewalt läßt sich eine Konföderation nicht mehr zusammenhalten ... Die Bundesregierung sollte die Anerkennung Sloweniens und Kroatiens in ihre Überlegungen einschließen. Alle Zeichen deuten darauf hin, daß eine zentrale politische Führung eines Gesamtstaates Jugoslawien nicht mehr existiert.“

Der SPD-Vorsitzende Björn Engholm am 30. 6. im SPD-Preseservice

Der Papst

„Mein Gedanke wendet sich heute insbesondere an die lieben Völker von

Kroatien und Slowenien. Ich bin denen nahe, die über ihre Toten und Verwunden weinen, und allen, die in Schmerz und Angst leben. Ich wiederhole ein weiteres Mal: Die Rechte und legitimen Bestrebungen der Völker können und dürfen nicht mit Gewalt niedergedrückt werden; und so möchte ich all jene Initiativen bekräftigen, die dahin zielen, gerechte Lösungen zu finden ...“

Appell Johannes Paul II, am 5. 7. abgedruckt in Zeitung „Osservatore Romano“ unter der Überschrift: „Rechte der Völker nicht mit Gewalt niederdrücken“

Kroatien: Der „Sozialliberale“ Budisa „Budisa bereitet die Tatsache Kopfbrechen, daß die politische und moralische Unterstützung für Kroatien und Slowenien in erster Linie aus Deutschland und Österreich kommt ... Es sei bedenklich, daß die serbische Propaganda, wonach ein ‚Viertes Reich‘ im Entstehen sei, welches Kroatien und Slowenien ‚angliedern‘ wolle, in manchen westlichen Kreisen auf fruchtbaren Boden falle ... Es wäre sehr schädlich, wenn die britische und französische Politik auf die serbische Propaganda hereinfallen würde ... Das heutige Deutschland hat genauso viel oder genauso wenig mit dem Dritten Reich zu tun wie das heutige Kroatien mit dem seinerzeitigen Ustascha-Staat ... Die politischen Ursachen, die seinerzeit zur Schaffung eines einheitlichen Jugoslawien geführt hätten — nämlich die Furcht vor einer deutschen Expansion nach Osten und Südosten — bestünden nicht mehr ...“ Die Welt, 11. 7. 91

Österreich: Truppenaufmarsch u. a. „Die österreichische Regierung hält sich nach einer Sondersitzung des Kabinetts die Option für eine völkerrechtliche Anerkennung Sloweniens und Kroa-

tiens offen. Zur Situation in Österreich erklärte Bundeskanzler Vranitzky, der Verteidigungsminister habe eine Verstärkung der Einheiten um rund 600 Soldaten und einige Panzer im Grenzgebiet verfügt. Damit sind an der jugoslawischen Grenze bereits rund 5600 Mann des österreichischen Bundesheeres stationiert ... Wie Vranitzky und Vizekanzler Busek erklärten, wurde auch die Anrufung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen im Zusammenhang mit der Jugoslawien-Krise diskutiert.“ Die Welt, 4. Juli 1991

„Die österreichische Regierung beschloß, den Export von Waffen nach Jugoslawien zu stoppen. Wie Bundeskanzler Vranitzky sagte, sind von der Regelung große Mengen ‚ziviler Waffen‘, besonders Jagdgewehre, betroffen, die bisher nicht dem Waffenexportgesetz unterworfen waren.“ FAZ, 10. 7. 91

„Aber auch wenn es gelingt, Slowenien zu retten, so wäre es dennoch fatal, wenn der Westen sich der Illusion hingabe, mit der Rettung Sloweniens wäre auch die jugoslawische Krise schon gelöst. Österreichs Außenminister Mock sagte dieser Tage, als nächstes komme die Frage der Albanen im Kosovo dran, so sicher wie das Amen in der Kirche.“ Die Welt, 5. 7. 91

Die Habsburger

„Eine sofortige Anerkennung der Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens forderte in Straßburg hingegen der außenpolitische Sprecher der christlichen Demokraten, Otto von Habsburg (CSU) ... Habsburg hatte in den vergangenen Tagen als Mitglied einer vierköpfigen Delegation der Europäischen Volkspartei Kroatien und Slowenien besucht ...“ FAZ, 10. Juli 1991

Jugoslawische und serbische Kritik

„Dem österreichischen Botschafter in Belgrad ist am Sonntag eine Protestnote gegen die ‚eklatante Einmischung in die inneren Angelegenheiten Jugoslawiens‘ überreicht worden ... Die österreichische Regierung habe zugelassen, heißt es in dieser Note, daß ‚in diesem Jahr durch und aus Österreich große Mengen moderner Waffen illegal nach Slowenien und Kroatien gebracht wurden‘. Zu beanstanden sei auch die ‚verstärkte Truppenkonzentration an der Grenze Österreichs nach Slowenien ...‘ Die (Zeitschrift, Anm. d. Red.) ‚Borba‘ in Belgrad meinte, ein ‚großdeutsch-katholisches Komplott zwischen Donau und Rhein, zwischen Litauen und Slowenien‘ aufgedeckt zu haben. Vom Baltikum bis zur Adria werde die ‚katholische Kette‘ reichen.“ FAZ, 9. 7. 1991

„In den Belgrader Medien hat eine Kampagne gegen Deutschland und Österreich begonnen. Die weit verbreitete Tageszeitung ‚Politika-Express‘ schreibt vom ‚blutigen Plan‘ der Deutschen und Österreicher zur Vernichtung Jugoslawiens. Ziel Bonns sei eine ‚neue Architektur Europas‘, in deren Zentrum das wiedervereinigte Deutschland stehe ... Um Deutschland würden sich jene Länder sammeln, die bereits im Zweiten Weltkrieg seine Verbündeten gewesen seien ...“ Die Welt, 5. Juli 1991

Die EG, die WEU

„Nach Meinung von Genscher und Ellemann-Jenssen (dänischer Außenminister, d. Red.) hätten Slowenien und Kroatien bei anhaltendem Druck der jugoslawischen Armee gar keine andere Wahl, als sich unabhängig zu erklären. Im Kreis der Außenminister vermochten sich aber die gemäßigten Vertreter Frankreichs, Portugals und der Niederlande Gehör zu verschaffen, die keine explizite Drohung mit einer Anerkennung wollten. Zu dieser zweiten Grup-

pe, die nach wie vor klar für die Erhaltung der territorialen Integrität des Vielvölkerstaates eintritt, gehören auch Großbritannien und Spanien. Der französische Außenminister Dumas meinte dazu, es sei jetzt nicht angebracht, durch einen Positionswechsel Öl ins Feuer zu gießen. Ohne die Bundesrepublik und Österreich zu nennen, verwies er ferner darauf, daß es zu verhindern gelte, daß die nördlichen Republiken unter starken ausländischen Einfluß kämen. Er drückte damit eine Sorge aus, die in Paris offensichtlich zunehmend unter dem Stichwort Pan-germanismus zusammengefaßt wird.“ Neue Zürcher Zeitung, 7. Juli 1991

„Die Außenminister der Westeuropäischen Union bringen ihre tiefe Sorge über die gegenwärtigen Entwicklungen in Jugoslawien zum Ausdruck ... Sie appellieren eindringlich an alle politisch Verantwortlichen in Jugoslawien, sich der Anwendung von Gewalt zu enthalten und den Dialog mit dem Ziel wiederaufzunehmen, die Einheit des Staates sicherzustellen ...“ Bulletin der Bundesregierung, 5. Juli 1991

Italien, „ARGE Alpen“

„Die Regierungschefs der in der Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria zusammengeschlossenen Bundesländer und Provinzen — der deutsche Freistaat Bayern, fünf österreichische Bundesländer, vier italienische Provinzen, zwei ungarische Komitate sowie Slowenien und Kroatien — haben gestern einstimmig die Anerkennung der Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens gefordert. Die Anregung für die außerordentliche Sitzung des Regionalverbandes in Klagenfurt war vom italienischen Verkehrsminister Carlo Bernini ausgegangen.“ Die Welt, 4. 7. 91 — (rüt)

Internationale Umschau



Die libanesische Armee hat Anfang Juli drei große palästinensische Flüchtlingslager im Süden des Landes nahe der Hafenstadt Tyrus umzingelt und die PLO gezwungen, ihre schweren Waffen abzugeben (Bild: ein libanesischer Soldat neben Raketenwerfern der PLO). Die imperialistische Presse höhnt: Die PLO mache „die tiefste Krise ihrer Geschichte durch“ (FAZ, 11.7.), die finanzielle Unterstützung durch die arabischen Staaten sei gestoppt, nun werde der palästinensische Widerstand entwaffnet und verliere das libanesische Hinterland. — (rül)

Türkei: Massaker gegen Dev-Sol-Verdächtige

In einer großangelegten Operation haben der türkische Geheimdienst und Polizei am 12. Juli in Istanbul 13 Personen umgebracht. In verschiedenen Bezirken Istanbuls wurden gleichzeitig zahlreiche Häuser unter Einsatz schwerer Waffen gestürmt. Dabei wurden 13 Personen ermordet, zwei weitere zwei schwer verletzt und eine noch unbekannte Zahl von Personen festgenommen. Die Ermordeten und Festgenommenen standen in Beziehung zu der türkischen Organisation „Dev Sol“, die einen bewaffneten Kampf gegen das türkische Regime führt und in letzter Zeit u. a. mehrere bekannte Folterer und hohe Offiziere des Regimes getötet hat. Nach dem äußerst brutalen Vorgehen des Regimes ist zu befürchten, daß auch die Festgenommenen in akuter Lebensgefahr sind. — (rül)

Zwei Verurteilte der „Sharpeville Six“ frei

Moses Oupa Deniso und Joshua Khumalo, die beiden jüngsten Verurteilten der Sharpeville Six, sind im Juli aus dem Gefängnis entlassen worden. Die Sechs von Sharpeville waren 1986 zum Tode verurteilt worden, weil sie an einer Demonstration teilgenommen hatten, in deren Verlauf der von den Siedlern eingesetzte Bürgermeister Dlamini umkam. Die Todesurteile waren erst 1988 nach heftigen Protesten in Asanias/Südafrika und im internationalen Bereich in Haftstrafen umgewandelt worden. M. Deniso und J. Khumalo sind aufgrund einer Amnestie für Ersttäter entlassen. — (uld)

Namibia/RSA: Verhandlungen über den Grenzverlauf

Namibia und Südafrika haben in zweimonatigen Verhandlungen erst eine strittige Grenzfrage gelöst. Die südliche Grenze Namibias verläuft — entsprechend den internationalen Gepflogenheiten — in der Mitte des Orange Rivers. Das rassistische Südafrika hatte behauptet, das Nordufer des Flusses sei die Staatsgrenze. Das hätte bedeutet, daß Namibia keinen Zugang zum Flußwasser gehabt hätte und so große Bewässerungsprobleme im ganzen Süden des Landes entstanden wären. Südafrika hatte versucht, mit der Drohung, dem Süden das Wasser zu nehmen, die namibische Regierung zu sofortigen Zugeständnissen in der Frage des namibischen Hafens Walvis Bay zu zwingen. Dieser Hafen ist nach wie vor von Südafrika besetzt und mit starken Truppen ausgestattet. Südafrika beansprucht Walvis Bay als eigenes Hoheitsgebiet mitten in Namibia. In den internationalen Verträgen über die Entkolonisierung Namibias und die Durchführung der Wahlen war die Frage ausgeklammert und an die spätere namibische Regierung verwiesen worden. In den unter UNO-Beobachtung stehenden Verhandlungen konnten sich die Rassisten jedoch nicht durchsetzen. Sie mußten zugestehen, daß Walvis Bay künftig gemeinsam von Namibia und Südafrika verwaltet wird, bis über die Zukunft des Hafens entschieden ist. — (uld)

„Gladio“ in Belgien weiter aktiv?

Die niederländische antimilitaristische Zeitung „AMOK“ berichtet in ihrer neuesten Ausgabe von Hinweisen, nach denen die NATO-Terror-Truppe „Gladio“ bzw. ähnliche Einheiten auch in jüngster Zeit in Belgien weiterhin aktiv sind. Der parlamentarischen Untersuchungskommission, die in Brüssel das Gladio-Netz untersuchen soll, liegt nach diesem Bericht ein anonym Bericht vor, wonach der Verfasser des Berichts als belgischer Staatsbürger noch in den Jahren 1988 bis 1990 in einem solchen „Gladio“-Netz tätig gewesen ist. Dem Bericht zufolge soll das belgische „2. Büro“, der damalige militärische Geheimdienst, bereits unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg ein solches geheimes Netz aufgebaut haben. 1949 habe dann der CIA mit dem Aufbau eines weiteren, eigenen geheimdienstlichen Netzes begonnen, das von der NATO unterstützt und finanziert werde. Die sogenannte „Stay behind“-Organisation in Belgien sei dann ab 1952 in Zusammenarbeit zwischen dem belgischen und dem britischen Geheimdienst aufgebaut worden und bestehe im wesentlichen aus Reserveoffizieren, die an Wochenenden Übungen durchführten. Ihre Instrukteure seien ausschließlich Berufsoffiziere. Der Verfasser des anonymen Berichts hat angekündigt, seine Kenntnisse in Buchform zu veröffentlichen, sobald der Bericht der Untersuchungskommission vorliegt. Der Senatskommission sollen nach einem Bericht der belgischen Zeitung „De Morgen“ (7.6.1991) weitere Hinweise vorliegen, wonach die USA in Verbindung mit dem NATO-Hauptquartier SHAPE in Belgien weiterhin eine Geheimorganisation unterhalten.

Quelle: AMOK (Anti Militaristies Tijdschrift), Ausgabe 3/1991 von Juli/August 1991, Seite 32 — (rül)



Die von dem US-Konzern Ravenswood Aluminium im Kampf um einen neuen Tarifvertrag gefeuerten 1700 Gewerkschaftsmitglieder (siehe Politische Berichte 10/91, Seite 4) setzen ihren Kampf gegen den Konzern weiter fort. Das Bild zeigt eine Protestkundgebung mit dem Vorsitzenden der Stahlarbeitergewerkschaft als Sprecher vor der Botschaft der Schweiz in Washington. Schweizer Firmen gehören zu den Eignern des Konzerns. — (rül)

Äthiopien: Referendum über die Lostrennung Eritreas

Eine Konferenz von 24 Organisationen, darunter die eritreische Befreiungsfront EPLF, die Oromo Befreiungsfront OLF und Vertreter von fünf weiteren Nationen auf dem Territorium von Äthiopien, hat Anfang Juli in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba ohne Gegenstimmen und bei einer Enthaltung beschlossen, daß innerhalb von zwei Jahren ein Referendum im Eritrea durchgeführt werden soll, in dem die eritreische Bevölkerung über die Zukunft ihres Landes entscheiden kann. Sollte sich die Mehrheit für die Bildung eines selbständigen Staates aussprechen, womit gerechnet wird, so wäre Eritrea erstmals in seiner Geschichte staatlich selbständig. Die jetzt vereinbarte Regelung dürfte auch die Zustimmung der OAU finden. Vertreter der OAU, darunter der amtierende Vorsitzende der OAU, der nigerianische Staatschef, hatten an der Konferenz teilgenommen. Um den Außenhandel Äthiopiens und dessen Zugang zum Meer zu sichern, beschloß die Konferenz, die Hafenstadt Asab am Roten Meer zum Freihafen für Äthiopische Im- und Exporte zu machen. Über Asab wickelte Äthiopien in der Vergangenheit 70 Prozent seines Außenhandels ab. In der Stadt liegt auch die einzige Erdölraffinerie des Landes.

Die Konferenz verabschiedete zugleich eine vorläufige Nationalcharta. Dieses sieht u. a. die Einsetzung eines Ausschusses vor, der eine neue Verfassung ausarbeiten soll, die dann in einem Referendum gebilligt werden soll. Spätestens zwei Jahre nach Verabschiedung der neuen Verfassung sollen dann allgemeine Wahlen stattfinden. Die vorläufige Nationalcharta gesteht u. a. allen Nationalitäten und Regionen des Landes das Recht auf Selbstbestimmung und Lostrennung zu.

Vertreter der regierenden EPRDF kündigten an, die neue Regierung wolle die Einheit des Landes durch eine Politik der strikten Beachtung und Respektierung des Selbstbestimmungsrechts aller Nationen versuchen zu erhalten. In der Außenpolitik werde man eine Politik des Friedens, der Zusammenarbeit und der guten Nachbarschaft mit den umliegenden Ländern verfolgen.

Quellen: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6. Juli 1991; EPRDF-Pressematerialien über die Ergebnisse der Konferenz in Addis Abeba, EPRDF-Bulletin vom 24. Juni 1991 — (rül)

Dominikanische Republik: Streiks für 100% mehr Lohn

Seit Anfang Juli führt der größte Gewerkschaftsdachverband, mehrere kleinere Gewerkschaften, die Gewerkschaft der Bananenarbeiter sowie mehrere Berufsverbände eine breite Streikbewegung durch, am 10. Juli riefen sie schließlich zum unbefristeten Generalstreik auf. Mit dem Streik wollen die Gewerkschaften unter anderem Lohnhöhungen von 100 Prozent für alle durchsetzen, weil die Regierung sich mit dem IWF auf drastische Preiserhöhungen für Dienstleistungen und Grundnahrungsmittel geeinigt hat. Seit Beginn der Streiks setzt die Regierung Polizei ein, ein Arbeiter ist getötet worden, zwölf schwer verletzt, über 250 verhaftet. Zum Generalstreik erklärte die Regierung, sie betrachte ihn als „Kriegserklärung an die Regierung“. — (uld)

Justiz als politische Rache?

Italien: Urteil gegen Mitglieder von Ex-Lotta Continua

Am 12. Juli fällt das Mailänder Appellationsgericht das Urteil im Berufungsverfahren gegen Mitglieder der ehemaligen linken Organisation Lotta Continua (Ständiger Kampf), die Ende der 60er Jahre gegründet wurde und über Jahre hinweg eine Tageszeitung herausgab, die vor allem im spontaneistischen und im autonomen Spektrum gelesen wurde.

Das Appellationsgericht bestätigte komplett ein Urteil der ersten Instanz vom Mai 1990. Damals waren drei Mitglieder von Lotta Continua (LC) für die Ermordung eines Polizeikommissars in Mailand im Mai 1972 zu jeweils 22 Jahren Haft verurteilt worden. Das Urteil stützte sich ausschließlich auf die Aussagen eines „pentito“, eines Kronzeugen aus LC, der 1988, 16 Jahre nach dem Attentat auf den Polizisten, bei der Polizei vorstellig geworden war. Beweise konnte das Gericht nicht vorlegen, die drei Hauptangeklagten bestritten eine Beteiligung an dem Attentat. Zwei der drei Hauptangeklagten sowie der Kronzeuge, der zu elf Jahren verurteilt worden war, gingen in die Berufung, über die jetzt entschieden wurde.

Auch das Appellationsgericht stützte sich ausschließlich auf die Kronzeugen-Aussage und setzte sich damit wiederum über eine Reihe offener Fragen, gravierender Widersprüche und Falschaussagen hinweg. Was war im Juli 1988 17 Tage lang zwischen der Polizei und dem

Kronzeugen geschehen, bevor das erste Protokoll aufgenommen wurde? Der Kronzeuge hatte angegeben, am 19. Juli zur Polizei gegangen zu sein, mußte später aber einräumen, daß das schon am 2. Juli gewesen war. Wie kann eine Aussage mit nachweislich falschen Angaben eine Verurteilung wegen Mordes begründen? Der Kronzeuge hatte das blaue Taffahrzeug, das er selber gesteuert haben wollte, als beige bezeichnet. Verschiedene Augenzeugen hatten eine Frau am Steuer erkannt und Einzelheiten des Tathergangs anders geschildert. Über diese und weitere Widersprüche setzte sich das Appellationsgericht ebenso wie das Gericht der ersten Instanz rigoros hinweg. Auch über ein neues Gutachten eines Waffensachverständigen, nach dem eine seinerzeit gefundene Kugel nicht aus der angeblichen Tatwaffe stammen konnte.

Alle Einwände hat das Appellationsgericht beiseitegewischt, um ohne Beweise die Verurteilung der ersten Instanz zu bestätigen und Lotta Continua bzw. eine angebliche geheime Ebene innerhalb von LC für das Attentat verantwortlich zu machen. Kritiker in Italien sprechen auch dem Berufungsverfahren rechtstaatlichen Charakter ab und sehen darin den Willen zu politischer Rache. Für das nächste Jahr wird die Verhandlung vor dem obersten Kassationsgerichtshof erwartet. — (rok)

Chile: Hungerstreik erfolgreich

Seit 30.5. waren die politischen Gefangenen im Hungerstreik

Am 30. Mai begannen die in Chile inhaftierten politischen Gefangenen einen unbefristeten Hungerstreik. Sie forderten von der Regierung des Christdemokraten Patricio Aylwin ihre sofortige Freilassung.

Ihre Begründung: Es ist nicht annehmbar, daß nach mehr als 14 Monaten Amtszeit der zivilen Regierung immer noch Menschen inhaftiert sind, die gegen die Diktatur des Augusto Pinochet gekämpft haben. Gleichzeitig spazieren diejenigen frei herum, die für Mord, Folter, Verschwindenlassen von politischen Gegnern während der Diktatur verantwortlich sind; mehr noch: sie bekleiden hohe Ämter bei den Streitkräften, im Parlament oder haben lukrative Jobs in der Wirtschaft. Aylwin hat den früheren Sicherheits- und Geheimdienst CNI offiziell aufgelöst; doch keiner der ehemals Pinochet unterstellten Schergen der Repression wurde arbeitslos, sie wurden von den „Streit- und Ordnungskräften“ übernommen.

In einer besonders schlechten Lage befinden sich die ca. 45 „neuen“ politischen Gefangenen, d. h. GenossInnen, die nach dem Regierungswechsel wegen „terroristischer“ Straftaten inhaftiert wurden. Gemeint sind Mitglieder und

Sympathisanten jener Organisationen, die sich nicht mit der Politik des „Schlußstrich und nationale Aussöhnung“ zufriedengeben, sondern die Bestrafung der Schuldigen aus der Zeit der Militärdiktatur fordern und dies in die Praxis umsetzen.

Die im Hungerstreik befindlichen politischen Gefangenen forderten: „Sofortige und bedingungslose Freilassung für alle politischen Gefangenen! Verurteilung und Bestrafung aller für Verbrechen am Volk verantwortlichen Angehörigen der Streit- und Sicherheitskräfte!“

Die Gefangenen haben am 22.6. den Hungerstreik beendet, da Regierung und Knastleitungen in einigen Punkten auf ihre Forderungen eingegangen sind. Dazu gehören neben der Bildung einer AnwaltsInnenkommission zur Untersuchung der Prozeß- und Haftsituation der politischen Gefangenen die Zusage der Beschleunigung aller verzögerten Prozesse von politischen Gefangenen, die Prüfung der gestellten Begnadigungsanträge und die Zusammenlegung der „neuen“, d. h. der seit März 1990 inhaftierten und nach dem Antiterrorismusgesetz verurteilten politischen Gefangenen in einer Gefängnissektion in Santiago. — (M.D.)

Südafrikas Siedler schüren Terror

PAC: Die Abwesenheit jeglicher Demokratie erzeugt Gewalt

Mit zuverlässiger Regelmäßigkeit berichtet die europäische Presse über Auseinandersetzungen zwischen Schwarzen in den südafrikanischen Townships, die inzwischen mehrere tausend Opfer gekostet haben. Erkennbar ist, daß die Afrikaner Azanias als unter sich blutig verstritten und unfähig, sich selbst zu regieren, dargestellt werden sollen. Der Pan Africanist Congress of Azania, eine der großen Organisationen des Befreiungskampfes, verweist in einer über die UNO veröffentlichten Erklärung aus dem Mai dieses Jahres gegenüber der südafrikanischen Siedlerregierung darauf, daß diese Regierung selbst eine der Hauptursachen der Gewalt ist:

„Die Frage des CCB (Ziviles Kooperations-Büro), von Askaris und anderen Todesschwadronen, die durch den Staat beschäftigt werden, kann niemals unter einer Regierung des Volkes, beauftragt durch das Volk für das Volk entstehen... Die derzeitige Flut mörderischer Gewalt kann bis in die Jahre 1984-86 zurückverfolgt werden, als der Staat den Massenwiderstand unter anderem auch beantwortete, indem Vigilanten-Gruppen wie die Witdoeke benutzt wurden und direkte Aktionen gegen die afrikanischen Massen in Angriffen wie dem „Trojanischen Pferd“-Unglück geführt

wurden. Es ist kein Zufall, daß die meisten dieser Angriffe auf die unterdrückten Massen vor allem gegen Kommunen gerichtet waren und sind, die hoch politisiert sind und die eine erhöhte Fähigkeit zum Widerstand gegen die repressiven Strukturen dieses Staates an den Tag legen. Diese gewaltsame Aktion setzt sich noch immer fort in der Rekrutierung von Renamo und anderen Killertruppen, die die afrikanischen Massen Tag und Nacht jagen.

Besondere Mordereignisse sind eingerichtet worden, allein mit dem Auftrag, Afrikaner zu terrorisieren und zu töten. Das berüchtigte CCB ist nicht aufgelöst. Vor drei Wochen ist der Vorsitzende der PAC-Gruppe in Kagiso von südafrikanischer Polizei verhaftet und gefoltert worden durch einen Askari, der früher im PAC war. Alle früheren PAC-Mitglieder, die zu Askaris umgedreht wurden, werden immer noch vom Staat beschäftigt und bezahlt, um Gegenüber unsere Mitglieder fortzusetzen. Während der letzten zwei Monate sind etwa 40 PAC-Mitglieder verhaftet worden mit der Absicht, sie durch Folter gegen ihre eigenen Leute zu wenden. Dieses alles zeigt klar die fortwährende Verstrickung des Staates in die andauernde Gewalt.“ — (uld)

fordern Euch eindringlich dazu, diesen Fall zur höchsten Priorität im Kampf für Gerechtigkeit zu machen!

Stoppt das legale Lynch von Mumia Abu-Jamal!

unsere Befreiungsbewegungen, die internationale Gemeinschaft und alle fortschrittlichen Menschen.

Der Staat Pennsylvania plant die Hinrichtung eines politischen Gefangenen der Vereinigten Staaten. Wenn wir es nicht schaffen, das zu verhindern, wird Mumia Abu-Jamal der erste politische Gefangene sein, der seit den Rosenbergs in diesem Land hingerichtet wird.

Mumia Abu-Jamal befindet sich seit 1982 im Todestrakt. Als ehemaliger Black Panther, als Journalist und als Unterstützer von MOVE ist Mumia seit den späten 60er Jahren eine Zielscheibe des Polizeidepartments von Philadelphia gewesen. Seine Artikel für die Zeitung der Black Panther Party entlarvten die rassistische Gewalt der Polizei von Philadelphia und ihres Chefs Frank Rizzo. Rizzos Antwort war eine militärisch durchgeführte Razzia gegen das Panther Hauptquartier, brutale Prügel gegen die Parteimitglieder und eine Serie von falschen Anklagen. Mumia war einer von denen, die herausgegriffen wurden.

In den 70er Jahren war Frank Rizzo dann der law and order-Bürgermeister von Philadelphia, und Mumia war einer der wenigen Journalisten, die bereit waren, ihr Wort gegen die Gewalt seines Amtes zu erheben. 1978, als Rizzo die Politik der Belagerung und schließlich den Angriff gegen ein MOVE-Haus befahl, war Mumia der einzige Reporter, der MOVE-Mitglieder interviewte. Rizzo schwor öffentlich Rache.

Im Dezember 1981 beobachtete Mumia, wie sein Bruder von einem Polizisten geschlagen wurde. Mumia intervenierte. Am Ende war der Polizist tot und Mumia schwerverletzt. Der Prozeß war eine Farce und fand statt unter dem Vorsitz eines Richters, der ein ehemaliges Mitglied der Fraternal Order of Police, war (eine Art Standesvertretung der Polizeibeamten, die rechtsradikal ist und großen politischen Einfluß ausübt; Anm. d. Übers.). Er lehnte Mumias Antrag ab, sich selbst zu verteidigen. Schwarze KandidatInnen wurden systematisch als Geschworene von der Jury ausgeschlossen. Ein Artikel, den Mumia als 16jähriger für den Philadelphia Inquirer geschrieben hatte, wurde als Beweismittel für seinen angeblich lange gehegten Wunsch eingeführt, Polizisten töten zu wollen. Damit sollte die Todesstrafe abgesichert werden.

Der Einsatz der Todesstrafe gegen Radikale hat eine lange Geschichte: die Märtyrer vom Haymarket Square, Joe

Gemeinsame Erklärung der politischen Gefangenen und Kriegsgefangenen in den USA

Hill, Sacco und Vanzetti, die Rosenbergs. Zahlreiche OrganisatorInnen der afro-amerikanischen, indianischen (Native American), mexikanischen, puertoricanischen und asiatisch-amerikanischen Communities sind in der Vergangenheit mit oder ohne Prozeß hingerichtet worden. In den 60er und 70er Jahren war es eine der bevorzugten Taktiken des FBI, die, die es als Regierungsgegner betrachtete, zu beschuldigen, auf Polizisten geschossen oder sie getötet zu haben. Damit wurden die polizeilichen Hinrichtungen der Panthers Bobby Hutton, Zayd Malik Shakur und Fred Hampton und der puertoricanischen Unabhängigkeitskämpfer Soto Arrivi und Dario Rosado gerechtfertigt. Einige der am längsten in Haft gehaltenen politischen Gefangenen und Kriegsgefangenen, unter ihnen viele frühere Black Panther und der Führer des American Indian Movement, Leonard Peltier, befinden sich aufgrund gefälschter Anklagen, Polizisten oder FBI-Agenten getötet zu haben, immer noch im Gefängnis. Dhoruba bin Wahad, ein ehemals führendes Mitglied der New Yorker Black Panther Party, ist erst kürzlich (im März 1990; Anm. d. Übers.) nach 19 Jahren aus dem Gefängnis entlassen worden, in das ihn der konstruierte Vorwurf gebracht hatte, auf zwei Polizisten geschossen zu haben.

Wir müssen die Hetzjagd gegen Mumia Abu-Jamal beenden. Angesichts der Todesstrafe bleibt uns wenig Zeit, etwas zu tun. Mumias Rechtsmittel auf Bundesstaatsebene sind erschöpft, und Robert Casey, der Gouverneur von Pennsylvania, hat damit angefangen, Hinrichtungsbefehle zu unterschreiben (den gegen Mumia noch nicht; die Unterzeichnung bedeutet auch nicht automatisch eine sofortige Vollstreckung, rückt sie aber in greifbare Nähe; Anm. d. Übers.). Der Oberste Gerichtshof hat dem seine eigene Absegnung hinzugefügt, indem er sich kürzlich weigerte, den Fall zu prüfen.

Wir dürfen nicht zulassen, daß Furcht und Haß, die sich mit dem COINTELPRO (US-Aufstandsbekämpfungsprogramm — Anm. d. Red.) gegen die Bestrebungen afro-amerikanischer Selbstbestimmung gerichtet haben, nun zur Hinrichtung von Mumia führen. Wir dürfen nicht zulassen, daß der Staat mit Mumias Ermordung den Job zu Ende bringt, den das FBI und die Polizei von

Philadelphia 1985 mit dem Abwurf einer Bombe auf das MOVE-Haus begannen und damit elf Männer, Frauen und Kinder töteten. Wir müssen diesen Völkermordplan stoppen, der mehr als 2400 Menschen aus Dritte Welt Communities und der weißen ArbeiterInnenklasse in die Todestrakte überall im Land geworfen hat. Die Todesstrafe ist bereits dazu eingesetzt worden, Kinder, geistig Behinderte und Unschuldige zu töten. Nun, wenn wir es nicht schaffen, das zu verhindern, wird sie wieder als Werkzeug der politischen Rache benutzt werden. Der Kampf gegen Rassismus und Ungerechtigkeit in diesem Land hat schon genug MärtyrerInnen hervorgebracht.

Wir, die unterzeichnenden Kriegsgefangenen, politischen Gefangenen und politisch bewußten sozialen Gefangenen, fordern, daß Gouverneur Robert Casey das Todesurteil gegen Mumia Abu-Jamal umwandelt. (Schreibt an Gouverneur Robert Casey, Main Capitol Building, Room 225, Harrisburg, PA 17120.)

Wir fordern unsere Bewegungen, unsere Communities, alle fortschrittlichen Nationen und alle anti-rassistischen Menschen, die sich den Menschenrech-

ten verpflichtet fühlen, auf, sich uns anzuschließen und alles Mögliche zu unternehmen, diese Hinrichtung zu verhindern. Wir fordern Euch eindringlich dazu auf, diesen Fall zur höchsten Priorität im Kampf für Gerechtigkeit zu machen. Nur unsere kollektive Kraft kann diesen Mann retten, den die schwarze Community von Philadelphia „die Stimme der Unterdrückten“ nennt.

Freiheit für Mumia Abu-Jamal!

Abschaffung der Todesstrafe!

Freiheit für alle politischen Gefangenen und Kriegsgefangenen!

Unterzeichner:

Sundiata Acoli, Carlos Africa, Chuckie (Sims) Africa, Delbert (Orr) Africa, Ramona Africa, William Phillips Africa, Sylvia Baralini, A. Jahad Bernier, Herman Bell, Alan Berkman, Tim Blunk, Anthony X Bradshaw, Marilyn Buck, Judy Clark, Mark Cook, Pamela Cooper, William Davenport-El, Bill Dunne, Malik S. El Amin, Lawrence Atiim Epps, Elizam Escobar, Linda Evans, Herman Ferguson, Bro. Cecilio Chui Ferguson-El, Walter Figueroa, Larry W. Giddings, David Gilbert, Rickie L. Green, Bashir Hameed, Tarik James Haskins, Eddie Hatcher,

Robert Seth' Hayes, Teddy Jah Heath und 80 Brüder im Sullivan Gefängnis, Fallsburg, N.Y., Sekou Imarobge, Ricardo Hunter-Bey, Sekou Cinque T.M. Kambui, Yu Kikumura, Barbara Curzi-Laaman, Jann Karl Laaman, Maliki Shakur Latine, Raymond Luc Levasseur, Abdul Majid, Carol Manning, Tom Manning, Adolpho Matos, Ed Mead, Jalil Muntaquin, Sekou Odinga, Carl Kabet Omi, Dylcia Pagn, Richard Picariello, Michael Pitts, Geronimo ji Jaga Pratt, Ida Luz Rodriguez, Susan Rosenberg, Hanif Shabazz Bey, Mutulu Shakur, Yusuf A. Shakur, Gregory Smith, Standing Deer, Awaii Stoneham, Kojo Bomani Sababu, Richard Thompson, Alejandrina Torres, Kazi Toure, Carmen Valentin, Wopashitwe Mondo Eyen we Langa, Nuh Washington, Laura Whitehorn, Richard Williams, Paul Wright, Jerry Zawada.

Kontakadressen USA:

— New Afrikan Network in Defense of Political Prisoners and POWs, P.O. Box 90604, Washington, DC 20090

— Freedom Now!/DC — Campaign for Amnesty and Human Rights for Political Prisoners in the US, P.O. Box 28191, Washington, DC 20038

— Partisan Defense Committee, c/o Rachel Wolkenstein Esqu., P.O. Box 99, Canal Street Station, New York, NY 10013

(Die Erklärung ist am 24. Juni '91 als ganzseitige Anzeige in The Nation erschienen.)

Quelle: Angehörigen-Info 70 — (rül)



Demonstration gegen rassistische Todesurteile in den USA, Bremen, 11. 11. 1989.

Österreich auf Kolonialspuren

Wien mischt sich offen in den innerjugoslawischen Konflikt ein

Offen haben sich österreichische Politiker von der konservativen ÖVP bis hin zur SPÖ in den vergangenen Wochen in den innerjugoslawischen Konflikt eingemischt. Das Heer durfte an der Grenze den Ernstfall proben. Regierungskreise Jugoslawiens warfen der österreichischen Armee ein direktes Eingreifen in die Kämpfe vor. Die herrschende Klasse in Österreich entwickelt ganz offensichtlich ein starkes Interesse am Zerfall Jugoslawiens. In Anknüpfung an die Kolonialvergangenheit will Wien die traditionelle Expansionsrichtung auf den Balkan wiederbeleben. Offenbar erhofft sich Wien eine Stärkung der eigenen Position in den Verhandlungen um den EG-Beitritt, der beschlossene Sache ist.

Jugoslawische Politiker und Medien haben Österreich beschuldigt, an der Grenze zu Slowenien direkt in die Kämpfe eingegriffen zu haben. Der stellvertretende Kommandant des 5. jugoslawischen Militärbezirks, General Andrija Raseta, erklärte, daß Anfang Juli einige Militärposten an der slowenischen Grenze von den Territorialstreitkräften Sloweniens mit Hilfe des österreichischen Bundesheers eingenommen worden seien. So seien z.B. in den Orten Radgona und Sentilj jugoslawische Einheiten auf österreichischer Seite vom Bundesheer, auf jugoslawischer von slowenischen Streitkräften umzingelt worden. Außerdem warf die jugoslawische Regierung Wien vor, es lasse Waffenlieferungen an Kroatien und Slowenien zu. Die Belgrader Zeitung „Vecernje Novo-

sti“ schrieb, es habe klare Hinweise auf „langfristige politische und militärische Verbindungen“ Wiens zu den früheren Kolonien Slowenien und Kroatien, deren Ziel es sei, „Jugoslawien zu destabilisieren und die beiden Republiken zu annektieren.“

Die österreichische Regierung — es handelt sich um eine große Koalition aus SPÖ, die vor kurzem erst die Bezeichnung „sozialistisch“ aus ihrem Parteinamen gestrichen und durch das Wort sozialdemokratisch ersetzt hat, und der christkonservativen ÖVP — wies diese Vorwürfe als „absurd“ zurück. Ob sie im Einzelnen zutreffen oder nicht, ist unklar; Tatsache ist jedoch, daß das — zu strikter Neutralität verpflichtete — österreichische Bundesheer an den Grenzen massiv aufmarschiert ist, und zwar offensichtlich nach langfristig generalstabsmäßig ausgearbeiteten Plänen. Mit einem Heeresinsatz „wie nach Drehbuch“, so ein Militärsprecher, habe man auf die jugoslawische Krise reagiert. Seit vier Jahren, erklärte der Armee-Sprecher anläßlich eines Besuchs von Verteidigungsminister Fasslabend an der Grenze, habe sich das Heer auf das „jugoslawische Szenario“ eingestellt, „wir hätten theoretisch Befehle aus dem Drehbuch geben können“. Und daß dieses Drehbuch nicht auch den Vormarsch auf jugoslawisches Territorium unter bestimmten Umständen vorsieht, kann eigentlich kaum bezweifelt werden, denn die Vorgänge in Jugoslawien haben schlagartig klar gemacht,

daß die österreichische Bourgeoisie ihre traditionelle Expansionsrichtung auf den Balkan mitnichten ad acta gelegt hat.

Die jugoslawische Krise hat in Österreich innerhalb der Bourgeoisie ganz offensichtlich die Hoffnung geweckt, anknüpfend an unselige Kolonialtraditionen auf dem Balkan wieder im Trüben fischen zu können. Schon gegenwärtig befindet sich Jugoslawien in starker Abhängigkeit vom kapitalistischen nördlichen Nachbarland. Mit mehr als 10 Mrd. Schilling ist Belgrad bei Österreich verschuldet; die österreichische Industrie erzielte im vergangenen Jahr ein Außenhandelsvolumen von 19 Mrd. Schilling in dem Balkanland; österreichische Kapitalisten waren über insgesamt 473 Joint Ventures an der Ausbeutung jugoslawischer Lohnabhängiger beteiligt. Jetzt versucht man offensichtlich, über eine offene Einmischung in innere Angelegenheit Jugoslawiens in eine gute Ausgangsposition für das erwartete Ende des jugoslawischen Staates zu bringen.

Keine Gelegenheit haben österreichische Politiker in den vergangenen Wochen ausgelassen, um ihre Unterstützung für die rechts-nationalistische Regierung Sloweniens zu demonstrieren. Zahlreiche slowenische Politiker hielten sich in den vergangenen Wochen in Österreich auf, österreichische Politiker aller Couleur waren in Slowenien. „Wien ist in den vergangenen Tagen zum Zentrum der begleitenden Aktivitäten zum slowenischen Befreiungskampf

geworden“, schreibt die Wiener Zeitung „Die Presse“ über die Rolle Österreichs. Der slowenische Parlamentspräsident France Bucar hat bei einem Wien-Besuch die Rolle Österreichs in dem Konflikt ausdrücklich „gewürdigt“. Er sei in Wien, weil der militärische Kampf durch einen diplomatischen ergänzt werden müsse. „Wien spielt nun vor allem in der diplomatischen Unterstützung eine große Rolle“, sagte Bucar. „Einer der wichtigsten Schritte war wohl der von Außenminister Alois Mock in Gang gesetzte KSZE-Mechanismus“. Mock stand dabei im übrigen in ständigem Kontakt mit dem BRD-Außenminister Genscher.

Wie weit die Wiener Einmischungs-politik ging, zeigt nicht zuletzt eine Stellungnahme des französischen Außenministers Dumas. Der sah sich Anfang Juli genötigt, Österreich öffentlich zu kritisieren. Er erklärte auf einer Pressekonferenz mit deutlicher Anspielung auf die Politik Österreichs, man müsse „vermeiden, daß gewisse Republiken zu stark unter ausländischen Einfluß geraten“. Deutliche Worte von einem imperialistischen Konkurrenten in der Auseinandersetzung um künftige Einflusssphären auf dem Balkan.

Der österreichische Bundeskanzler gab sich nach diesen Vorwürfen sichtlich bemüht, abzuwehren und die Politik seiner Regierung als Hilfestellung zu verkaufen, „damit das südliche Nachbarland in einem friedlichen Dialog seinen internen Probleme lösen“ könne, sagte Vranitzky in einer Parlamentsdebatte zum innerjugoslawischen Konflikt, und weiter: „Ich betone dies deshalb, weil gerade in den letzten Tagen mancherorts Spekulationen laut geworden sind, Österreich versuche hier eine

nostalgische Wiederbelebung von längst Vergangenem“. Getroffene Hunde bel-len bekanntlich.

Die herrschende Klasse Österreichs will in die EG. Ein nicht unbedeutende Teile der Bourgeoisie setzt dabei auf das entstehende neue Großdeutschland. Für diese großdeutsch-nationalistische Tradition steht in Österreich nicht nur ein Jörg Haider und relevante Teile seiner FPÖ. Man will — gleich ob irgendwann einmal wieder staatlich angeschlossen oder nur eng verbündet — an der Expansion deutscher Konzerne teilhaben, die ihrerseits natürlich ebenfalls Appetit auf österreichisches Kapital entwickeln. Eine Stärkung der eigenen Machtbasis auf dem Balkan würde die österreichische Verhandlungsposition innerhalb der EG, vor allem gegenüber der BRD deutlich stärken. Stellungnahmen wie die von Dumas zeigen, daß diese Entwicklungen auch innerhalb der EG zumindest mit Mißtrauen betrachtet werden. Vor diesem Hintergrund erscheint auch die Diskussion um die „Vergangenheitsbewältigung“ in einer anderen Dimension, die durch die Haiderischen Äußerungen zur NS-Beschäftigungspolitik („ordentlich“) losgetreten worden ist, und die in der Erklärung Vranitzkys mündete: „Wir bekennen uns zu allen Daten unserer Geschichte...; so wie wir die guten für uns in Anspruch nehmen, haben wir uns für die bösen zu entschuldigen...“ Diese Erklärung gab Vranitzky im Parlament anläßlich einer Debatte um die Politik gegenüber Jugoslawien mit der ausdrücklichen Begründung ab, man könne sich in Europa nur dann mit moralischer Autorität einmischen, wenn man an die eigene Geschichte die strengsten Maßstäbe anlege.

— (jüg)

Die autofreie Innenstadt von morgen

Dokumentiert: Verkehrspolitik für München, das Verkehrskonzept der grünen Stadtratsfraktion

Die Verkehrspolitik nimmt in vielen Städten und Kommunen einen steigenden Stellenwert ein, da sie direkt die Lebensbedingungen der Stadtbevölkerung betrifft. In München häufen

sich derzeit spontane und geplante Aktionen gegen die Belastung der Stadt durch den Autoverkehr. Realistisch gesehen, kann eine vernünftige Verkehrspolitik allerdings nur gegen die Interessen

der Automobilindustrie und anderer großer Konzerne durchgesetzt werden. Das Verkehrskonzept der Münchner Grünen ist ansonsten aber gut ausgearbeitet und durchdacht. — (chl)

Forderungen nach einer erheblichen Reduzierung des Autoverkehrs in den Städten bis hin zur Sperrung von Innenstädten für den gesamten Autoverkehr sind durch ausländische Beispiele (Bologna) und nicht zuletzt durch Äußerungen hochkarätiger Automobilmanager von Firmen wie Volvo, Ford und Volkswagen in den letzten Jahren allmählich salonfähig geworden. Es mag sein, daß die Automobilindustrie sich selbst nicht mehr der vermeintlichen Segnungen ihres Produktes sicher ist, weil Proteste der Bevölkerung über Umweltschutzorganisationen hinaus das Auto zunehmend zu einem Negativsymbol werden lassen.

Es ist jedoch, wenn auch von Seiten der Autoindustrie nicht ganz freiwillig, der Einstieg in einen Dialog zwischen Ökologiebewegung und Industrie gelungen. Die technischen Verbesserungen des Autos — wie z.B. der Katalysator oder die von allen Autofirmen in Entwicklung befindlichen Verkehrsleitsysteme — haben nicht die allseits propagierten Erfolge erbracht.

Die durch das Auto verursachten Abgasbelastungen sind in den Städten trotz Katalysator sogar noch gestiegen. So haben sich die Stickoxydbelastungen in München seit 1980 verdoppelt. Dies ist jedoch vor dem Hintergrund, daß in der Stadt München der Motorisierungsgrad genauso wie die Autobenutzung immer noch steigen und mehr als die Hälfte aller Autofahrten unter 5 km betragen, nicht verwunderlich. Der vor Jahren als Lösung der Probleme gepriesene Katalysator entfaltet jedoch erst nach 2 km seine Wirkung, die zur Verminderung nur einiger weniger Schadstoffe führt. Und Verkehrsleitsysteme mögen zwar das Fahren komfortabler machen, aber gewiß nicht die Umweltbelastungen und den Autoverkehr vermindern. Solche Leitsysteme tragen vielmehr die Verkehrsbelastungen durch optimierte und maximierte Auslastungen der Straßeninfrastruktur auch in bisher weniger belastete Bereiche.

Darüber hinaus wird die steigende Lärmbelastung inzwischen zu einer Geißel der StadtbewohnerInnen und wachsende Unfallzahlen verursachen zigtausendfach persönliche Schicksalsschläge und immense volkswirtschaftliche Schäden, die in keinem Brutto-sozialprodukt als Minusbeträge registriert werden.

Die folgende Darstellung eines Konzeptes für eine „autofreie Innenstadt“ stellt keinen Feldzug gegen das Auto oder den Autobesitz an sich dar, sondern soll vielmehr dem Auto einen grundsätzlich anderen Stellenwert im Stadtverkehr zuteilen, der auf umwelt- und sozialverträgliche Grundsätze aufbaut. Es geht auch nicht um die Einschränkung der Bewegungsfreiheit des einzelnen Menschen, sondern vielmehr um die Verlagerung der Mobilität auf umweltverträgliche Fortbewegungsmittel.

Der Begriff „autofreie Innenstadt“ ist bewußt als Schlagwort gewählt worden. Es geht im folgenden allerdings nicht um die gänzliche Befreiung eines Stadtteils mit gut 8000 EinwohnerInnen und fast 86000 Arbeitsplätzen vom Auto, sondern um die Reduzierung des Autoverkehrs auf ein umweltverträgliches Maß durch Maßnahmen, die auch Auswirkungen auf die Reduzierung des Autoverkehrs in der gesamten Stadt haben.

Eine stadtverträgliche Verkehrsplanung erfordert natürlich darüberhinaus entsprechende Maßnahmen im übrigen Stadtgebiet.

Die Stadtratsfraktion der GRÜNEN im Münchner Rathaus sieht nachfolgenden Beitrag als einen Baustein einer integrierten Verkehrsentwicklungsplanung. Die dargestellten Lösungen können — soweit der politische Wille zu deren Umsetzung vorhanden ist — technisch und finanziell unter umfassender Mitwirkung der Bevölkerung in kurzer Zeit umgesetzt werden. Weitergehende Lösungen können auch für die Innenstadt erforderlich werden, wenn vorliegendes Konzept die gesetzten Erwartungen nicht erfüllt, weil z.B. die AutofahrerInnen trotz umfassender „Abrüstung“ der Autoverkehrsinfrastruktur andere Angebote zur Mobilität nicht

wahrnehmen und damit nicht zu einer ausreichenden Umweltentlastung beitragen.

Die Situation heute

München ist mit 1,27 Millionen EinwohnerInnen und rund 850000 Arbeitsplätzen das überragende Zentrum Bayerns. Täglich pendeln fast 300000 Menschen hierher zur Arbeit oder zur Ausbildung. Die monozentrische Struktur der 2,3 Millionen EinwohnerInnen umfassenden Region München zeigt sich vor allem an den radial auf das Stadtzentrum zulaufenden Bahnlinien und Straßen.

Bei stagnierenden EinwohnerInnen- und steigenden Arbeitsplatzzahlen wächst die Zahl der PendlerInnen und damit auch das Verkehrsaufkommen in die Stadt ständig. Täglich überqueren in beiden Richtungen zusammen gut 1,2 Millionen Autos den die Innenstadtrandgebiete umschließenden Mittleren Ring, 110000 allein den die City umschließenden Altstadttring.

werte dringend Lärmschutzmaßnahmen durchgeführt werden müßten. Und trotz Katalysator hat sich die Stickoxydbelastung durch den Autoverkehr von Anfang bis Ende der 80er Jahre in München verdoppelt.

In der City, dem Stadtbezirk 1 „Altstadt“ (0,5 % des Stadtgebietes), leben nur noch rund 8500 EinwohnerInnen (9,7 % der Stadt), dafür beherbergt er über 86000 Arbeitsplätze (10 % der Stadt). In den letzten 20 Jahren verlor die City 40 % ihrer EinwohnerInnen und gewann trotz Anstieg des Büro- und Geschäftsflächenbedarfs pro Arbeitskraft rund 6000 Arbeitsplätze dazu. Die Umwandlung von Wohnungen in Büros hat neben wachsenden Flächenansprüchen den Strukturwandel in der City beschleunigt. Die Schere zwischen Wohn- und Arbeitsbevölkerung klappt immer weiter auseinander. Damit steigt auch das ohnehin schon starke Verkehrsaufkommen.

Ähnlich war die Entwicklung im westlich an die City angrenzenden Stadtbe-

in der Diederstraße/Marienplatz im Dezember 1990 ließ einen gewissen Rückgang der Verkehrsbelastung erkennen. Es fanden jedoch Verkehrsverlagerungen in die angrenzenden Wohngebiete statt, die die Notwendigkeit weitergehender flächendeckender Maßnahmen sichtbar machten.

(...)

Die „Autofreie Innenstadt“

... Zahl und Struktur der Bevölkerung sowie der Arbeitsplätze (sind) kaum beeinflussbar ... Die Innenstadt ist weitgehend zugebaut. Vorhandenes Baurecht ist kaum veränderbar. Einflußmöglichkeiten bei der Erhaltung von Wohnraum sind durch die konsequente Anwendung der Zweckentfremdungsverordnung bei Umnutzung gegeben, weiterhin durch Auflagen zur Schaffung des maximal möglichen Wohnraums (30 % der Geschäftsflächen in Kerngebieten).

Ebenso ist die Zahl der zugelassenen Autos nicht beeinflussbar. Die Kosten des Autos können jedoch über die Parkplatzgebühren erhöht werden. Weiterhin ist eine wirksame Steuerung des Autoverkehrs der Rückbau und die Sperrung von Straßen, allgemeine Verkehrsberuhigungsmaßnahmen, der Parkplatzabbau bzw. dessen Beschränkung.

Beeinflussbar hingegen ist der Ausbau der Verkehrsmittel des Umweltverbundes (öffentlicher Nahverkehr, Fußgänger- und Radverkehr), wenn auch beim öffentlichen Nahverkehr Bund und Land im Rahmen des Münchner Verkehrs- und Tarifverbundes erhebliche Mitsprache haben.

Eine optimale Koordination der aufgezeigten Möglichkeiten muß Ziel eines alternativen Innenstadverkehrskonzeptes sein. Überlegungen in anderen europäischen Städten wie z.B. die Genehmigung der Einfahrtserlaubnis in die City über den Erwerb einer Monatskarte der öffentlichen Verkehrsmittel zu regeln, ist nicht nur rechtlich problematisch. Dieser Weg wäre auch verkehrspolitisch bedenklich, da eine Monatskarte für zu viele AutofahrerInnen eine immer noch preisgünstige Möglichkeit zur Benutzung des Autos darstellt, und gleichzeitig auch noch das umweltpolitische Gewissen beruhigt. Außerdem würde das Stellplatzproblem in der Innenstadt mitnichten gelöst, ja eher noch verschärft werden, da eine gewisse Verpflichtung bestünde, für die „Berechtigten“ die „Mangelware“ Stellplatz zur Verfügung zu stellen.

Ausgangspunkt des Konzeptes ist deshalb die Veränderung der verkehrsauslösenden Determinanten, die mit relativ geringem finanziellen Aufwand die größtmögliche verkehrspolitische Wirksamkeit hervorrufen:

- * Reduzierung und Bewirtschaftung des Parkraumbangebots.
- * Rückbau einzelner Straßen zugunsten der FußgängerInnen und RadfahrerInnen sowie von Grünflächen.

Parkhäuser zu Wohnungen und Grünflächen

Die Anzahl der Stellplätze in der City beträgt nach Schätzungen der Stadtverwaltung rund 12500, davon 2500 auf öffentlichem Verkehrsgrund, 5000 in Parkhäusern und 5000 auf Privatgrund. Es sind zwar gut 10000 Autos in der City gemeldet, aber nur knapp ein Viertel von privaten Kfz-BesitzerInnen mit Wohnsitz im Viertel. Daraus ergibt sich — einschließlich von Lade- und Lieferzonen für den Wirtschaftsverkehr — eine erhebliche Manövrierreserve von Stellplätzen.

Eine Reihe von Stellplätzen sollen deshalb ersatzlos gestrichen werden. Dies gilt insbesondere für mehrere stadteigentlicher ohnehin wenig ansehnliche Parkhäuser, die abgerissen werden sollen. Langfristig vermietete Stellplätze in diesen Garagen müßten bis Auslauf der Verträge auf Kurzzeitstellplätze in verbleibenden Garagen verlagert werden. An Stelle von Garagen könnten Wohnungen mit Geschäfts- und Büronutzung in den unteren Geschossen entstehen.

(...)

Die bei der Stadtverwaltung in Bearbeitung befindlichen Verkehrsberuhigungsprogramme einschließlich Maß-

nahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes für die an die City angrenzenden Viertel werden auch hier zu einer weiteren Reduzierung der Stellplätze auf öffentlichem Verkehrsgrund führen.

Deshalb ist wie bisher in Haidhausen und im Lehel generell in allen angrenzenden Vierteln sukzessive eine Parkbevorzugung für AnwohnerInnen einzuführen, damit diese Viertel nicht als „Parkreservoir“ dienen. Dies gilt vor allem für die Maxvorstadt, Altschwabing, die Isarvorstadt, das Westend und die Ludwigstadt. Gerade im Bereich südlich des Hauptbahnhofes sind die Stellplätze tagsüber zu mehr als 80 % von FremdparkerInnen belegt.

Sukzessive sind nach umfassender BürgerInnenbeteiligung die Parkkategoriebereiche auf alle vier Viertel innerhalb des Mittleren Rings auszudehnen. Dieser Bereich umfaßt zwar nur 12 % der Stadtfläche, aber 40 % der EinwohnerInnen, 50 % der Arbeitsplätze und 60 % der Verkaufsflächen Münchens mit einem, trotz guter öffentlicher Verkehrserschließung, hohem Fremdparkanteil.

Straßen zu Fußgängerzonen und Radfahrwegen

Der vorgeschlagene Abbau von Stellplätzen und die restriktive Bewirtschaftung der übrigen Stellplätze führt zwangsläufig zu weniger Verkehr in der Innenstadt und ihren Randgebieten. DIE GRÜNEN gehen davon aus, daß eine Reduzierung des Zielverkehrs um 50 % im Bereich des Wahrscheinlichen liegt. Auch wenn noch wenig Erfahrungen über die Auswirkungen restriktiver Maßnahmen in Stadtzentren vorliegen, so erscheint diese Annahme doch als durchaus realistisch. Eine 50 % Verkehrsreduzierung hat z.B. die mit vielen Ausnahmen bedachte Sperrung der Innenstadt von Bologna für den nicht berechtigten Verkehr gebracht.

In München müssen einzelne Straßenzüge für den Autoverkehr ganz gesperrt werden, insbesondere um die letzten Schleichwege durch das Stadtzentrum zu kappen.

(...)

Zügiger Ausbau des MVB

Das restriktive Parkraummanagement in der Innenstadt und ihren Randgebieten baut auf dem Ziel einer 50 %igen Reduzierung des Autoverkehrs auf. Dies würde die vorgeschlagenen Straßentrückbauten ermöglichen. Die Durchsetzung des Innenstadtkonzeptes ist allerdings wiederum nur dann realisierbar, wenn außerhalb der Innenstadt bis zum Stadtrand und ins Umland hinaus flankierende Maßnahmen erfolgen. Dies ist nicht immer parallel möglich und auch nicht erforderlich, zumal die Region München trotz aller berechtigten Kritik schon ein Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln aufzuweisen hat, das erheblich stärkere Einschränkungen des Autoverkehrs erlauben würde als bisher gesehen.

Im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs sollte das vom Stadtrat im März 1991 beschlossene ÖV-Konzept mit dem Neubau der Straßenbahntangenten zur Verbindung der radialen U- und S-Bahnen noch bis 1997 verwirklicht werden. Bis Anfang des nächsten Jahrzehnts sollte die Verlängerung der bestehenden und z.T. in Bau befindlichen U-Bahnlinien abgeschlossen sein. Mit der Verbesserung des S-Bahnangebots (10 Minuten-Takt auf allen Linien und Aktivierung des Bundesbahn-Südtrags für die S-Bahn) muß sofort begonnen werden, damit ein Abschluß in den nächsten 5-7 Jahren zu erwarten ist. Der S-Bahn-Nordring soll Anfang des nächsten Jahrzehnts eingeführt werden.

Die flächendeckende Parkkategoriebereinigung bis 1995 eingeführt sein. Überzogene Straßenneuplanungen wie z.B. A-99-Westring im Münchner Westen, die Staatsstraße 2342 im Münchner Norden und die Nordosttangente müssen bei der laufenden Neuaufstellung des Stadt- und Verkehrsentwicklungsplanes gestrichen werden.

(gekürzt aus Die grüne MAMBA — Zeitung der Fraktion DIE GRÜNEN im Rathaus Nr. 3/90)



Der Anteil der BenutzerInnen öffentlicher Verkehrsmittel im stadtgrenzüberschreitenden Verkehr beträgt gerade 23 %. Bei dem den Mittleren Ring überquerenden Verkehr hat der öffentliche Nahverkehr immerhin schon einen Anteil von 42 %, während der unmittelbar in die City über den Altstadttring führende Verkehr zu 80 % über öffentliche Verkehrsmittel abgewickelt wird.

In München finden werktäglich rund 2,1 Millionen Kfz-Fahrten statt, davon sind zwei Drittel reiner Binnenverkehr, der Rest entfällt auf Fahrten zwischen der Stadt und dem Umland. Die in der Stadt erbrachte Autoverkehrsleistung summiert sich auf fast 15 Millionen Kilometer pro Tag, davon immerhin 7 % Schwerverkehr. In den letzten 20 Jahren nahm der Autoverkehr in München insgesamt um über ein Drittel zu.

Anfang 1991 waren in München rund 675000 Kraftfahrzeuge gemeldet. Das sind über 80 % mehr als vor 20 Jahren, als die EinwohnerInnenzahl Münchens bereits in etwa der heutigen entsprach.

Die Belastungen durch den Autoverkehr sind nicht nur für die AnwohnerInnen an überörtlichen Hauptverkehrsstraßen wie am Mittleren Ring unerträglich. Immerhin werden an über 20 % des Münchner Straßennetzes Lärmwerte erreicht, bei denen trotz der hohen Grenz-

zirk Ludwigvorstadt, dessen nördlicher Teil um den Hauptbahnhof in das vorliegende Verkehrskonzept mitaufgenommen wurde. Auch hier gab es in den letzten 20 Jahren erhebliche Bevölkerungs- (-30 %), aber auch Arbeitsplatzverluste (-13 %). Es arbeiten jedoch in der Ludwigsvorstadt immer noch viermal mehr Menschen, als dort ihren Wohnsitz haben.

Das Verkehrsaufkommen vieler Straßen in der City liegt an der Grenze der Belastbar- bzw. Erträglichkeit. Auf einzelnen Abschnitten des Altstadttrings versuchen sich täglich über 70000 Kraftfahrzeuge „fortzubewegen“. Auch innerhalb des Altstadttrings hat z.B. der Oberanger tägliche Belastungen bis zu 30000 Kfz zu vertragen. Und das, obwohl das Zentrum der City, mit sieben S-Bahnen, zwei U-Bahnlinien, einer Buslinie und einer Straßenbahnlinie in unmittelbarer Nähe liegt. Der Marienplatz gehört zu den mit öffentlichen Nahverkehrslinien besterschlussten Plätzen Europas.

Trotz der hervorragenden Erschließung mit öffentlichen Verkehrsmitteln und der Sperrung einer Durchfahrtsmöglichkeit durch die City im Jahre 1989 gab es keine Entlastung auf den Straßen. Erst eine weitere Unterbrechung für den durchfahrenden Verkehr

Mehr Lager — GG-Änderung

Schlee droht mit höherer Flüchtlingszuweisungsquote

Karlsruhe. Mit der Drohung, die Zuweisungsquote für die Gemeinden erneut zu erhöhen, versucht der baden-württembergische Innenminister Schlee, Anhang für eine schnelle Grundgesetzänderung zu mobilisieren. In einem Interview mit den „Badischen Neuesten Nachrichten“ (BNN) vom 12.7.91 hat er die höhere Zuweisung als letzte Möglichkeit der Landesregierung hingestellt, falls es nicht gelinge, durch eine schnelle Grundgesetzänderung „gegen die Asylanflut einen Damm zu errichten“.

Erst im März hatte die Landesregierung die Zuweisungsquote von 5,9 auf 7,5 Flüchtlinge pro tausend Gemeindegewohner erhöht und damit heftige Proteste der Bürgermeister gegen das Asylrecht provoziert. In etlichen Gemeinden waren gleichlautende „spontane“ Protestresolutionen verabschiedet worden. Der Gemeindegewalt hatte seine Mitglieder aufgefordert, die Aufnahme von Flüchtlingen zu verweigern, der Landrat des Landkreises Karlsruhe hatte den Bürgermeistern für jede „Initiative“ seine Unterstützung zugesichert, „die nicht zum Landfriedensbruch aufruft“. Der erneute Vorstoß Schlees soll in den Gemeinden die Stimmung weiter anheizen und SPD und FDP für die Grundgesetzänderung zurechtzupflegen: „Ich bin überzeugt, daß sich auch die SPD und FDP auf Dauer nicht mehr länger der dramatischen Situation im Asylbereich verschließen können“. Die „dramatische“ Zunahme des „Asylbewerberzustroms“ belegt Schlee mit einer Zunahme der Direktzugänge in Baden-Württemberg um 35 % im ersten Halbjahr 91 auf insgesamt 14262 Flüchtlinge. Als Direktzugänge werden die Flüchtlinge bezeichnet, die in Baden-Württemberg ankommen und hier ihren Asylantrag stellen. Diese Direktzugänge sind tatsächlich gestiegen — Schlee verschweigt allerdings, daß die Flüchtlinge zwischen den Bundesländern nach Quoten verteilt werden und daß Baden-Württemberg in diesem Jahr aufgrund der erhöhten Zahl von Direktzugängen zum ersten Mal Flüchtlinge an andere Bundesländer abgibt, während es in den vergangenen Jahren immer aus anderen Bundesländern Flüchtlinge aufnehmen mußte. Zudem ist die tatsächliche Zahl der Flüchtlinge bundesweit nicht um 35 % gestiegen, wie Schlee nahelegt, sondern um 14 % (von durchschnittlich 13 190 Flüchtlingen pro Monat 1990 auf 15 128 1991). Wenn Schlee den Direktzugang von monatlich 2377 Flüchtlingen nach Baden-Württemberg zur „dramatischen Entwicklung“ stilisiert, muß man sich vor Augen halten, daß Baden-Württemberg allein im letzten Jahr durchschnittlich 7728 Aussiedler pro Monat aufgenommen hat und sich rühmt, diese bereits integriert zu haben.

Die Landesregierung will mit der jetzt angezettelten Diskussion um nochmals erhöhte Zuweisungsquoten und den damit absehbaren verschärften Unterbringungsproblemen der Gemeinden die schon lange beabsichtigte flächendeckende Lagerunterbringung der Flüchtlinge durchsetzen. Schlee: „Wir sehen die großen Schwierigkeiten, die die Gemeinden bei der Unterbringung haben. Allerdings werden wir auch in Zukunft nicht ohne die Gemeinden auskommen können. Unabhängig davon mühen wir uns, auch die staatlichen Unterbringungskapazitäten erheblich auszuweiten. Dabei stoßen wir allerdings auch oft genug auf Schwierigkeiten auf örtlicher Ebene, da sich viele Gemeinden gegen die Einrichtung von Asylbewerber-Sammelunterkünften auf ihrer Gemarkung wehren. Entlastung erhoffen wir uns auch durch freiwerdende militärische Liegenschaften.“ Die Landesregierung setzt auf große Sammellager, um mit der Zentralisierung die totale Verfügung über die Flüchtlinge zu gewinnen. Eine Kontrolle der Exekutive ist in diesen Lagern kaum möglich, örtliche Initiativen sind bei der Unterstützung von hundert oder mehr Flüchtlingen völlig überfordert. Besonders ausgeprägt ist dieses Problem bei der ZAST Karlsruhe zu beobachten: Die Ausländerpolizei führt Anhörungen ohne Dolmetscher durch, läßt Flüchtlinge leere Anhörungsprotokollformulare unterschreiben und füllt sie dann selbst aus, nimmt Asylanträge scheinbar entgegen, registriert die Flüchtlinge aber nicht, entscheidet die Anträge sodann selbst ohne Hinzuziehung des Bundesamts für die Anerkennung von Flüchtlingen und schiebt die Flüchtlinge eigenmächtig ab.

Die Bereitschaft der Gemeinden, der Einrichtung von Lagern zuzustimmen, soll außer durch Druck mit Hilfe eines neuen Unterbringungsgesetzes gefördert werden. Danach sollen die Asylbewerber in einer Sammelunterkunft nicht nur auf die Aufnahmequote der Gemeinde angerechnet werden. Wenn in der Sammelunterkunft mehr Flüchtlinge untergebracht sind, als die Gemeinde eigentlich aufnehmen mußte, bekommen die anderen Gemeinden des Landkreises entsprechend weniger Flüchtlinge zugewiesen. Die Unterbringung der Flüchtlinge in Wohnungen wird für die Gemeinden zudem dadurch erschwert, daß ihnen mit dem Gesetz untersagt werden soll, Flüchtlingen das Abschießen oder auch nur die Vermittlung von Mietverträgen zu gestatten. Gestattet die Gemeinde dies trotzdem, bekommt sie Mieten nur bis zu den Höchstbeträgen des Wohngeldgesetzes erstattet.

Quellen: Dokumentation des Flüchtlingsrats zu Rechtswidrigkeiten in der ZAST Karlsruhe, Landtagsdrucksache 10/5366, S.4 ff.; BNN; „Wochendienst“ 23/91 — (bab)

Gedenkstätte soll gewendet werden

Buchenwald, Dora, Ravensbrück und Sachsenhausen auf der Liste?

Berlin. Abgewickelt sollen offensichtlich auch die Gedenkstätten in der Ex-DDR werden. So ist ein Teil des Geländes des KZ Ravensbrück zum Gewerbegebiet erklärt worden. Die Tengemann-Gruppe baut dort trotz internationaler

Proteste einen Supermarkt. Buchenwald soll zur Gedenkstätte für dort nach dem Krieg aufgrund alliierter Beschlüsse internierte Faschisten gemacht werden, im KZ Dora soll die Waffenproduktion der Nazis gewürdigt werden.

„Die politische Wende im Herbst 1989 befreite ein ganzes Land und somit auch die Gedenkstätten für die Opfer nationalsozialistischer Verbrechen von geistlosen, ja den Geist abstumpfenden und tödenden Zwängen und leeren Ritualen.“ So Dr. Kuhlbrodt gewendeter historischer Abriß über das KZ Mittelbau Dora. Er hat Geschichte diplomiert und promoviert, an der Karl Marx Universität Leipzig. Heute leitet er das Stadtarchiv von Nordhausen. Bevor er das Stadtarchiv übernahm, leitete er ein Jahr lang die Gedenkstätte Dora.

Als er den Posten antrat, war es Sommer 1989. Kuhlbrodt leitete das Parteijahr an der Gedenkstätte. „Ich konnte natürlich nicht alles ändern in der Kürze der Zeit. Schließlich war das Lager ja zum Aufmarschplatz der SED-Propaganda verkommen.“ Zeit blieb, um ein paar Bildunterschriften, in denen die Verantwortung der deutschen Rüstungsindustrie für den zweiten Weltkrieg geißelt wurde, schwarz zu überpinseln. Zeit fehlte, um die Büste des Dora-Häftlings Albert Kuntz rauszuschmeißen. „Das hätte ich gerne noch gemacht“, ergert sich Dr. Kuhlbrodt. Albert Kuntz

wurde im Januar 1945 in Dora ermordet. Der Kulturfürst des Landratsamtes Nordhausen, Tilo Große, trägt sich mit dem Gedanken, die Gedenkstätte künftig allen Opfern von Diktaturen zu widmen. „Wir dürfen nicht vergessen, daß die längste Zeit des Bestehens von Dora in die Zeit des Sozialismus fiel.“ Große Meinung ist insofern nicht unmaßgeblich, als es sein Landratsamt ist, dem die Gedenkstätte seit 1. Mai 1991 unterstellt ist.

Anfang Mai beschloß der Kreistag von Nordhausen, ein Kuratorium für das ehemalige KZ Dora zu bilden. Wobei sich das Kuratorium weniger dem Lager selbst als vielmehr dem Berg, neben dem das KZ errichtet wurde, widmen soll. Im Inneren des Kohnsteins verbirgt sich nämlich das größte künstliche Höhlensystem der Welt. Dort hatte die Wehrmacht zunächst ein riesiges Tanklager eingerichtet. Im März 1944 befahl Hitler, die VI-Produktion in den Kohnstein zu verlegen, und im Herbst des Jahres zogen die Junkers-Flugzeugwerke in den Berg ein. Während Tausende Häftlinge unter den unmenschlichen Bedingungen (kein Wasser, keine sanitären

Supermarkt auf KZ-Gelände

Berlin/Fürstenberg. Auf dem Gelände des ehemaligen KZ Ravensbrück stehen bereits die Rohbauten von Kaiser's Kaffee Geschäft und einem Renault-Autohaus. 90000 Frauen und Kinder aus 23 Nationen wurden hier umgebracht. Ende vergangenen Jahres wurde bereits mit dem Bau des Supermarktes begonnen. Die Stadt verbürgte sich sogar dafür, daß der Bauherr sein Vorhaben ungestört zu Ende führen könnte. Unter dem Pflaster der Straße zum Supermarkt lägen die Knochen der Opfer und die Asche aus dem Krematorium, berichtet Gregoria Peet, eine Überlebende des Lagers. Die Straße wurde noch von den Frauen im Lager gebaut. Nach den Protesten will sich die Firma Renault nicht weiter an dem Projekt beteiligen. Sie sei nicht informiert gewesen, wo ihr Autohaus entstehen soll. — (msb)

Stadt Essen unterbindet Landesparteitag der REP

Essen. Die Stadt Essen hat einen Landesparteitag der REP für Nordrhein-Westfalen abgesagt. Der Landesparteitag sollte am Sonntag, 7. Juli, in Essen-Überruhr stattfinden, auch Bundesvorsitzender Schönhuber wollte teilnehmen. Die Stadt, die an der bereits angemieteten Gaststätte beteiligt ist, nutzte ihr Mitspracherecht bei der Vergabe der Räume jedoch zur Kündigung des Mietvertrages. Dieses Vorgehen ist ein Ergebnis jahrelanger antifaschistischer Arbeit. Die Begründung der Verwaltung blieb allerdings rein formal: Die Räume seien für überregionale Veranstaltungen nicht geeignet. Die REP hetzten zwar gegen das „fehlende Demokratie-Verständnis“ der Stadt, gingen jedoch nicht vors Verwaltungsgericht. Zu dieser Entscheidung dürfte die Anmeldung von Gegenaktionen durch das Antifaschistische Forum, die VVN/BdA und andere beigetragen haben. Die REP wollen ihren Landesparteitag jetzt am 7. September im „gastfreundlicheren“ Gummersbach nachholen. — (wof)

Siemens muß Zwangsarbeiter nicht entschädigen

München. Siemens muß seine ehemaligen Zwangsarbeiter nicht entschädigen. Waltraud Blass, als Insassin des KZ Ravensbrück vor 47 Jahren zwangsweise in einem nahegelegenen Siemenswerk beschäftigt, hat ihren Prozeß um Entschädigung auch in zweiter Instanz verloren. Das Oberlandesgericht hat ihre Berufung zurückgewiesen. Der 20. Senat berief sich auf die „Verjährung etwaiger Ansprüche“. Frau Blass hat sich noch nicht entschieden, ob sie den Bundesgerichtshof (BGH) anrufen wird. Aktion Sühnezeichen will jetzt Zwangsarbeitern aus der ehemaligen DDR eine Klage auf Entschädigung ermöglichen, weil bei ihnen der formale Einwand der Verjährung nicht gelten könne. — (ecg)

Knastcamp Aichach: Kraftvolle Demonstration durchgesetzt

Aichach. Die Aktionen um das Aichacher Knastcamp vom 5. bis zum 7. Juli dürfen als Erfolg gewertet werden, wenn auch nicht auf ganzer Linie. Während des zweitägigen Büchertisches wurden über 500 Flugblätter an die Bevölkerung verteilt, die sich durchaus als interessiert und offen erwies. Am 6. Juli nahmen dann über 200 Menschen an der Kundgebung und an der anschließenden Demo zur JVA teil. An der Spitze ging eine Gruppe von Angehörigen, darunter auch die Mutter von Brigitte Mohnhaupt. Ein Auflagenbescheid, der verbot, mit der Zusammenlegungsforderung einen Zusammenhang mit der RAF herzustellen, wurde vom Verwaltungsgericht Augsburg entschärft. Die Staatsregierung konnte die Kriminalisierung der Zusammenlegungsforderung und der Losung „Wir sind nicht alle, es fehlen die Gefangenen“ nicht durchsetzen, das ist einer der wichtigsten Erfolge der Aktionstage. Ein weiterer Erfolg ist, daß es in der bisherigen Polizeitaktik einen Bruch gab. So wurde zwar im wesentlichen wieder hauptsächlich das USK (Unterstützungskommando) eingesetzt, doch das USK verzichtete weitgehend auf Filmen und auf Spalierlaufen. Der Einsatzleiter des USK stellte sich der Kooperation mit den Anmelderinnen und Anmeldern — ein fast erstaunlicher Vorgang. Dadurch, daß der Demonstration und der Kundgebung mehr Spielraum eingeräumt werden konnte, gelang es zumindest hier in Aichach, die derzeitige Kriminalisierungskampagne empfindlich aufzuhalten, wenn auch die geplante Diskussionsveranstaltung wegen der Anwesenheit der Polizei abgebrochen wurde. Noch dazu gab es im Anschluß daran sechs Festnahmen. — (chl)

Asylunterkünfte in Turnhallen, Containern und im Bordell

Hannover. Seit Schließung der ZAST Braunschweig sind über 500 Asylsuchende nach Hannover gekommen. Sie werden in Turnhallen zusammengepfercht. Andere sind in einem ehemaligen Bordell, in dem auch Obdachlose leben, untergebracht. Es gibt Räume ohne Fenster, die Duschen werden durch ein Loch in der Wand belüftet. Öffentliche Verkehrsmittel, Einkaufsmöglichkeiten sind weit weg. Das Aktionsbündnis gegen Abschiebungen, ai und andere Organisationen haben am 6.9.91 gegen die Abschiebungen von Asylbewerbern protestiert. Der Landesinnenminister hat den Bundesinnenminister aufgefordert, den Abschiebestopp für bestimmte Gruppen über den 1.7. hinaus zu verlängern. Protest muß sich auch gegen die menschenunwürdige Unterbringung richten. — (bee)

Freundschaftsverein Diyarbakir — Karlsruhe

Karlsruhe. Am 4.7. wurde der Verein gegründet. Neben dem bekannten Aufruf regelt das Statut, daß die Zusammenarbeit mit den demokratischen Organisationen, Gruppen und Menschen in Kurdistan, besonders in Diyarbakir gesucht wird. Projekte sollen auf deren Vorschlag betrieben werden. Der Verein soll über kurdische Geschichte, Sprache und Kultur informieren und „bietet den AnsprechpartnerInnen aus Kurdistan in allen Belagen ein Mitspracherecht.“ Erste Projekte sind die Durchführung einer Solidaritätsveranstaltung für die Gefangenen im Militärgefängnis von Diyarbakir und ihren Angehörigen und die Vorbereitung einer Karlsruher Delegation nach Diyarbakir. — (rub)



Köln. Der Innenminister des Landes NRW ließ es sich am 1.7.91 nicht nehmen, anläßlich der Eröffnung der Kölner ZAS (Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber) den anwesenden Pressevertretern deren Arbeitsweise zu erläutern. Die Einrichtung selbst war weiträumig von starken Polizeikräften abgesperrt, passieren durfte, wer als Betroffene/r eine schriftliche Einladung hatte. Nur weitab durfte gegen den unmenschlichen Umgang mit Schutzsuchenden protestiert werden. — (mz, Bild: af/mz)

Keine Abschiebungen!

Aktionen nach dem 1. Juli, dem Ende des Abschiebestops

Kiel. Nach der Verschärfung des Ausländergesetzes ab 1. Januar dieses Jahres fallen Möglichkeiten der Länder, Abschiebestops für bestimmte Flüchtlingsgruppen auszusprechen, weg. Ab 1. Juli 1991 entscheidet über Bleiberechtsbestimmungen die Bundesinnenministerkonferenz nur mit Zustimmung des Bundesinnenministers. In den Kieler Nachrichten (KN) vom 29. Juni sieht Schleswig-Holsteins Innenminister Bull „keine Abschiebewelle, lediglich 100 bis 200 Personen aus Schleswig-Holstein müßten mit Abschiebung rechnen“. In dem gleichen Artikel wird deutlich, daß die SPD-Landesregierung sich jedoch den „objektiven Zwängen“ nicht verschließen wird, denn: „Unterkünfte für Asylbewerber platzen aus allen Nähten“. Die Verwirklichung von Gemeinschaftsunterkünften stoße auf den Widerstand der Gemeinden, zehn neue Unterkünfte würden noch fehlen. (Von den etwa 9000 Flüchtlingen in Schleswig-Holstein leben etwa 5700 dezentral, etwa 3300 sind in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht).

Gegen die drohende Abschiebepolitik fand in Kiel im Deutsch-Türkischen Volkshaus ein mehrtägiger Hungerstreik von kurdischen Flüchtlingen statt. Die Aktion wurde vom türkischen Arbeitnehmerverein und der Grünen-Frak-

tion unterstützt. Am 29. Juni fand ebenfalls in Kiel eine vierstündige Besetzung der Nikolaikirche während des vorletzten Tages der Kieler Woche statt, über die kurz im Radio Schleswig-Holstein (RSH) berichtet wurde. Der NDR wurde vom anwesenden Pastor nicht in die Kirche gelassen. Das Aktionsbündnis gegen Rassismus und Abschiebung verteilte während der Besetzung und am darauffolgenden Tag ein Flugblatt.

Zur Kreistagssitzung am 20. Juni 1991 im Kreis Rendsburg/Eckernförde hatten Flüchtlinge vorwiegend aus Kurdistan, das Bündnis gegen den Krieg am Golf Rendsburg und Freunde des Kurdischen Volkes mit Transparenten und Flugblättern auf die drohende Abschiebung von Flüchtlingen aufmerksam gemacht und konkrete Fragen, die unter anderem die Abschiebezahlen betreffen, in der Bürgerfragestunde gestellt. Diese werden noch von der Ausländerbehörde und den Parteien beantwortet werden. Die Grüne Kreistagsfraktion hatte einen Antrag für ein unbegrenztes Bleiberecht für alle kurdischen Flüchtlinge gestellt. Der Antrag wurde nicht einmal auf die Tagesordnung gesetzt. Auch die Kommunalaufsicht und das Verwaltungsgericht ließen sich von der Kritik der Abschiebungsgegner nicht überzeugen. — (lus, dam)

Die erste Hauptversammlung

Die „Unschuld“ der Familienbude ist passé

Hamburg. Ein Hauch von Demokratie schwebte am 3. Juli 1991 durch das Congress Centrum Hamburg: Die Jungheinrich A.G. hatte zu ihrer ersten Hauptversammlung seit der Umwandlung der Firma im vorigen Jahr in eine Aktiengesellschaft geladen. Über 400 Aktionäre waren persönlich gekommen, um den Bericht des Vorstandes des Herstellers von batterie-elektrischen Gabelstaplern entgegenzunehmen.

Aber ganze drei Leute aus der Gründerfamilie, die die 90 Millionen DM stimmberechtigter Aktien halten, waren in dem riesigen Saal abstimmungsbe-rechtigt, als Dr. A. Oetker, Vorsitzender des Aufsichtsrates, den Tagesordnungspunkt „Beschlussfassung über die Verteilung des Bilanzgewinns“ aufrief. DM 22.200.000,— standen zur Disposition, um unter die Aktionäre verteilt zu werden. Wobei die Töchter des alten Herrn Dr. Jungheinrich, auf daß die Lächerlichkeit in einer so großen Versammlung nicht ganz und gar auf die Spitze getrieben würde, vom Versammlungsleiter nur gefragt wurden, ob sie „Einwände“ gegen diesen Beschluß hätten; und so brauchte sie nicht einmal die Arme zur Abstimmung zu heben. DM 12.600.000,— schanzten sich in der so kurz und bündig durchgeführten Abstimmung die beiden Vertreterinnen des Familienkapitals auf das eigene Privat-

konto. Selten durfte man erleben, wie Menschen ihr Geld schwerer verdienen.

Neben der Neuwahl der Vertreter der Kapitaleseite im Aufsichtsrat, unter ihnen wieder Dr. Arend Oetker, Köln, und Dr. Tyll Necker, Bad Oldesloe, war dies der wichtigste Tagesordnungspunkt der Versammlung.

In einem Grundsatzreferat diente sich der Vorstand den Aktionären als guter Sachwalter ihres Geldes an: „Wir konnten unseren Umsatz im Konzern um über 12 % auf 1,43 Mrd. DM steigern. Unser Auftragsbestand erhöhte sich zum 31. 12. 1990 gegenüber dem Vorjahr leicht auf 204 Mio. DM. Die Aufwärtsbewegung wurde begleitet von einer erfreulichen Ergebnisentwicklung ... mit einer Umsatzrendite von 7,5 % beim Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit sind wir nicht unzufrieden ... der Anstieg unseres europäischen Marktanteils bei batterie-elektrisch angetriebenen Fahrzeugen um über 2 Punkte auf mehr als 21 % bestätigt das ...“ Um der gewaltigen Konzentration der konkurrierenden Konzerne, insbesondere von Linde, begegnen zu können, weitet Jungheinrich seine Kooperation mit Hyster-Yale aus.

Der Familienbetrieb von anno dazumal hat längst seine vermeintliche Unschuld verloren. — (hel)

Gildemeister — „am Weltmarkt orientiert“

Der Drehmaschinenproduzent Max-Müller soll demnächst aufgelöst werden

Hannover. Noch zum Jahreswechsel hat der Vorstand den Gildemeisterkonzern als gut gerüstet für den Verdrängungswettbewerb eingeschätzt. Für 1991 waren allerorten Umsatzsteigerungen geplant. Der Konjunkturbruch im

Nach einer Sanierungsphase Mitte der achtziger Jahre, in deren Verlauf die Beschäftigtenzahl des Konzerns von 4000 auf 2000 reduziert wurde, produziert Gildemeister u. a. an vier Standorten mit ständig steigenden Umsatzzahlen Drehmaschinen: ADM und NEF in Bielefeld, Gital in Bergamo (Italien) und Max-Müller in Hannover. Insbesondere die innere Struktur und die EDV-technische Ausrüstung der Betriebe sieht der Vorstand aktuell als Stärke im Verdrängungswettbewerb. Seit zwei Jahren werden den Couponschneidern wieder Dividenden auf ihre Aktien gezahlt.

Als einziger Drehmaschinenproduzent schreibt Max-Müller seit Jahren rote Zahlen. Im September 1990 hat der Vorstand die Regie in Hannover übernommen.

Kosten-, Produkt- und Organisationsstruktur machten eine Sanierung unumgänglich, war die Botschaft. Die Belegschaft müsse von 456 auf 362 reduziert, Serien- und Sondermaschinen strikt getrennt, die mechanische Fertigung aufgegeben und die in Bielefeld laufenden PPS-Systeme auf Hannover übergeklappt werden. Parallel zum Scheitern

Maschinenbau hat binnen weniger Wochen dieses Kartens Haus einbrechen lassen. Die Auftragsengpässe sind um 40 % zurückgegangen. Für mehrere Bereiche ist Kurzarbeit geplant. Max-Müller in Hannover soll aufgelöst werden.

der Verhandlungen über einen Interessenausgleich und dem Abschluß eines Sozialplanes brach im Maschinenbau die Konjunktur ein. Der Vorstand schob den wohl für einen späteren Zeitpunkt geplanten zweiten Schritt sofort nach. Die Eigenständigkeit von Max-Müller soll aufgegeben werden. Stattdessen werden zwei Sparten gebildet, die ADM bzw. NEF in Bielefeld unterstellt und in denen ca. 220 Leute beschäftigt werden. Sie sollen im wesentlichen aus Montagelinien, Konstruktion und Vertrieb bestehen. Neben der mechanischen Fertigung ist geplant, die Verwaltung, das Rechnungswesen, den Einkauf, die Disposition und die Arbeitsvorbereitung komplett zu liquidieren.

Vor allem die EDV-technische Durchdringung der Betriebe scheint diese neue Stufe der Zentralisation zu ermöglichen. Arbeitspläne, Stücklisten, Maschinendaten sowie technisches Know-How können in die Bielefelder EDV-Systeme eingespeichert werden. Eine Schnittstellenbetreuung in Hannover kann mit minimalem Personal erledigt werden. Auch künftige Produktentwicklungen sind somit nur noch bedingt

ortsgebunden. Die Konzernleitung legt so ein ganzes Geflecht informeller Regelkreise trocken, die in der Vergangenheit stark die Funktionstüchtigkeit der Produktion und die Qualität der Produkte bestimmt haben.

Umgesetzt wird diese Planung mit einer Entpersonalisierung der Personalpolitik. Der Vorstand sagt auf der Betriebsversammlung offen, daß eine olympiareife Mannschaft das Ziel sei. Als Kriterien für die Auswahl der Beschäftigten, die in die neuen Sparten übernommen werden sollen, wurden benannt: soziale Auswahl, Qualifikation, Kooperation mit den Vorgesetzten. Insbesondere mit älteren Beschäftigten und „Leistungsschwachen“ sind unzählige Gespräche über Aufhebungsverträge geführt worden, immer mit dem Hinweis, der Betroffene müsse bei Nichterfüllung mit einer Kündigung rechnen. Mit der Sanierung soll offensichtlich auch die betriebliche Interessenvertretung liquidiert werden. Dem Betriebsrat wurde mitgeteilt, daß nach Anwendung der genannten Kriterien vier von neun Betriebsräten nicht übernommen werden könnten. — (rog)

Fuba erhöht nur die tariflichen Lohnbestandteile

Bad Salzdetfurth. Zum ersten Mal sind die Tarifierhöhungen bei Fuba nicht auf die Effektivlöhne gezahlt worden. So restriktiv reagierte der Betrieb in der 40-jährigen Firmengeschichte nicht einmal in schlechten Geschäftsjahren. Es ist seine Antwort auf die Anhebung der unteren Lohngruppen. In einem Schreiben an die Beschäftigten begründete der Personalchef die Ausklammerung der freiwilligen Zulagen: „Um diesen Tarifabschluß realisieren zu können, mußten wir über Einsparungsmöglichkeiten diskutieren und haben uns entschlossen, die freiwilligen Zulagen sowohl im Angestellten- als auch im Lohnempfängerbereich nicht anzupassen.“ Damit spart Fuba bei den Lohnmehrkosten etwa ein Prozent ein. Für die Belegschaft sind es effektive Einkommensverluste zwischen 0,5 und zwei Prozent. — (mal)

ANT Bosch Telecom: Werkleitung will Nacharbeit

Offenburg. An den Blechbearbeitungs- und Fräszentren soll eine neue Zweierschicht einführt werden. Der erste Vorschlag sah je 9,25 Stunden Arbeitszeit plus 0,75 Stunden Pause an sechs Tagen vor! Die fünfte Woche sollte eine Freischicht sein. Die betroffenen Beschäftigten und der Betriebsrat lehnten ab. Ein Gegenvorschlag der Beschäftigten sieht eine Dreierschicht mit jeweils 6,5 Arbeitsstunden plus 0,5 Stunden bezahlter Pause vor. Also 7 Stunden an fünf Werktagen mit vollem Lohnausgleich. Weitere Arbeitszeitverkürzungen sollten die Schichtzeit entsprechend verkürzen. Eine Stellungnahme der Geschäftsleitung gibt es bis jetzt noch nicht. — (rod)

Tarifabschluß im Hamburger Einzelhandel

Hamburg. In der 8. Verhandlungsrunde über einen neuen Lohnstarif im Hamburger Einzelhandel wurde am 5. Juli nach 17 Streikaktionen und erfolgreicher Urabstimmung in 36 Betrieben ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen. Gefordert waren 350 DM mehr für jeden. Das Einstiegsgehalt in der Gruppe 2, in der sich die meisten Verkäuferinnen befinden, liegt jetzt mit 2.100 DM um 11,7 % höher. Viele Verkäuferinnen bleiben nach sechs Berufsjahren für alle Zeiten im Endgehalt der Gruppe 2 (bisher 2.490 DM). Für sie wurde in der letzten Verhandlungsrunde eine wichtige Gehaltserhöhung erreicht. Es gibt jetzt eine neue Gruppe 2b für „Angestellte mit zusätzlichen Tätigkeiten in einem entsprechend übertragenen Aufgabenkreis“. Sie erhalten 100 DM mehr als Kolleginnen im jeweils gleichen Berufsjahr der Gruppe 2a. Verkäuferinnen, die zum Beispiel Warenkunde vermitteln oder mit der Personalplanung betraut sind, werden sich berechtigterweise über die Honorierung ihrer zusätzlichen Arbeit freuen. Ein zweifelhafter Sieg dennoch, rückt doch damit die Gruppe 3 in unerreichbare Ferne. Die Ausbildungsvergütungen wurden um 13—17 % angehoben. Die Kapitalisten waren nicht bereit, über den Tarifvertrag „1.000 Kindergartenplätze für Kinder“ abzuschließen. Der Tarifabschluß bringt für einige Gruppen eine Erhöhung von bis zu 300 DM oder 17 %. Angesichts der enormen Umsatzsteigerungen im vergangenen Jahr müßten die neuen Löhne und Gehälter noch höher liegen. Die Arbeitsbedingungen (Stehen, schlechte Luft, lange Arbeitstage, kurzes Wochenende ...) werden nach wie vor nicht honoriert. — (wah)

GEW gegen „Springer-Erlaß“

Hannover. Der vom Kultusministerium geplante Einsatz von „Springern“ an niedersächsischen Schulen verstößt gegen geltendes Recht. Da „Springer“ (Aushilfslehrer im Angestelltenverhältnis mit unbefristeten Verträgen) in wechselnden Orten und Schulen unterrichten müßten, stünden ihnen zumindest Entlastungsstunden zu, fordert die GEW. Stattdessen schreibt der „Springer“-Erlaß eine Regelarbeitszeit fest, die um zwei Stunden höher ist als etwa die der regulären Orientierungsstufenlehrer. Dies verstößt gegen geltendes Tarifrecht. Darüberhinaus müssen sich die Aushilfslehrer zur Teilzeitarbeit verpflichten. Mit der Einstellung von 300 „Springern“ und zusätzlich 300 „Feuerwehrlehrern“ rückt Kultusminister Wernstedt (SPD) laut GEW von seiner Zusage ab, eine sogenannte Vertretungsreserve einzurichten. — (kar)

Personalrat gegen Privatisierung

Hannover. Gegen eine weitere Privatisierung im Reinigungsdienst der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH) hat sich der Personalrat gewandt. Inzwischen sind sechs der 54 Stellen nicht mehr besetzt. Diese Stellen würden „freigehalten“, weil eine Untersuchung ergeben habe, daß eine Million Mark eingespart werden könnte, wenn die Reinigungsarbeiten an Privatunternehmen vergeben würden. Bereits jetzt wird die Reinigung der MHH zu einem großen Teil von Beschäftigten privater Unternehmen ausgeführt, die überwiegend geringverdienende Mitarbeiterinnen beschäftigen. Der Personalrat der MHH beruft sich auf die Koalitionsvereinbarung der niedersächsischen Landesregierung (SPD/Grüne), daß Verträge mit geringfügig Beschäftigten sozialversicherungspflichtig umzuschreiben seien. Klammerheimlich versucht sich das Ministerium für Wissenschaft und Kultur von dieser Vereinbarung zu verabschieden. — (kar)

Der Thyssen-Konzern läßt bc. Kloth-Senking entlassen

Hildesheim. 1989 verkaufte die Salzgitter AG den Metallgießereibetrieb Kloth-Senking an den Thyssen-Konzern, der das Werk zum reinen Zulieferbetrieb für die Automobilindustrie spezialisierte. Die KFZ-Krise wirkt bei Kloth-Senking schon jetzt spürbar. Die Belegschaft soll auf unter 800 Beschäftigte runtergefahren werden. Die 400 Entlassungen treffen den Arbeitsmarkt in Hildesheim besonders empfindlich, da bei Bosch und Blaupunkt ebenfalls entlassen wird. IG Metall und Betriebsrat werfen dem Konzern unlautere Methoden vor. Gekauft wurde von Thyssen Industrie, geleitet wird von Thyssen Guß. Damit umging der Konzern die unbequeme, kontrollierende Montanmitbestimmung. — (mal)

Berufsverbot Karin Neuber

Das BAG verlangt die Offenbarung der Parteimitgliedschaft

Stuttgart. Am 13. 5. 91 hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) das Berufsverbotsurteil gegen die Lehrerin Karin Neuber ausgefertigt (Az: 2 AZR 357/90). Dabei verschärft das BAG einige Elemente der politisch motivierten Diskriminierung von Lehrkräften im Angestelltenverhältnis:

1.) Das BAG fordert von ihnen eine gesteigerte politische Treuepflicht, d. h. die Bereitschaft, „sich mit der Idee des Staates zu identifizieren“.

Diese Mystifikation des „Staates“ kritisierte vor zehn Jahren der Hochschullehrer Peter Brückner in seiner Stellungnahme „Über die Pflicht des Gelehrten, auch als Bürger tätig zu sein“, die er im gegen ihn vom niedersächsischen Minister für Wissenschaft und Kunst in Gang gesetzten Disziplinarverfahren 1980 abgelehnt hat.

„Ich habe den wirklichen Staat als ‚Organisation‘, als ‚System‘, manchmal als ‚Maschinerie‘ bezeichnet, und nicht nur, weil er sich im bürgerlichen Verständnis in der Tat als entwickelte Maschine abbildet, als ‚machina machinorum‘, sondern streitbar. Ich werde mich von allen Bestrebungen distanzieren, die den Staat mystifizieren. Es ist genuin aufklärend, an bestimmte Tabuzyklen der deutschen Geschichte zu erinnern; von der Sakralisierung des Staatsoberhauptes, vom Charisma des Offiziers (oder Reserveoffiziers) bis zur Heiligung des Staats, dem man Dienst und Liebe schulde. Der mythisch aufgeladene Staatsbegriff als spezifische Form deutscher Staatlichkeit — diese Überlieferung hat Elemente eines Trauerspiels; für uns, vorzüglich für andere Völker und Rassen. Daß unsere Mystifikationen leicht außer Kontrolle geraten, ist klar ersichtlich. Noch einmal deutsch und deutlich ein Aspekt der Mystifikation: wenn Privateigentum und Freiheit die Grundlage unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sind, wie führende Politiker der CDU oft genug erklären — und wer, übrigens, wollte das bezweifeln? —, so bindet dies alle Körperschaften, Behörden oder Personen, die kraft eigener Zuständigkeit an der Ausübung der Staatsgewalt teilnehmen. In einem privatwirtschaftlichen System muß sich der Staat notwendigerweise, will er nicht Wirtschaft und Konjunktur zusätzlich in Gefahr bringen, an der Logik dieses Systems orientieren. Er hat da allerdings seit je her Garantiefunktionen. Von allen denkbaren gesellschaftlichen Interessen werden sich daher die Akkumulationszwänge des Kapitals besonders robust durchsetzen können. Daß der Staat Volkseinkommen im Sinne sozialstaatlicher Prämissen umverteilt, ist unbestreitbar. Darin liegt kein Systemwiderspruch. (Trotzdem müssen natürlich, um den niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht zu zitieren, die

Bürger es im gesamtwirtschaftlichen Interesse akzeptieren, daß einigen unter ihnen mehr Nutzen zuwächst als anderen.“

2.) Das BAG statuiert eine Offenbarungspflicht des Arbeitnehmers in bezug auf die Mitgliedschaft in sogenannten „verfassungsfeindlichen“ Organisationen. Dabei wird implizit — wie aus dem Urteil hervorgeht — die Kenntnis und Übernahme der von der Exekutive vorgenommenen Bewertung politischer Gruppen und Organisationen beim Bewerber/Beschäftigten vorausgesetzt; ebenso die einschlägigen Urteile der Obergerichte. Der einstellenden Behörde wird das Recht eingeräumt, den Bewerber nach Aktivitäten in solchen Organisationen zu befragen, die nach ihrer Auffassung „verfassungsfeindliche Ziele“ verfolgen.

Da bekanntlich die Staatsschutzbehörden mit ihren jährlich erscheinenden Verfassungsschutzberichten seit fast zwanzig Jahren selbstherrlich nach den Erfordernissen der Exekutive definieren, wer als „verfassungsfeindlich“ zu gelten habe und wer somit aus dem politischen Leben ausgegrenzt ist, werden von den Einstellungsbehörden — welche diese Wertungen pauschal übernehmen — oft schon regierungsoptionale Aktivitäten oder die Kritik des kapitalistischen Wirtschaftssystems und der von ihm für viele bereitgehaltenen Brutalitäten (z. B. Armut, Schichtarbeit, stupide, lebenszerstörende Tätigkeiten wie Fließbandarbeit) als verfassungsfeindlich bewertet, zumindest aber Zweifel daran erweckend, ob der Bewerber jederzeit für die fdGO eintritt. Es findet unter der Hand eine Transformation der vom Bundesverfassungsgericht im SRP-Urteil 1952 aus der Verfassung destillierten Grundsätze — keine Willkürherrschaft, Mehrparteiensystem, Gewaltenteilung, Unabhängigkeit der Gerichte usw. — zur Staatstreue, ja z. T. zum Eintreten für die jeweilige Regierungspolitik statt.

3.) Das BAG wertet das Nichtoffenbaren einer Mitgliedschaft in einer Organisation, welche die einstellende Behörde für „verfassungsfeindlich“ hält, als „arglistige Täuschung“, welche die Annullierung eines abgeschlossenen Arbeitsvertrages rechtfertigt. Der Bewerber wird damit vor die Alternative gestellt, eine Mitgliedschaft in einer — von ihm nicht für „verfassungsfeindlich“ gehaltenen — Organisation zu offenbaren und nicht eingestellt zu werden, oder diese nicht zu offenbaren, was danach wegen arglistiger Täuschung entlassen zu werden. Dieses Vorgehen wird, wie an anderer Stelle bemerkt, seit längerem in großem Umfang mit den sogenannten Fragebogenaktionen im Anschlußgebiet praktiziert — eine unentrinnbare Zwickmühle. — (zem)



Stuttgart. 1.400 Beschäftigte der Firma AEG Olympia demonstrierten am 8. Juli vor der Daimler-Benz-Zentrale gegen die drohende Schließung des Werkes in Wilhelmshaven und damit die Vernichtung von 2.700 Arbeitsplätzen. Auch anläßlich der Aktionsversammlung zwei Wochen vorher hatte eine Delegation erklärt, „mit allen erdenklichen Maßnahmen“ für die Beibehaltung des Standorts einzutreten. — (evc)

Roma belagern den Landtag

Aktion gegen die Abschiedspolitik der Landesregierung

Köln. Nichts konnte die NRW-Landesregierung bisher von ihrem Beschluß vom 4. 12. 1990 abbringen, ein Bleiberecht für Roma zu verweigern. Selbst nach Beginn des Bürgerkrieges hält das Kabinett Rau mit vollem Einverständnis des Bonner Innenministeriums an einem „Reintegrationsprogramm“ für Roma in Jugoslawien fest. Die SPD-Landesregierung hat das Ziel, 51 Jahre nach den Deportationen durch die Nationalsozialisten, fest im Visier: Alle Roma müssen raus aus NRW (sofern nicht einzelne Gemeinden „auf eigene Rechnung“ Aufenthaltsrechte gewähren).

Diese landesweite Abschiedspolitik bekämpfen die Roma derzeit mit einer Aktion direkt neben dem Düsseldorfer Landtag. Seit dem 27. Juni haben sich knapp tausend Roma am Rheinufer unter der Rheinkniebrücke niedergelassen und wollen dort ausharren, bis die Behörden in Land und Bund ein Bleiberecht ausgesprochen haben.

Abschiebungen von Roma sind gängige Praxis in NRW. Alle Roma, die nach dem Bettelmarsch 1990 und nach dem Einlenken von Innenminister Herbert Schnoor keinen neuen Bleiberechts-Antrag stellen konnten, sind sowieso den üblichen ausländerrechtlichen Vorschriften ausgeliefert. Auch die ursprünglich 5500 Roma, die mit „Reintegrationsprogrammen“ nach Jugoslawien zurückgezwungen werden sollen, werden allenfalls bis zur Fertigstellung dieser unsinnigen Projekte „geduldet“ — und selbst das gilt nicht für alle. Die

Verträge zwischen NRW und der jugoslawischen Teilrepublik Makedonien liegen für ein erstes Projekt für rund 1400 Roma in der makedonischen Hauptstadt Skopje unterschrittsreif vor. Wenn die Regierungschefs beider Länder einen gemeinsamen Termin gefunden haben, kann die praktische Umsetzung beginnen. Dann werden die Roma noch einmal gefragt, ob sie „freiwillig“ an dem „Reintegrationsprogramm“ teilnehmen wollen. Der Haken ist nur: Wer ablehnt oder gar nicht antwortet, wird sowieso abgeschoben. Die Roma haben also die „freie Wahl“: Zurück nach Jugoslawien oder zurück nach Jugoslawien. Die 1400 Roma, die von der NRW-Regierung für das Skopje-Projekt bestimmt wurden, sind bereits im Januar zum ersten Mal befragt worden. Die meisten verlangten erst einmal weitere Informationen, doch 226 sagten Nein bzw. antworteten nicht. Diese Gruppe verlor bereits damals den Abschiedschutz.

Die Roma wollen mit ihrer Aktion in Düsseldorf vor allem auf eines hinweisen: Sie sind ein staatenloses Volk, Menschen ohne Heimat, für die also eine „Rückführung“ in angebliche Heimatländer widersinnig ist. Die Roma wollen bleiben, und sie setzen dafür — wie im letzten Jahr beim „Bettelmarsch“ — ihre Gesundheit aufs Spiel. In den ersten Tagen waren Hunderte von Roma schutzlos Regen und Kälte ausgesetzt. Die Hilfsorganisationen verweigerten auf Druck der Stadt Düsseldorf die nötige Unterstützung. Mittlerweile gibt es

mehrere große Zelte auf dem Platz, von den Falken, Naturfreunden, vom Roten Kreuz. Es sind aber zu wenig. Und es mangelt noch an vielem: Lebensmittel (Getränke, weißes Brot, Käse, Tomaten, Gemüse etc.), Feldbetten, Schlafsäcke, Brennholz, Gaskocher und natürlich Geld.

Die Roma sind auf unsere Solidarität angewiesen. Auch kleine Spenden sind besser als keine. Alle Sachen werden im Camp gesammelt und an die Familien verteilt, die sie am dringendsten benötigen. Auf die Sachen, die Ihr zurückhaben wollt, schreibt Eure Namen und die Stadt. Kommt auf den Platz, informiert Euch, helft mit, eine Infrastruktur aufzubauen, die es ermöglicht, die Aktion solange durchzuhalten, wie es nötig ist. Fordert von den Hilfsorganisationen, Kommunen und der Landesregierung, daß sie ihrer Pflicht nachkommen. Sammelt Geld von Initiativen, Parteien, Kirchengemeinden etc. Nur wenige Roma auf dem Platz sprechen deutsch; es gibt für viele Deutsche viel zu tun: Einkaufen, Arztbesuche, Unterhaltung für die Kinder organisieren, Plakate aufhängen, Infotische besetzen.

Bringt die Spenden zum Camp, fragt nach den Verantwortlichen. Oder erkundigt Euch beim Rom e.V., Bobstr. 6—8, 5 Köln 1, Tel. 0221/242536. Geldspenden könnt Ihr auf das Konto des Rom e.V., Stichwort Düsseldorf, bei der Stadtparkasse Köln, Kto. Nr. 12442630, BLZ 37050198, überweisen. — (TG.)



50 Vertreter der um ihr Bleiberecht kämpfenden Roma protestierten am 8.7. vor dem Diözesanbüro der Caritas in Essen. Der Diözesancaritasverband hat sich der Landesregierung zur Durchführung des „Reintegrationsprojektes“ angedient und will ein eigenes Büro im Ghetto Shuttka mit Landesmitteln einrichten. Die Roma betonten, die Landesregierung haben damit einen Partner, der sie von dem Vorwurf der Deportation freihalte. Die Roma-Organisationen lehnten die Mithilfe ab. Der Diözesancaritas-Verband fällt damit auch den Kirchengemeinden, die sich aktiv für das Bleiberecht einsetzen und z.T. „Kirchenasyl“ vorbereiten, in den Rücken. Die Landesregierung hat ihre Entschlossenheit zur Abschiebung in einer Landtagsdebatte am 10.7. nochmals bekräftigt. Bild: Protestaktion in Köln. — (syb, Bild: pb)

Bayerischer Verfassungsschutzbericht vorgestellt

Grüne fordern Auflösung des Verfassungsschutzes/PDS verwarft sich gegen „baren Unsinn“

München. Die Vorlage des bayerischen Verfassungsschutzberichtes 1990 durch Innenminister Stoiber ist auf scharfe Kritik gestoßen. DIE GRÜNEN erklärten, in dem Bericht offenbare sich erneut das autoritäre Demokratieverständnis der Staatsregierung, die abweichende politische Meinungen lieber von oben bekämpfe und kriminalisiere, statt in einem offenem Diskurs eine politische Auseinandersetzung zu führen. Die Überwachung der PDS und die Aufhebung der Überwachung der Republikaner zeige hierbei, daß die Staatsregierung auf dem rechten Auge blind sei, indem sie „die aus dem geistigen Schoß der CSU geborenen schwarz-braunen REPs“ weißwasche und hoffähig mache. Nach Ansicht der GRÜNEN gehört der in Bayern immer mehr als politische Hilfspolizei der Staatspartei CSU fungierende Verfassungsschutz abgeschafft: „Statt die undemokratischen Methoden des Verfassungsschutzes fortzusetzen, wäre es in Bayern viel wichtiger und auch interessanter, die unzähligen verfassungswidrigen Vermischungen der CSU mit der Staatsregierung

und ihrer Ministerialbürokratie zu untersuchen ...“ Die Forderung nach einem sofortigen Stopp der nur in Bayern praktizierten „blödsinnigen“ Bespitzelung der PDS ist begrüßenswert.

Auch die PDS/Linke Liste nimmt den Verfassungsschutzbericht unter Beschuß: „Stoibers Gedankenwelt, in der Bespitzelung, Berufsverbote und Verfolgung bis zur beruflichen Vernichtung zum selbstverständlichen Instrumentarium gehört, gefährdet in Wirklichkeit die verfassungsgemäße Grundordnung ...“ Die PDS/Linke Liste vermutet wohl richtig, daß es Stoiber „durch böswillige Ignoranz (...) ausschließlich auf die Einschüchterung von Linken ankommt.“ Die, die da gemeint sind, werden im Abschnitt „Entwicklung des Linksextremismus in der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)“ auch gemeinsam angeführt. In Zusammenhang mit den Initiativen zur Gründung einer „Linken Liste/PDS“ im Laufe des Jahres 1990 werden vermeintliche und tatsächliche Mitarbeiter und Initiatoren genannt: „Mitglieder der DKP, DKP-Funktionäre der beiden politischen

Richtungen („Erneuerer“ und „Traditionisten“), Mitglieder und Anhänger des Kommunistischen Bundes (KB), des Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD (AB), des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK), der Vereinigten Sozialistischen Partei (VSP), der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg (VOLKSFRONT) bis hin zu einzelnen Autonomen.“

Am 12. Juli führten die Genannten eine erste gemeinsame Beratung durch — auch weil vor kurzem in einer Polemik von Innenminister Stoiber im Bayernkurier die Mitarbeit obiger Organisationen bei den PDS-Gründungsinitiativen als einer der Gründe für die Überwachung der PDS genannt wurde. Weitere Treffen sind geplant. So wird aus dem Spaltungsmanöver der bayerischen Staatsregierung vielleicht ein unangenehmer Ernstfall für bestimmte Kreise im Innenministerium. Um der drohenden innenpolitischen Verschärfung erfolgreich entgegenzuarbeiten, müssen alle von den Angriffen aus dem Innenministerium Betroffenen koordiniert handeln. — (cht)



München. Etwa 20 Kinder und ihre Mütter demonstrierten am 11. Juli vor dem Kultusministerium in München für eine schulische Integration von behinderten Kindern. Aufgebrachten Transparenten forderten sie: „Gemeinsam leben, gemeinsam lernen“, „Schulgesetze ändern!“, „Keine Behinderten aussondern“ und „Elternwünschen vorrangig beachten!“. — (rü)

Aus Ländern und Gemeinden

Graue Panther: Wohnen im Alter

Hannover. „Die Ergebnisse ... zeigen für die über 60-jährigen eine überdurchschnittlich hohe Wohnzufriedenheit ...“ Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung des Referats für Stadtentwicklung vom April 1991 über ältere Menschen in Hannover. Ein Leserbrief in der HAZ vom 8.5. dazu: „Hinter der Überschrift des Artikels ‚Fast alle Senioren sind zufrieden‘ ist mindestens ein Fragezeichen (wenn nicht mehrere) vergessen worden. Wenn Herr Sozialdezernent Deufel eine Umfrage, bei der 388 Personen, also fast die Hälfte, wegen ‚altersbedingter Schwierigkeiten‘ nicht persönlich befragt werden konnten, aber in diese Befragung einbezogen wurden — ein insgesamt positives Bild, das die bisherige Altenplanung bestätigt — erblickt, dann kann er schlecht sehen. Nein, die Wirklichkeit sieht völlig anders aus ...“ Der Seniorenschutzbund „Graue Panther“ führt nun eine eigene Fragebogenaktion durch, allerdings nicht, um die Situation alter Menschen in Hannover zu beschönigen, sondern um ihre Vorstellungen und Wünsche zum Wohnen im Alter festzustellen. — (rec)

Solidarität mit den Hungerstreikenden in Kurdistan

München. Im Rahmen einer europaweiten Kampagne begann am 14. Juli um 8 Uhr morgens eine Hungerstreikaktion zur Unterstützung der seit dem 1. Mai andauernden Welle von Hungerstreiks in Kurdistan gegen die neuen türkischen Anti-Terror-Gesetze. Gleichzeitig sollte mit der ursprünglich auf 36 Stunden konzipierten Aktion an die Gefallenen des kurdischen Befreiungskampfes erinnert werden. Aus Protest gegen die Ermordung des HEP-Vorsitzenden in Diyarbakir, Vedat Aydin, und die Massaker bei seiner Beerdigung wird der Hungerstreik in München auf unbestimmte Zeit, mindestens jedoch eine Woche, verlängert. Parallel soll mit vielfältigen Aktionen an die Öffentlichkeit gegangen werden. — (wob)

Stadtverwaltung läßt Jugendzentrum räumen

Konstanz. 30 Polizeibeamte räumten am 4. Juli im Auftrag der Stadtverwaltung das Jugendzentrum „Schlupfwinkel“, weitere Kräfte stand bereit. Rund 40 Jugendliche, die das Juze aus Protest gegen die Schließung besetzt hatten, verließen das Haus, ohne Widerstand zu leisten. Der zuständige Sozialbürgermeister Hansen (CDU) hat die Schließung und Räumung mit der Begründung verfügt, er wolle Platz für vom Land zugewiesene Flüchtlinge schaffen, die in den zum Wohnen völlig ungeeigneten Räumlichkeiten untergebracht werden sollen. Die Stadt spielt damit auf perfide Weise Juze-Besucher und Flüchtlinge gegeneinander aus. Sie will das Zentrum, in dem sich u. a. Punks und Autonome treffen, schon lange dicht machen, weil ihr Leute und Aktivitäten nicht in den Kram passen. Der Verein „Juze statt Plastik“, in dem Jugendzentrumsbesucher zusammenarbeiten, hat gegen die Beschlagnahmung der Juze-Räume Widerspruch eingelegt und mit verschiedenen Straßenaktionen gegen die Räumung protestiert. Mehrere 100 Leute fordern mit ihrer Unterschrift inzwischen Ersatzräumlichkeiten. — (jüg)

Linke Liste Göttingen kandidiert zu Kommunalwahlen

Göttingen. Aus dem Roten Tisch heraus ist die Linke Liste Göttingen gegründet worden, die am 6. Oktober 1991 an den Kommunalwahlen teilnehmen will. Sie hat eine Erklärung veröffentlicht. Ende Juli führt sie eine öffentliche Wahlkonferenz durch, um das Wahlprogramm zu verabschieden. Mitglieder der Linken Liste kommen aus BWK, DKP, PDS und Volksfront, auch Unorganisierte sind Mitglieder. Arbeitsgruppen zu den Themen kommunale Finanzen, Schul- und Bildungspolitik sowie zu Antifaschismus und Ausländerpolitik wurden gebildet. In der Erklärung heißt es: „Wir wollen eine Kommune, die für die Grundversorgung ihrer Bevölkerung ... die Verantwortung übernimmt.“ Die Zusammenarbeit mit weiteren linken Kräften wird gesucht. — (kek)

Kirche kündigt einen Kindergartenplatz auf

Stuttgart. Einem Dreijährigen wurde der Kindergartenplatz in einer katholischen Einrichtung wegen des Kirchenaustritts des Vaters gekündigt. Zwar müsse, laut Pfarrer, nicht jedes Kindergartenkind/Eltern katholisch sein, Ausnahmen sind z. B. moslemische Kinder, aber von Deutschen wird schon verlangt, die Kirchensteuer zu zahlen, somit zusätzlich zu Gebühren und Landeszuschüssen den Kindergarten mitzufinanzieren. Die Entscheidung für einen kirchlichen Kindergarten soll bewußt sein, ein günstiger Standort reicht als Grund nicht. Die Kündigung ist in Kirchenkreisen umstritten. — (unb)

Schacht Konrad: 250000 gegen zentrale Weisungsbefugnis

Hannover. 250000 Einwendungen sind gegen die Errichtung der ehemaligen Eisenerzgrube „Schacht Konrad“ als Atommülllager für schwach- bis mittelradioaktiven Atom Müll innerhalb von nur zwei Wochen gesammelt und am 14.7. der niedersächsischen Umweltministerin übergeben worden. Gegen den Willen der niedersächsischen Landesregierung ist die zentrale Weisung von Umweltminister Töpfer erfolgt, den Schacht als Atommülllager auszubauen. Der Ausbau des Schachtes ist für die Profitinteressen der Atomlobby dringend geboten, da in den kommenden Jahren nur der Schacht zur Lagerung infrage kommt. Die Verhinderung würde zur Zeit bedeuten, die Atomkraftwerke müßten ausgeschaltet werden. Der Protest kommt aus Gewerkschaften, Kirchen, von Betriebsangehörigen und Betriebsräten ortsansässiger Fabriken, von Bauern, Umweltschutzverbänden, Greenpeace und vielen Einzelpersonen aus Salzgitter, Umgebung und von außerhalb. Die konservative „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ hetzt in ihrer Ausgabe vom 15.7., diese Unterschriften seien bedeutungslos. Grund: Nur 500 Menschen hätten sie von Salzgitter nach Hannover gebracht. Die Front gegen den Ausbau des Schachtes, der immer mal wieder zur Debatte stand, war bis zur zentralen Weisung eher schmal. Davon berichtet die Zeitung nichts. Wenn auch nicht Tausende nach Hannover gefahren sind, so ist der gleichen Ausgabe der Zeitung zu entnehmen, daß die Bevölkerung den Trecker- und Autokonvoi mit Sympathie und Ermunterung nach Hannover begleitet hat. — (bee)

Nach Morden verstärkter Widerstand des kurdischen Volkes

Aus Presseerklärungen der ERNK und des Kurdistan-Komitees nach dem Mord an dem HEP-Vorsitzenden von Amed und Massendemonstrationen in Kurdistan

Vedat Aydin, Bezirksvorsitzender der HEP (Partei der Arbeit des Volkes), ermordet

Kurdistan-Komitee in der BRD e.V., 9. Juli 1991

In der Nacht des 4. Juli war der HEP-Bezirksvorsitzende von Amed (Diyarbakir) Vedat Aydin von Todesschwadronen des Amtes für Spezialkriegsführung verschleppt worden und war seither spurlos verschwunden. Vier als Polizisten verkleidete Mitglieder der für den kolonialfaschistischen türkischen Staat im Rahmen seiner Konterguerillaaktivitäten tätigen Mörderbande haben Vedat Aydin gegen Mitternacht unter dem Vorwand, eine Aussage von ihm aufnehmen zu wollen, mitgenommen. Seither war er spurlos verschwunden. Alle Bemühungen seiner Familienangehörigen, Parteifreunde, des IHD (Menschenrechtsverein) und verschiedener demokratischer Institutionen, etwas über seinen Verbleib und sein Schicksal in Erfahrung zu bringen, blieben erfolglos, da die türkischen Behörden behaupteten und behaupten, von nichts zu wissen — bis am 8. Juli auf einem Landstück seine Leiche gefunden wurde, mit unzähligen Einschüssen und Spuren von Folter.

Vedat Aydin war als sehr engagierter kurdischer Intellektueller, der für den gerechten Freiheits- und Unabhängigkeitskampf des kurdischen Volkes eintrat und es verstand, die Massen dafür zu organisieren, im Volk beliebt und bekannt. Den Kolonialisten war er deshalb natürlich ein Dorn im Auge.

In den letzten Wochen hat der kolonialfaschistische Staatsterror in Nordwestkurdistan einen Höhepunkt erreicht. Wichtig in diesem Zusammenhang ist auch, daß zur gleichen Zeit die „internationalen Eingreiftruppen“ angeblich zum „Schutz“ der Kurden in Südkurdistan (irakisch besetzter Teil unseres Landes) vor Saddam Hussein ausgerechnet in Nordwestkurdistan (!), also im türkisch besetzten Teil unseres Landes, stationiert werden sollen, zu der dieser grausame Staatsterror an der kurdischen Zivilbevölkerung von dem en-

gen NATO-Verbündeten, dem türkischen Staat, immer massiver wird. Wir halten es für notwendig und auch für die Pflicht der europäischen Presse, vor allem dann, wenn diese sich dem Schutz der Menschenrechte und der Demokratie verbunden fühlt, nicht nur über die schreckliche Lage der Kurden und Kurden im irakisch besetzten Teil Kurdistans zu berichten, sondern die Aufmerksamkeit auch auf den blutigen Staatsterror im türkisch besetzten Teil zu lenken. Denn dort, in Nordwestkurdistan, ist die Lage zunehmend gespannt und neue Massaker deuten sich an.

Das kurdische Volk läßt sich auch von dem immer brutaler werdenden Staatsterror nicht einschüchtern und von seinem gerechten Kampf um Demokratie, Unabhängigkeit und Freiheit nicht abbringen. Die Nachricht von der grausamen Ermordung Vedat Aydins hat eine Welle des Protestes ausgelöst. Weitere Massenprotestaktionen wie Rolladenschließungsaktionen und Kundgebungen werden für den heutigen Tag erwartet. Die Beerdigung findet heute in seinem Geburtsort Bismil statt. Die Bevölkerung der Provinz Diyarbakir hat aus diesem Anlaß ab heute drei Tage als Gedenktage bekanntgegeben.

Nur eine Berichterstattung über die tatsächlichen Verhältnisse und über die grausame Vernichtungspolitik am kurdischen Volk durch den NATO-Bündnispartner Türkei kann ein erneutes Massaker an der kurdischen Zivilbevölkerung, das abseits der internationalen Aufmerksamkeit erst ermöglicht wird, noch verhindern. Dieser brutale Mord an Vedat Aydin durch die Todesschwadronen des Amtes für Spezialkriegsführung des türkischen Staates mußte Grund genug sein, in der europäischen Presse diesen schmutzigen und unmenschlichen Spezialkrieg zu verurteilen und durch internationalen Druck zu versuchen, diesen endlich zu stoppen.

Beerdigung des ermordeten HEP-Vorsitzenden wurde zur Massendemonstration

Kurdistan-Komitee in der BRD, 10.7.1991, 21.45 Uhr

Heute, am 10. Juli 1991, wurde Vedat Aydin in Diyarbakir beerdigt. Vedat Aydin war am 4.7. von vier als Polizisten verkleideten Männern unter dem Vorwand, eine Aussage aufnehmen zu wollen, aus seinem Haus verschleppt worden. Seine Entführer sind Mitglieder der Todesschwadronen des „Amtes für spezielle Kriegsführung“ der Türkischen Republik. Schon als seine Leiche gefunden wurde und sich herausstellte, daß Vedat Aydin grausam gefoltert und ermordet wurde, erhob sich in ganz Nordwestkurdistan (türkisch besetzter Teil unseres Landes) eine Welle des Protestes gegen diesen erneuten Akt des Staatsterrors.

Heute, am Tag der Beerdigung, die zur Massendemonstration gegen diesen Staatsterror wurde, antwortete das türkische Regime mit grenzenloser Steigerung seines Terrors gegen die kurdischen Massen.

In Diyarbakir stand das Leben heute still. Alle Geschäfte beteiligten sich an der Rolladenschließaktion, die Atmosphäre war äußerst gespannt. Schon gestern nacht ab 24 Uhr wurden alle Menschen, die auf der Straße angetroffen wurden, verhaftet und erst heute morgen wieder freigelassen.

Ab 13 Uhr (10.7.91) war die ganze Stadt mit Kommandoeinheiten und Panzern umzingelt, die Telefonleitungen kritischer Zeitungen unterbrochen. Es herrschte Ausgangsverbot.

Aus allen Teilen des Landes kamen unendlich lange Fahrzeugkolonnen mit Menschen, die an der Beerdigung teilnehmen wollten, darunter auch der Generalsekretär der HEP (Partei der Arbeit des Volkes) und Abgeordnete.

Um 16.30 Uhr wurde der Demonstrationszug von über 30000 Menschen von Polizisten und Soldaten angegriffen und auseinander geschlagen. Zwischen Polizei und Militärschäften und etwa 10000 Demonstranten entwickelte sich eine

Straßenschlacht, die immer heftiger wurde. Es heißt auch, daß die Guerilla eingegriffen haben soll. Bis 16.30 Uhr wurden drei Tote und 30 Verletzte durch Schüsse von Zivilpolizisten bekannt. Abgeordnete von Diyarbakir waren am Nachmittag im Hotel eingekesselt.

Bei einem Verkehrsunfall auf dem Weg nach Diyarbakir zur Beerdigung kamen fünf Menschen aus Adana ums Leben und mehrere wurden verletzt.

Ein aus 7000 Fahrzeugen bestehender Konvoi wurde am Stadtrand von Diyarbakir von Polizeikräften angegriffen, die Menschen verteidigten sich mit Stöcken und Steinen. Der HEP-Generalsekretär Fehmi Isiklar hielt eine Rede, dann setzte sich der Zug Richtung Friedhof in Marsch. Der Sarg Vedat Aydins war in eine Fahne der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) gehüllt, und es wurden ständig Parolen gegen den faschistischen türkischen Staat und für den nationalen Befreiungskampf Kurdistans und die PKK gerufen.

Spezialteamkräfte und Zivilpolizisten eröffneten das Feuer auf die Demonstranten. Alle marschierten jedoch trotzdem entschlossen weiter. Etwa 30000 Menschen erreichten den Friedhof im Stadtteil Mardinkapi und begannen dort einen Sitzstreik. Die ganze Gegend um den Friedhof wurde umzingelt, und die staatlichen Sicherheitskräfte verwehrten der Presse und Abgeordneten den Zugang.

10000 Menschen, die aus Mardin gekommen waren, wurden bereits vor der Stadt aufgehalten. Auch in Batman, Ergani und Diyarbakir fanden Protestaktionen wie Rolladenschließungsaktionen statt. Später wurde dann der Bus des HEP-Generalsekretärs Fehmi Isiklar und der Abgeordneten mit vom Hub-schrauber geworfenen Bomben angegriffen. Dabei wurden der HEP-Generalsekretär Fehmi Isiklar und die Abgeordnete Ibrahim Aksoy, Ahmet Türk,

Adnan Ekmen und die HEP-ZK-Mitglieder Ibrahim Incedursun und Sirri Sakik verletzt und ins Krankenhaus eingeliefert. Ekmans Lage ist sehr bedrohlich, Incedursun hat schwere Schußverletzungen, und Fehmi Isiklar wurde durch Knüppelschläge und Fußtritte schwer verletzt. Auch seine Lage ist bedrohlich.

Am späteren Nachmittag befanden sich mehrere hunderttausend Demonstranten in und an den Zufahrten von Diyarbakir.

Soeben erreicht uns die Nachricht,

daß es inzwischen 20 Tote gibt und viele Journalisten der kurdischen Zeitung „Yeni Ülke“ (Neue Heimat) und Mitglieder der Menschenrechtsvereine und Rechtsanwälte schwer verletzt worden sind und es von vielen keine Spur gibt.

Der HEP-Abgeordnete der Provinz Kars, Mehmet Alinak, erklärte telefonisch vom Demir-Hotel: „Wir wurden den Krieg eröffnet hat. Es wurde ohne jeden Grund auf die Menschen geschossen, wer immer zu treffen war. Viele Menschen sind tot oder verletzt.“

Hunderte von Personen verschwunden — es muß um ihr Leben gefürchtet werden!

ERNK (Nationale Befreiungsfront Kurdistans) Europaorganisation, 13. Juli 1991

Während der Beerdigung des HEP-Vorsitzenden von Diyarbakir, Vedat Aydin, am 10. Juli schossen die Sicherheitskräfte des kolonialistischen türkischen Staates in die Menschenmenge. Über die Zahl der Toten und Verletzten gibt es keine genauen Angaben, obwohl bereits drei Tage seitdem vergangen sind. Das Leben der ca. 1000 Personen, die verschwunden sind, ist in Gefahr.

Der kolonialistische türkische Staat weigert sich beharrlich, genauere Informationen über die Menschen zu geben, die er ermordet, verletzt und interniert hat. Am 10. Juli 1991 schossen die Spezialeinheiten während der Beerdigung willkürlich auf die Menschenmenge und warfen Tränengas, das Informationen zufolge Vergiftungen hervorruft. Viele der Menschen, die sich davor schützen wollten, stürzten von 40 bis 50 Meter hohen Felsen herunter. Ein Tag nach dem Ereignis schossen Spezialeinheiten und Soldaten auf die Personen, die in einem Garten in der Nähe der Felsen nach ihren toten oder verletzten Verwandten suchten. Niemandem wird gestattet, das Gelände zu betreten. Die Türkische Republik (TR) plant, die Toten und Verletzten heimlich zu beseitigen, um ihre Verbrechen zu vertuschen. Dies ist einer der Gründe, warum die Zahl der Toten nicht bekannt werden konnte.

Die meisten der Verletzten scheuen sich, zur Behandlung in staatliche Krankenhäuser und Institutionen zu gehen, da sie Internierung und Folter befürchten. Viele Menschen wurden vom Staat gefangen genommen, doch die TR gibt keine Informationen an die Öffentlichkeit über sie. Es wird geplant, auch diese Gefangenen zu massakrieren. Einige der verletzten Augenzeugen, die als gesund aus dem Krankenhaus entlassen wurden, berichten, daß auch Ärzte und Krankenschwestern, die die Verletzten gut behandelt haben, unter Druck gesetzt werden und gegen sie Terror ausgeübt wird.

Die Zahl derjenigen, deren Leben ernsthaft in Gefahr ist und über die man

bislang keine Nachricht erhielt, liegt bei ca. 1000. (Wir geben die Namen der 208 vermißten Personen, die wir erfahren konnten, in der beiliegenden Liste bekannt.)

Das kurdische Volk nimmt die unmenschliche Grausamkeit des türkischen Staates nicht hin und schaut nicht tatenlos zu. Aus Protest gegen dieses Vorgehen haben Händler am 12. Juli in Diyarbakir, Idil, Kiziltepe, Mus, Lice, Bismil, Tatvan und einigen anderen Städten ihre Läden und Betriebe geschlossen. Auch unser Volk, das im Ausland lebt, verurteilt die Massaker der TR voller Haß und führt verschiedene Aktionen durch.

Die Todesschwadronen, die den patriotischen kurdischen Politiker Vedat Aydin ermordeten, haben Todeslisten aufgestellt. Die Gefahr, daß die meisten Vermissten, von denen man seit Tagen keine Nachricht erhalten konnte, auf diese Listen kommen und ermordet werden, ist groß. Wir rufen die internationalen Institutionen und die europäischen Staaten dazu auf, sich um den Verbleib dieser Menschen, die in Lebensgefahr sind, zu kümmern. Sie müssen die türkische Regierung mit effektiven Maßnahmen unter Druck setzen und Delegationen bilden, die die Verbrechen, die der türkische Staat in Kurdistan verübt, an Ort und Stelle eingehend prüfen. Es darf nicht vergessen werden, daß solche Bemühungen, einen großen Beitrag zur Rettung der zu Hunderten verschwundenen Menschen, die in Lebensgefahr sind, leisten. Wir rufen die internationalen Presseinstitutionen, die in der Vergangenheit ähnliche Verbrechen vieler faschistischer Diktaturen angeprangert und eine ausgesprochen große Rolle bei der Rettung der Menschheit von der Plage solcher Regimes gespielt haben, dazu auf, in derselben Weise die Massaker des faschistischen türkischen Regimes an Ort und Stelle in Kurdistan zu untersuchen und die gleiche Rolle auch in unserem Land Kurdistan zu spielen.

Die Namensliste der Vermissten, die wir kennen lautet:

Istanbul Emrullah Bingöl, Aysel Geyik, Varohan Demirel, Hüseyin Yüce, Dedit Vargal, Zahir Özyay, Kazım Ergül, Aydın Bicerazman, Seymus Amca, Ali Aslan und Cahit Demir
Ankara Hanım Cakmak
Siverek Hüseyin Kiy, Celal, Yavuz, Nazan, Besenk, Mehmet Akdag, Sinan Gülboden, Hüseyin, Ali Kaya und Halil Balpetek
Cinar A. Aziz Bilen, Recep Yaovir, Salim Koyluoglu, Yücel Dag, Saliha Aleu, Kutbettin Isiktas, Seymus Koyun, Ünal Sahin, Hüsam Akcam und Adem Özer
Urfa Ahmet Memthan, Ahmet Gunduzalp (Ceylanpinar), Bahri Celiktas, M. Ali Begen, Ahmet Yilmaz, Halil Daran, Helami Ayricik, Bako Hacioglu, A. Rahman Piskin, Ramazan Cengiz, Mustafa Hacioglu, Sakir Aslan, Nuri Ciftci, Hasan Aslan, Mahmut Tekin, Eyup Karakeci, Metin Senbahar, Osman Kirmazias, A. Rahman Demir, Adnan Marvilenli, Bahri Demdem, Muhittin Demir, Ahmet Cims, Ahmet Bagli, Hatim Demirel und A. Rahman Ithi
Tarsus Kemal Bucak und Mescit Kizlak
Elazig Ismail Erdogan, Sedat Vekan und Seyit Alidiz
Tatvan Ayhan Sari, Nazim Göcmen, Sadrettin Akbay, Aslan Ibay, Mazmi Suna, Sami Aydin und Cemmi Yalcinkaya
Bismil Nizamettin Eren, Sabahattin Basarir, Fadil Itmez, Mustafa Demir, Nimet Yedim, Mehmet Oral, Seza Karasslan, Yusuf Kaplan, Ihsan Gezirici, Sukru Ozalp, Adem Cinarli, Zulfu Bag, Bedri Uzunboz und Salih Aslanoglu
Silvan Mehmet Sagtekiner, Islam Bekir, Hassan, Metin und Fikret
Lice Süleyman Pasir, Ali Ugur und Menaf Gal
Mersin Seyithan Bozkurt, Hanifi Kurt und Mehmet Topal
Ergani Halil Bal, Ahmet Dogru und Ali Karanoglan
Mardin M. Hatip Ayan, Fikret Demir (Nusaybin) und Ekrem Ucar (Kiziltepe)
Van Sadun Acar und Remzi Kartal
Dersim (Tunceli) A. Riza Akkoyun (verletzt), A. Baki Donmez (verletzt), Zulfu Gunes, Celer Demirtas, Mehmet Argur, Haydar Ibay, Kemal Tuzun und Sakine Fidan
Sirt Ahmet Konuk, Tahier Eren, Hüseyin Günder, Nurettin Beker und Seydi Ates
Cevhan Gungor Kaya und Süleyman
Adana Kadir Kopeuk, Yusuf Acun, Talip Ozdemir und Ekrem Batur
Antalya Hanifi Bulut, Selim Oncu, A. Rahman Yölcü, Vedat Mat, A. Can Mat, Muhsin Tasar, Mehmet Bulut und Serif Oguz
Bitlis Bahattin Mutlu, Murat Akpinar und Hayrettin Zerdarli (HEP-Vorsitzender)
Batman Yunus Celik, Emin Aydin, Ahmet Nezir, Faik, Omer Demir, Hayrettin Ongen, Ahmet Erken, Isa Gök, Sakir Acar, Abdo More, Seymus Akin, Bayram Kara, M. Emin Dogru, Hüseyin Gündem, Abdullah Aydin, Zekeriya Kilickan, Zekeriya Aydin, Abdullah Kumet, Hüsnü Kumet, Mecit Kumet, Sabri Songul, Oktay Irmak, Timur Topkan, Omer Ertekin, Fadil Itmez, Hakkı Acar, Necmettin Ozalp und Sukru Karaagac
Diyarbakir Gökhan, Muharrem Basibuyuk, Mesut Bektas, Hasan Hüseyin Erken, M. Emin Aydin, Hasan Yildiz, Cevat Aslan, Ali Sönmez, Fikri Durmus, Akin Tasar, Suat Ciftci, Omer Aksin, Vedat Köker, Mehmet Bal, Yusuf Andic, Berivan Andic, Serife Sadehal, Leyla Sadehal, Erdal Demirkiran, Cengiz Ekmen, Erol Cetinkaya, M. Emin Zilan, Musa Farisoglu, Omer Ekinci, Hadi Ay, Ekrem Acercan, Bulut Makulogullari, Cetin Erdem, Niyazi Yalcin, Tacettin, Hikmet Yildiz, Ahmet Yilmaz, Omer Baybas, Faik Baybas, Nurettin Erkanaz, Sedat Keskin, Remzi Polat, Mehmet Fidan (verletzt), Salih Celik, Bedri Akkose (HEP-Parlamentsmitglied, verletzt)



Protestaktion in Karlsruhe gegen die Ermordung von Vedat Aydin



Links: Demonstration in Diyarbakir am 10. Juli gegen die Ermordung Aydins. Rechts: Bundeswehr, „hilfs“-Hubschrauber in der Nähe der kurdischen Stadt Uludere, Hilfe vor allem für das türkische Kolonialregime.

Weltweiter Hungerstreik der Kurden

ERNK-Sympathisanten, 14./15. Juli 1991

Der türkische Staat, der seit der Gründung der Türkischen Republik die Existenz des kurdischen Volkes leugnet, hat unter Anwendung von Gewalt die Assimilierung des kurdischen Volkes brutal fortgesetzt. Ein Zitat aus der Zeitung *Vakit* vom 7. Mai 1925, das bis heute an Gültigkeit nicht verloren hat: „Es gibt keine kurdischen Probleme, wo die türkischen Bajonette regieren.“ Oder der Putschgeneral Gürsel am 16.11.1960: „Wenn die Bergtürken (damit sind die Kurden gemeint) sich nicht still verhalten, wird die Armee nicht zögern, ihre Städte und Dörfer zu bombardieren und zu zerstören. Es wird ein solches Blutbad geben, daß sie darin untergehen, sie und ihr Land.“

Der Militärputsch am 12. September 1980 hatte keine anderen Ziele als die vorherigen, nämlich die Freiheits- und Unabhängigkeitsbewegung zu vernichten. Zu diesem Zweck wurden Hunderttausende Kurden verhaftet und der Folter, wofür die Türkei berühmt ist, unterzogen. Hiervon waren alle demokratischen und fortschrittlichen Bewegungen betroffen. Hauptziele der Junta waren hauptsächlich Mitglieder der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), die die Speerspitze der Befreiungsbewegung bildeten. In den Gefängnissen sind unzählige Gefangene durch Folter getötet und hingerichtet worden.

In den Jahren 1981/1982 fanden im Militärgefängnis in Diyarbakir zahlreiche Hungerstreiks und Todesfasten gegen die menschenunwürdige Behandlung der Inhaftierten statt. Am 14. Juli 1982 wurde wieder mit einem Hungerstreik begonnen. Als der türkische Staat sich nicht bereit erklärte, die Haftbedingungen zu verbessern, wandelte eine Gruppe der Hungerstreikenden den Hungerstreik in ein Todesfasten. Nach 63 Tagen starben die PKKler M. Hayri Durmus, Kemal Pir, A. Yilmaz und Ali Cacak.

Dieser Tag ist für alle Kurden ein Symbol des nationalen Widerstandes.

Trotz der Repressionen durch den Staat und das Militär wurde der Widerstand fortgesetzt und bildet heute eine vom Volk getragene Massenbewegung. Die Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) verkörpert in sich sowohl die Massenbewegung als auch den bewaffneten Kampf der Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK), die um ein freies und unabhängiges Kurdistan kämpft.

Während das kurdische Volk in Südkurdistan (irakisch besetzter Teil unseres Landes) dem Völkermord durch das Saddam-Regime ausgesetzt ist, ist das Volk im türkisch besetzten Teil unseres Landes einem vor der Weltöffentlichkeit verschlossenen und schleichenden Völkermord durch das Nato-Mitglied Türkei, dem alle Nato-Länder dabei behilflich sind, ausgesetzt. Alle Nato-Länder liefern weiterhin Kriegsmaterial und Geld, das für die Vernichtung des kurdischen Volkes eingesetzt wird. Genauso wie man zusah, wie das Saddam-Regime das Volk massakrierte, sieht man heute dem türkischen Staat nicht nur zu, sondern unterstützt in tatkräftig dabei.

Am 14. und 15. Juli werden die Kurden sowohl in Kurdistan als auch im Ausland in einen zweitägigen Hungerstreik eintreten. An diesen Tagen soll an die Opfer des türkischen Faschismus in Kurdistan gedacht und gegen die Vernichtungspolitik der Unterdrückerstaaten und deren Verbündeten protestiert werden.

Wir, Kurdinnen und Kurden, schließen uns diesem Hungerstreik an, der in fast allen Städten der BRD und anderer Länder durchgeführt wird. *Nieder mit dem faschistischen türkischen Staat!*
Es lebe der Widerstandskampf des kurdischen Volkes!
Hoch die internationale Solidarität!

wirklich hat, sind folgende Widerstands- und Protestaktionen im öffentlichen und militärischen Bereich durchgeführt worden:

10. Juli: In Diyarbakir, Batman, Ergani, Silvan, Bitlis und Bismil wurden die Geschäfte geschlossen gehalten. Außerdem fanden in Batman Demonstrationen statt.

11. Juli: In Diyarbakir, Bismil, Lice, Nusaybin und Tatvan blieben die Geschäfte geschlossen.

12. Juli: In Diyarbakir, Mus, Idil, Kiziltepe, Lice, Bismil, Cinar, Dargecit, Silopi und Nusaybin blieben die Geschäfte geschlossen.

13. Juli: In Kiziltepe, Cizre, Nusaybin und Varto blieben die Geschäfte geschlossen. Am gleich Tag gingen die Einwohner der Dörfer von Cizre, Nusaybin und Idil in einer Demonstration in die Stadtzentren und protestierten gegen den Massenmord in Diyarbakir.

14. Juli: In vielen Zentren Kurdistans blieben die Geschäfte weiterhin geschlossen. Wir haben die Nachricht erhalten, daß in den Zentren von Silopi und Nusaybin die Betriebe geschlossen gehalten werden.

Die Angriffe der ARGK in den Städten

11. Juli: Im Kreis Hilal bei Uludere (Hakkari) verübte die Guerilla Raketenangriffe auf das Regierungsgebäude, den staatsmonopolistischen Betrieb TEKEL und verschiedene staatliche Einrichtungen.

In der Nacht wurde der Bezirk

Semdinli (Hakkari) von der Guerilla der ARGK angegriffen. Öffentliche Einrichtungen der Kolonialisten wurden ebenfalls mit Raketen angegriffen. Bei der Auseinandersetzung wurde ein Major der türkischen Armee und viele Soldaten erschossen.

12. Juli: In der Nacht wurde im Zentrum von Van ein Infanterieregiment der Gendarmerie und ein Bataillon des Sonder-Einsatzkommandos von der ARGK angegriffen. Den kolonialistischen Einheiten wurde Verluste von zwanzig Soldaten und Offizieren zugefügt. In der gleichen Nacht wurde der Bezirk Hizan (Bitlis) von unseren Guerillaeinheiten angegriffen. Bei den Kämpfen kamen ein Offizier und drei Soldaten der kolonialistischen Einheiten ums Leben. Die öffentlichen Einrichtungen der türkischen Regierung wurden sämtlich zerstört. Nachdem die Guerillaeinheit das Stadtzentrum drei Stunden unter Kontrolle gehalten hatte, zog sie sich ohne Verluste wieder zurück.

Ebenfalls am 12. Juli wurde auf den Bezirk Kulp (Diyarbakir) ein Angriff durchgeführt. Derzeit haben wir keine Informationen über den Ausgang dieser Aktion.

13. Juli: In der Nacht wurde im Zentrum von Nusaybin das Verwaltungsgebäude beschossen und zerstört. Einige staatliche Einrichtungen wurden mit Raketen und Maschinengewehren zerstört.

Auf die Mordpläne der faschistischen türkischen Regierung werden wir mit unserem Widerstandskampf um Unabhängigkeit antworten!

Aus der Solidaritätsbewegung in der BRD

Köln: Protest gegen türkische Greuel in Kurdistan

Das Antifaschistische Forum Köln und der Arbeitskreis Kurdistan-Solidarität in Köln haben eine gemeinsame Erklärung gegen die Ermordung von Vedat Aydin und die anschließenden Massaker in Diyarbakir herausgegeben und an die örtliche Presse und die Parteien im Bundestag verschickt. In der Erklärung, die von einem Vertreter des Freidenkerverbands, einer Vertreterin der Volksfront und einem Vertreter des Arbeitskreises Kurdistan-Solidarität unterzeichnet ist, heißt es u.a.:

„Die Unterzeichner fordern angesichts dieser türkischen Grausamkeiten mit aller Entschiedenheit:

1. Sofortige Einstellung aller Hilfen für die Türkei, insbesondere der Militär- und Waffenhilfe in jeder Form!
2. Alle politischen Kräfte in der Bundesrepublik sind dringend aufgefordert, sich energisch für das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes einzusetzen!
3. Der EG-Ministerrat soll sich mit den türkischen Greueln in Kurdistan befassen, jede Hilfszahlung (inkl. Kredite) an die Türkei stoppen und eine große internationale Beobachterdelegation zur Überprüfung der Vorfälle entsenden!
4. Wir rufen Sie auf: Unterstützen Sie unseren Protest durch Protesttelegramme an die Parteien des Deutschen Bundestags und das Auswärtige Amt, Bonn, und an die für die Greueln der türkischen Armee und Sicherheitskräfte verantwortlichen türkischen Stellen ...“

Der Kurdische Arbeiterbund in Köln führte am 14. 6. eine öffentliche Mahnwache mit Kundgebungen in der Innenstadt durch aus Protest gegen die Massaker. Bereits am 11. Juli hatten etwa 150 Kurdinnen und Kurden das türkische Generalkonsulat in Köln-Hürth aus Protest gegen die neuesten Massaker belagert und dabei einige Scheiben eingeworfen. Bei der Aktion wurden sechs Personen festgenommen.

PDS/LL: Presseerklärung zu Diyarbakir

Unter der Überschrift „Schluß mit dem Terror gegen das kurdische Volk“ hat die PDS/LL im Bundestag am 11. Juli eine Erklärung zu den jüngsten türkischen Massakern herausgegeben, die wir im Wortlaut dokumentieren:

„Zu den brutalen Übergriffen türkischer Sicherheitskräfte während der Beerdigung von Vedat Aydin in Diyarbakir erklärt die innenpolitische Sprecherin der Gruppe PDS/LL im Bundestag, Ulla Jelpke MdB:

Der Terror des türkischen Staates gegen das kurdische Volk hat eine Dimension erreicht, die als Kriegserklärung bezeichnet werden kann.

Während der Beerdigung des von Todesschwadronen des türkischen Staates ermordeten Vorsitzenden der „Partei der Arbeit des Volkes“ (HEP), Vedat Aydin, griffen die Handlanger des türkischen Regimes Tausende von Menschen an: Polizei, Zivilpolizisten, Sondereinheiten und das Militär eröffneten das Feuer, attackierten den Bus des HEP-Generalsekretärs und einiger Abgeordneter mit von Hubschraubern abgeworfenen Bomben, verhafteten wahllos Demonstranten und TeilnehmerInnen an der Beerdigung. Es gab Verletzte und Tote.

Ich protestiere mit aller Schärfe gegen diesen Terror und fordere die Bundesregierung auf, entsprechende Schritte gegen ein Regime zu unternehmen, das derart brutal gegen Menschen vorgeht. Vor allem muß Schluß gemacht werden mit Waffenlieferungen und Ausbildungshilfe für die türkischen Sicherheitskräfte.

Ein faschistisches Regime wie das von Präsident Özal muß international geächtet werden.

Dieses erneute Massaker zeigt, daß es keine Abschiebungen von Kurden und Kurdinnen in die Türkei und im besonderen nach Nordwestkurdistan, dem türkisch besetzten Teil, geben darf. Jede Abschiebung kann Folter und Tod für die Betroffenen bedeuten.“

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226, Tel.: 0221/21 64 42.

Die Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Hüseyin Celebi (über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 5000 Köln 1), Christoph Cornides (über: GNN, Waldparkstraße 9, 6800 Mannheim 1), Jörg Detjen (über: GNN, Postfach 260226, 5000 Köln 1), Martin Fochler (über: GNN, Holzstraße 2, 8000 München 5), Christiane Schneider (über: GNN, Güntherstraße 6a, 2000 Hamburg 76), Herbert Stascheit (über: Arbeitsgemeinschaft Kommunale Nachrichten, Badeweg 1, 0-7144 Schkeuditz).

Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/21 16 58, Datentelefon: 0221/24 69 15, Telefax: 0221/21 53 73. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19 507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 36 00.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26,- DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 52,- DM. Bestellungen bitte an die regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Ulrike Detjen; für Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux; für Aus Verbänden und Parteien—Diskussion, Dokumentation: Spezialberichte: Alfred Küster. Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen. Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGMe, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF. Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1. — Beilagenhinweis: Regelmäßig vierteljährlich: Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken

Im GNN-Verlag erscheinen ebenfalls vierzehntäglich:

Nachrichtenhäfte, hrsg. von AG Stahl- und Metallindustrie, 8 S., 1,20 DM
AG Medien in der Volksfront, 4 S., 0,50 DM
Herausgeberkreis Nachrichten Chemische Industrie, 4 S., 0,50 DM
AG Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe, 6 S., 0,80 M
AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik, 8 S., 1,20 DM
AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront, 6 S., 0,80 DM
AG für antifaschistische Bildungspolitik, 8 S., 1,20 DM
AG für Kommunalpolitik, 8 S., 1,20 DM
AK Öffentlicher Dienst, 4 S., 0,50 DM

Antifaschistische Nachrichten, hrsg. Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, 16 S., 1,60 DM

Bezugsbedingungen Ein Halbjahres- bzw. ein Jahresabonnement kostet Einzelpreis plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76
GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Czeminskistr. 5, 1000 Westberlin 62
GNN Verlag Niedersachsen/Bremen
Grenzweg 4, 3000 Hannover 1
GNN Nordrhein-Westfalen
Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1
GNN Verlag Hessen
Postfach 110822, 6000 Frankfurt 11
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1
GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Holzstr. 2, 8000 München 5

Kurdistan-Rundbrief, Hrsg.: Kurdistan-Komitee in der BRD, Feyka Kurdistan und versch. Solidaritätsgruppen, 8 S., 1,20 DM. Jahresabo: 52 DM.

Angehörigen-Info, Hrsg.: Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD, 8 S., 1,20 DM. Halbjahresabo 28,60 DM.

Bestellungen für die beiden zuletzt angeführten Zeitschriften bitte nur an GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 5000 Köln 1.

Unser Volk und unsere Volksbefreiungsarmee werden den Widerstand verstärken!

ERNK Europaorganisation, 14. Juli 1991

Die Massenmorde am 10. Juli in Diyarbakir durch die ausbeuterisch-faschistische türkische Regierung sind bei dem kurdischen Volk auf großen Widerstand gestoßen. Die türkische Regierung plant die Zerschlagung des Widerstandes in der Bevölkerung, indem sie Massenmorde verübt und das Volk terrorisiert. Die Verbreitung von Angst und Terror soll das Volk veranlassen, die Guerilla nicht mehr zu unterstützen. Dadurch soll der Guerillakampf geschwächt und mit der Zeit zum Stillstand gebracht werden.

Diese Pläne der barbarischen türkischen Ausbeuter sind von seiten unseres Volkes zum Scheitern gebracht worden. Während auf der einen Seite der Widerstand und die Aktionen der Öffentlichkeit größere Dimensionen annehmen, steigert andererseits unsere Volksbefreiungsarmee ARGK, die ihren Einfluß in den Provinzen gefestigt hat. Aktionen in den Großstädten.

Seit dem 10. Juli, an dem die faschistische türkische Regierung den geplanten Massenmord am kurdischen Volk ver-

Politische Berichte zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ 6 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.

☐ im Jahresabonnement (52.— DM bei Einzelabo).

☐ im Halbjahresabonnement (26.— DM bei Einzelabo)

☐ Zahle nach Rechnungserhalt.

☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

(Bank Unterschrift)

Senden an: GNN, Zulpicher Str. 7, 5000 Köln 1 oder regionale Bestelladresse

15/91

Traditionelle und moderne Strukturen in einem Indianer-Reservat in Alberta

Während die Auseinandersetzungen in osteuropäischen Staaten um Autonomie und Zentralgewalt die Pressespalten und Nachrichtensendungen füllen, ist es sehr schwer, sich ein einigermaßen zutreffendes aktuelles Bild von den Konflikten zwischen indianischem Autonomiestreben und Siedlerstaat in Nordamerika zu machen. Diese Konflikte sind ebenso alt wie tiefgehend, und es ist noch nicht abzusehen, wie eine Lösung aussehen kann — politische Selbstbestimmungsrechte auf kleinen, zerstückelten Reservaten können nur stark eingeschränkt wirken; die wirtschaftliche Mangelsituation ist oft so verheerend, daß eine politische Lösung ohne geregelte Leistungsverpflichtungen der Siedlergesellschaft sinnlos erscheint.

Derzeit — Stand Februar 1990 — sind 219 von 570 indianischen Siedlungen (bands) in Kanada auf irgendeine Art und Weise an Verhandlungen über eine gemeindebezogene Selbstverwaltung beteiligt. In den meisten Fällen (67 Anträge, die sich auf 183 Siedlungen beziehen) sind die Verhandlungen noch in der Entwicklungsphase, das bedeutet vorbereitende Untersuchungen und Konsultationen in den Gemeinden.

Weitere 10 Anträge, die sich auf 25 Siedlungen beziehen, sind im Stadium von Rahmenverhandlungen, und 5 Anträge mit Bezug auf 11 Siedlungen befinden sich bereits im Stadium substantieller Verhandlungen. Bei diesen Verhandlungen geht es darum, einen Grad von Autonomie zu erreichen, wie es nach den geltenden Bestimmungen des Indianengesetzes nicht möglich ist — Versuche der Urbewölkerung, in Verhandlungen mit der Regierung von Ottawa eine gesetzliche Regelung zu erreichen, waren gescheitert. Mit dem Indianengesetz strebt die kanadische Regierung an, die Ersten Nationen zu „zivilisieren“, und demgegenüber drückt sich in den derzeitigen Autonomieverhandlungen das Bestreben der Indianer aus, ihre politische und kulturelle Souveränität zu behaupten und in anerkannten Regelungen zu verankern.

Um die Jahrhundertwende, zwischen 1871 und 1921, wurden in Kanada zwischen dem eurokanadischen Staat und den verschiedenen indianischen

Nationen elf große Landabtretungsverträge über riesige (keineswegs alle) Teile des Landes abgeschlossen (siehe Karte). Im Unterschied zu den USA sind die verbliebenen Reservate kein anerkanntes Rest-Eigentum der alten Besitzer des Landes, sondern sie unterstehen der britischen Krone, vertreten durch den Generalgouverneur, der sie bestimmten indianischen Nationen zur Nutzung überläßt. So ist es im Indianengesetz (Indian Act) von 1951, das noch in Kraft ist, festgelegt. Als vor zehn Jahren Kanada eine eigenständige Verfassung verabschiedete, haben es die Ersten Nationen erreicht, daß dabei ihre alten, angestammten Rechte nicht liquidiert wurden, sondern im Gegenteil (jedoch pauschal und ohne ins einzelne gehende Festlegungen) garantiert wurden. Was das je konkret bedeutet, ist Gegenstand von Auseinandersetzungen. Dabei ist für die Ersten Nationen die Situation äußerst schwierig. Sie müssen nicht nur die Auseinandersetzung mit der kanadischen Gesellschaft führen, sondern sich auch untereinander über die heute zu verfolgenden Ziele verständigen. Es gibt in vielen Reservaten Organisationsformen, die von den eurokanadischen Institutionen entwickelt und gefördert wurden und die (daher) nur begrenzt das Vertrauen der Reservatsbewohner haben. Und es gibt zum Teil noch ungebrochen die alten Häuptlingstraditionen, die von den kanadischen Behörden ignoriert oder bekämpft werden. Die Jugendlichen scheinen sich teilweise neue Organisationsformen zu schaffen, die sich kritisch auf beide beziehen, wie in der Auseinandersetzung um die Quebecer Ortschaft Oka im letzten Jahr deutlich wurde.

Einen Eindruck vom derzeitigen Stand der Konflikte vermittelt J. Anthony Long von der Universität Lethbridge, Alberta, in einem Aufsatz, der in der Zeitschrift „Canadian Journal of Political Science“ erschienen ist (Dezember 1990, S. 751–773): „Political Revitalization in Canadian Native Indian Societies“, deutsch etwa: „Neue politische Bestrebungen in kanadischen eingeborenen indianischen Gesellschaften“. Der folgende Artikel stützt sich weitgehend auf diesen Aufsatz.

Hintergrundinformationen

Die Reservate der Blood und Peigan liegen im südlichen Alberta, westlich von Lethbridge. Alberta ist die westliche der drei kanadischen Prärieprovinzen; die Grenze zu British Columbia verläuft entlang der Rocky Mountains. Auf diesen Teil von Alberta wurden die Indianer während der Regentschaft von Königin Victoria im Vertrag Nr. 7 von 1877 zu verzichten genötigt. Die beiden Reservate wurden 1883 bzw. 1877 eingerichtet.

Das Blood-Reservat hat eine Bevölkerung von über 6000 und ist mit einer Fläche von fast 1400 km² geographisch das größte Reservat im südlichen Kanada; die Reservatsgröße wurde seinerzeit bei der Vertragsschließung berechnet auf eine Quadratmeile für fünf Personen. Das Peigan-Reservat umfaßt etwa 540 km² und wird heute von etwas mehr als 2000 Personen bewohnt.

Beide Nationen, Blood und Peigan, werden als den Siksika (Blackfeet, Schwarzfuß) zugehörig bezeichnet; der Name „Schwarzfuß“ kommt vielleicht von der Asche der häufigen Präriefeuer, die die Mokassins schwarz färbte. Sie lebten früher von der Büffeljagd und verloren mit der Ausrottung der Büffel ihre Existenzgrundlage.

Heute scheint die Situation auf den Reservaten hauptsächlich durch Arbeitslosigkeit geprägt zu sein. Sie lag auf den beiden Reservaten Ende 1989/Anfang 1990 bei durchschnittlich 75 %, im Unterschied zu einer Arbeitslosigkeit von 5,1 % bei den benachbarten eurokanadischen Ortschaften und 7,6 % im kanadischen Durchschnitt.

Traditionelle Wahl der Leitung

Traditionell wurde bei den Prärienationen die Leitung bestimmt auf der Grundlage von drei Faktoren: Verdienst, Funktion und Clan. Ein Stammesmitglied kam zu einer Leitungsfunktion durch erwiesene Fähigkeit, nicht durch politische Taktik. Die traditionelle indianische Führung beruhte im wesentlichen auf Meritokratie (Herrschaft der Bewährten); qualifizierte Leute konnten durch Familie und Clan an Einfluß ge-

winnen und schließlich Mitglieder eines Stammesrates werden. Stammesräte waren lockere Gruppen von Clanhäuptlingen, die sich gelegentlich versammelten, um Angelegenheiten zu besprechen, die mehr als eine Familiengruppe betrafen. Da es kein institutionalisiertes Amt der Leitung gab, mußten die Leitungsbeauftragten einiges unternehmen, um ihre Stellung zu behalten. Zusätzlich zu erwiesenen Fähigkeiten als Jäger, Krieger oder Friedensträger mußte ein möglicher Leiter eine bestimmte Haltung gegenüber der Leitungsangabe beweisen. Er mußte vor allem ein Diener des Clans oder Stammes sein, und wenn nötig, zu persönlichem Opfer bereit. In der traditionellen indianischen Sicht ist das Leiten eine Aufgabe für den Selbstlosen, eine Verpflichtung für den Fähigsten, aber niemals eine Belohnung für den Habgierigen. Eventueller Ehrgeiz wurde gebremst durch die Erfordernis, notfalls zur Verarmung bereit zu sein.

Die Eigenart, daß die Leitungstätigkeit auf Aufgaben bezogen war, spiegelte sich darin wider, daß es keine feste Anzahl von Führungspersonal gab; Häuptlinge wurden auf der Grundlage ihrer Eignung für eine bestimmte Aufgabe oder Notwendigkeit gewählt. Zum Beispiel erwartete ein Clan oder Stamm in Zeiten unmittelbarer Bedrohung oder Gefahr, daß ein hervorragender Krieger die Leitung übernahm. Sobald die Gefahr vorüber war, wurde sein Status wieder der eines gewöhnlichen Clanmitgliedes.

Diese Eigenarten der traditionellen indianischen Führungsauswahl bewirkten Einschränkungen bei der Auswahl des Führungspersonals. Erstens war Selbstwahl ausgeschlossen. Gewählt wurde, wer nach dem Urteil anderer Fähigkeiten bewiesen hatte. Zweitens gab es keinen Anreiz für Machthunger. Leitungstätigkeit war vorübergehend, eine Dienstleistung für den Clan oder Stamm. Politik als Laufbahn im modernen Sinn gab es nicht.

Moderne Wahl der Leitung

Das heutige System der Leitungs-

wahl auf den Reservaten der Blood und Peigan unterscheidet sich erheblich von dem traditionellen. Drei wichtige Faktoren haben das bewirkt: die Durchsetzung des Wahlsystems entsprechend dem Indianengesetz; die Entwicklung, daß das Clansystem nicht mehr die Grundlage der politischen Rekrutierung ist; sowie die unzureichende wirtschaftliche Entwicklung der beiden Reservate.

Das Wahlsystem entsprechend dem Indianengesetz wurde formell 1962 auf den beiden Reservaten eingeführt, aber schon seit Anfang der 30er Jahre waren einige Formen dieses Systems wirksam. Das Gesetz bestimmt, daß jede Siedlung (band) einen Häuptling und für jeweils einhundert Gruppenmitglieder ein Ratsmitglied wählen kann, bis zu einem Maximum von zwölf Ratsmitgliedern. Der Häuptling kann nach der gesetzlichen Vorschrift entweder direkt gewählt werden oder aus der Mitte des Rates. Mitte der 70er Jahre wurde den Einwohnern beider Reservate von der Indianerbehörde die Erlaubnis erteilt, bei der Wahl nach der „Brauchtums Klausel“ des Gesetzes zu verfahren. Das bedeutet jedoch nicht eine Rückkehr zu traditionellen Verfahren; in diesem Fall bedeutet es im wesentlichen nur, daß das Wahlrecht auf Angehörige ausgeweitet wurde, die nicht ständig auf dem Reservat leben.

Da das Wahlsystem sich in der Struktur an den Gemeinderatswahlen orientiert, führte das sofort dazu, daß ein regelmäßiges formelles Wahlverfahren an die Stelle eines informellen, nichtregulierten Prozesses trat. Wichtiger ist noch, daß das Wahlsystem ein Wertesystem mit sich bringt, das den traditionellen Wertordnungen der Prärieindianer widerspricht, vielleicht sogar feindlich gegenübersteht. Bei dem traditionellen Verfahren der Auswahl einer Leitung spielte die Vorstellung der Verantwortung gegenüber einer ganzen Gruppe eine Rolle, nicht gegenüber einzelnen Mitgliedern dieser Gruppe. Heute treten Kandidaten miteinander in Konkurrenz, die sich jeweils auf ihre Verwandtschaft als Unterstützungsgruppe beziehen.



Wo die Reservate der Ersten Nationen in Kanada liegen, ist auch heute nur in Spezialpublikationen feststellbar; auf normalen Landkarten sind sie nicht ausgewiesen. In ganz Kanada verfügen heute 570 Bands über 2242 Landstücke, von denen manche nicht größer als ein Acker sind. Das Reservat der Blood ist das größte im südlichen Kanada und entspricht etwa der Ausdehnung eines deutschen Landkreises. Die Reservate gehen zumeist auf den Abschluß der großen Landabtretungsverträge um die Jahrhundertwende zurück, die auf dieser Karte dargestellt sind. Der Osten, Westen und Nordosten Kanadas ist von diesen Verträgen nicht erfaßt. (Erläuterung: Treaty = Vertrag. Die Schreibweise „Peigan“ wechselt mit „Pegon“, „Ojibway“ ist gleichbedeutend mit „Chippewa“. Quelle: D. G. Kerr, A Historical Atlas of Canada, 1966.)

Dazu kommt, daß die Hoffnung auf persönlichen Vorteil für viele maßgeblich bei der Kandidatur ist. Und es sind viele, die sich um die Ämter bewerben — kein Wunder angesichts der Arbeitslosigkeit auf der einen Seite und andererseits der relativ hohen finanziellen Vergütung für die gewählten Mitglieder des Stammesrats. So streben unter dem gegenwärtigen System viele aus egoistischen Gründen ein solches Amt an — während es früher zu den Verpflichtungen leitender Tätigkeit gehörte, mit anderen zu teilen, so daß ein Leiter oft am Ende weniger besaß als andere Stammesmitglieder.

Damit die Zahl der Bewerber bei den alle zwei Jahre stattfindenden Wahlen nicht uferlos wird, sind die Stammesräte auf beiden Reservaten 1981 bzw. 1984 dazu übergegangen, eine Kandidatengebühr zu erheben, was jedoch die Zahl der Bewerber nicht oder kaum reduziert hat. Für die Position des Häuptlings, entsprechend dem Bürgermeister, bewerben sich bei den Blood durchschnittlich neun Bewerber — bei den benachbarten eurokanadischen Ortschaften mit vergleichbarer Einwohnerzahl sind es zwei bis drei. Als Ratsmitglied bewerben sich bei den Blood für jede Position durchschnittlich neun, bei den Eurokanadiern ein bis zwei Personen. Die große Zahl der Kandidaten führt dazu, daß die Stimmen sich verstreuen und nur relative Mehrheiten entstehen. Die gewählten Kandidaten hatten bei den Blood durchschnittlich 20 % der Stimmen erhalten, bei den Eurokanadiern 60–80 %. Auch wiedergewählte Ratsmitglieder kamen auf nicht mehr als 30–40 % aller Stimmen. Die Gewählten können sich damit nicht auf Mehrheiten stützen und genießen wenig Rückhalt.

Traditioneller und heutiger Entscheidungsprozeß

Historisch gaben die Prärieindianer niemandem das Recht, über andere zu regieren, mit Ausnahme sehr kurzer Zeitabschnitte. Auch dann war die Autorität auf eine bestimmte Aufgabe beschränkt und wurde ohne formelle Sanktionen ausgeübt. Der Unterschied zwischen diesem Begriff der Autorität und dem in der eurokanadischen politischen Kultur kommt daher, daß die Prärieindianer traditionell ihr Gemeinwesen als „geistlichen Zusam-

menhalt“ definierten, nicht als Gesellschaftsvertrag. Clan und Stamm wurden als göttliche Schöpfung aufgefaßt, nicht als Übereinkunft zwischen einzelnen oder zwischen Bürgern und Herrschern. Entsprechend konnte nach der traditionellen Auffassung der Prärieindianer kein Mensch Herrschaft über das Leben eines anderen ausüben, und die Autorität zur Herrschaft konnte nicht an eine Teilgruppe delegiert werden. Die Leute herrschten kollektiv und übten Autorität gemeinsam aus. Bürokratische Strukturen und Hierarchien gab es nicht; sie wären als gegen die Gleichheit und persönliche Autonomie gerichtet aufgefaßt worden.

Heute läuft theoretisch der politische Entscheidungsprozeß auf den beiden Reservaten innerhalb eines Verwaltungssystems ab, das denen der nichtindianischen Gemeindeverwaltungen überall in Kanada entspricht. In der Praxis gibt es wenig Ähnlichkeiten; andererseits entspricht der Ablauf auch nicht mehr der geschiedenen Tradition. Der Vorgang ist geprägt durch: einen Mangel an Autorität der Verwaltung nach innen, fehlende Verantwortlichkeit der Leiter gegenüber ihrem Volk und die Dominanz außenstehender und innerer bürokratischer Strukturen. Zusammen haben diese Faktoren dazu geführt, daß ein hoher Grad der Ablehnung gegenüber dem Entscheidungsprozeß besteht, daß ständiger Streit über Entscheidungen geführt wird und daß starke Abhängigkeiten wirken.

Die Stammesräte haben die ganze letzte Zeit als Instrumente der staatlichen Indianerbehörde DIAND (Department of Indian Affairs and Northern Development) funktioniert und deren Vorschriften und Bestimmungen umgesetzt. Bis vor kurzem ließ sich die Autorität der indianischen Verwaltungen am besten beschreiben als „Überwachung der Bienenzucht und Unkrautvergiftung“. Alle Haushaltsmittel durften nur nach den strikten Vorgaben von DIAND — und damit von Nichtindianern — ausgegeben werden.

Die Bürokratie ist bei den Stammesräten eher stärker ausgebildet als in den eurokanadischen Gemeinden. In den letzten zwanzig Jahren wurden ihnen von DIAND zahlreiche Funktionen, z.B. auch die Leitung von gemeindeeigenen Unternehmen

übertragen. So gibt es auf dem Blood-Reservat drei stammesgeleitete Landwirtschaftsbetriebe und mehrere gemeindeeigene Firmen. Der Siedlungsmanager ist der oberste Verwaltungsbeamte auf dem Reservat, er ist formell zwar dem Häuptling und dem Stammesrat untergeordnet, hat jedoch in Wirklichkeit weitergehende Entscheidungsgewalt.

Jedoch gibt es auch deutliche Hinweise, daß die bürokratischen Normen nicht vollständig die traditionellen Sitten verdrängt haben. So kollidieren die Verwaltungsvorschriften immer wieder mit den Erwartungen der Clanmitglieder, die auf bevorzugte Behandlung rechnen. Bezeichnend ist auch, daß die Alten heute im Entscheidungsprozeß eine geringe Rolle spielen und nur begrenzt von Fall zu Fall konsultiert werden; ihre symbolische Bedeutung besteht jedoch weiterhin.

Auch die Trennung von Kirche und Staat, wie sie für die westliche Demokratie charakteristisch ist, ist nicht durchgesetzt worden. So wirkt bei den Blood der Stammesrat mit bei der Veranstaltung des Sonnenanzes, und auf beiden Reservaten wird der Stammesrat vor seinen Beratungen von den Alten gesegnet. Derzeit wird gerade in der jüngeren Generation die traditionelle Spiritualität neu belebt, und wenn Angehörige dieser Generation in Führungspositionen aufsteigen, werden sie sicherlich diese Orientierung mitnehmen.

Es zeichnet sich somit ab, daß neue Formen der Verbindung von Tradition und westlicher Demokratie auf den Reservaten entstehen, wenn die Selbstverwaltung verwirklicht wird. Eine grundlegende Bedingung dafür ist, daß die Abhängigkeit von der Indianerbehörde DIAND beendet wird und eine wirkliche Verantwortung der Gewählten gegenüber ihren Wählern besteht. Es erscheint möglich, daß vom Wahlsystem her die Vertretung der Clans berücksichtigt wird, daß direkte Konsultationen zwischen Wählern und Gewählten stattfinden und daß Beratungskörper geschaffen werden, die den traditionellen Beratungsverfahren entsprechen. So könnte der Stammesrat — zumindest nach Auffassung des engagierten Wissenschaftlers J. Anthony Long — wieder mehr zu einem Koordinationsorgan werden und die Achtung der Bevölkerung gewinnen — (mit)